

Universität Trier
Fachbereich III/Politikwissenschaft
Erstgutachter: Prof. Dr. Hanns W. Maull
Zweitgutachter: Prof. Dr. Lutz Raphael

Europa-Ideen in Deutschland und Frankreich

Magisterarbeit im Fachbereich
Politikwissenschaft – Internationale Beziehungen/Außenpolitik

vorgelegt von:
Britta Joerißen
Krahenstraße 2-3
54290 Trier

Trier, im Juli 2001

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	3
1.1	Ausgangsposition	3
1.2	Die Fragestellung und ihre Relevanz	5
1.3	Aufbau	7
2	THEORETISCHE UND METHODISCHE EINORDNUNG	10
2.1	Theoretische Einordnung	10
2.1.1	Der Konstruktivismus	10
2.1.1.1	Entwicklung und Grundannahmen	10
2.1.1.2	Stärken und Schwächen	15
2.1.2	Ideen	17
2.1.2.1	Begriff	17
2.1.2.2	Wesen	20
2.1.2.3	Wirkung	23
2.2	Methodische Einordnung	24
2.2.1	Auswahl der Ideen	24
2.2.2	Darstellungen, Quellen und Akteure	27
2.2.3	Vorgehensweise der Analyse	29
2.2.3.1	Vergleich	29
2.2.3.2	Wandel und Kontinuität	30
2.2.3.3	Diskurs	32
3	EUROPA, STAAT UND NATION – IDEEN IN DEUTSCHLAND UND FRANKREICH	37
3.1	März 1957 – Januar 1963. Von den Römischen Verträgen zum Elysée-Vertrag	38
3.1.1	Einordnung in den historischen Kontext – Die Anfänge europäischer Integration	38
3.1.2	Ideen von Staat und Nation in Deutschland und Frankreich	41
3.1.3	Ideen von Europa in Deutschland und Frankreich	45
3.1.4	Fazit	53

3.2	November 1989 – Dezember 1991. Vom Fall der Mauer zur Einigung auf die Maastrichter Verträge	55
3.2.1	Einordnung in den historischen Kontext – Was bislang geschah	55
3.2.2	Ideen von Staat und Nation in Deutschland und Frankreich	58
3.2.3	Ideen von Europa in Deutschland und Frankreich	65
3.2.4	Fazit	73
3.3	Mai 1999 – Dezember 2000. Vom Inkrafttreten der Amsterdamer Verträge zum Europäischen Gipfel in Nizza	76
3.3.1	Einordnung in den historischen Kontext – Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer	76
3.3.2	Ideen von Staat und Nation in Deutschland und Frankreich	79
3.3.2.1	Über das Wesen des Staates und der Nation	79
3.3.2.2	Identitätsmerkmale der Nation und des Staates	84
3.3.2.3	Bedeutung und Zukunft der Nation und des Staates	88
3.3.2.4	Die Wahrnehmung des anderen	91
3.3.3	Ideen von Europa in Deutschland und Frankreich	94
3.3.3.1	Die Rolle Deutschlands und Frankreichs in Europa	95
3.3.3.2	Rolle und Wesen Europas	98
3.3.3.3	Die Erweiterung Europas	104
3.3.3.4	Die ESVI und das Verhältnis zu den USA	106
3.3.4	Fazit	110
4	SCHLUSS	113
4.1.1.1	Deutsche Ideen im Vergleich	113
4.1.1.2	Französische Ideen im Vergleich	115
4.1.1.3	Deutsche und französische Ideen im Vergleich	117
4.1.1.4	Ausblick	118
5	LITERATURVERZEICHNIS	121
6	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	162

1 Einleitung

1.1 Ausgangsposition

Ein Motor kann einwandfrei sein – dann wird es keine Schwierigkeiten geben, und das Auto bringt alle Insassen ohne Umwege und heil ans Ziel. Ein Motor kann aber auch beschädigt sein – dann läuft die Fahrt nicht so glimpflich ab, und die Insassen werden unterschiedlicher Meinung sein, ob das Ziel die nächste Werkstatt, der Urlaubsort oder doch die Rückfahrt ins Eigenheim sein wird. Wir wählen die zweite Möglichkeit, weil realistischer und obendrein spannender, appellieren an unsere Abstraktionsfähigkeit, die uns schnurstracks in die politische Sphäre versetzt – und wir sehen Deutschland und Frankreich vor uns.

Die beiden auf dem Weg zu einem vereinten Europa, ein großes Stück liegt bereits hinter ihnen, aber wie es weitergehen soll, was das nächste Ziel ist, bleibt unklar. Es kriselt – aber die Herausforderungen, die vor ihnen liegen, sind zu groß und wichtig, als dass sie sich – Totgesagten ähnlich – kampfflos ergeben könnten: Weitere Staaten wollen zu Europa, zur Europäischen Union, gehören, aber es würde der jetzigen Figur der EU nicht zuträglich sein zuzunehmen – kurzum: Eine Reform muss her – und um beim Bild zu bleiben: Das Auto kommt so nicht durch den TÜV.

Insgesamt ergibt sich eine diffuse Ausgangslage, ein unsicheres Bild:¹ Auf der einen Seite gibt es bereits weitgehend integrierte Bereiche, wofür die Einführung des Euros als europäisches Zahlungsmittel das beste Beispiel ist, auf der anderen – vor allem institutionell-politischen – Seite scheint der Integrationsprozess zu

¹ Vgl.: Bofinger, Peter, Braucht die gemeinsame Währung die Politische Union? in: Internationale Politik 5/1995, S. 43-48. Der Autor verweist auf das Phänomen, dass die „politische Stellung der EZB um so schwächer ist, je stärker die politische Integration in Europa ausfällt“ und dass man argumentieren könne, „daß es im Interesse einer funktionsfähigen Währungsunion liegt, die Einführung einer echten Politischen Union möglichst lange hinauszuzögern“.

stagnieren und bei den Mitgliedstaaten auf unterschiedliche Vorstellungen² zu stoßen. „Hier stellen seit einiger Zeit manche Europäer nicht nur die Frage, welche Einigung, sondern auch wie viel von ihr möglich und nötig ist.“³ Andernorts wird die Frage formuliert, „wer mit wem etwas Gemeinsames hat und wozu das Haus Europa gebaut werden soll“⁴. Diese Sorge – begrifflich in den Bereich der „Finalitäts“-Debatte gebettet – führt zur Zeit zu einem allgemeinen Misstrauen hinsichtlich des Fortschritts der europäischen Integration, und Deutschland und Frankreich wird vorzugsweise die Schuld daran gegeben. Es wird ein direkter Zusammenhang zwischen der Stagnation der europäischen Integration und der Stagnation des deutsch-französischen Verhältnisses gesehen: „Führung in Europa hieß bislang immer: Deutschland und Frankreich, Seite an Seite. Der deutsch-französische Motor stottert jedoch merklich: Frankreich fühlt sich durch die neoliberale Entente zwischen Schröder und Blair an den Rand gedrängt.“⁶

Hieraus ergibt sich jedoch eine offensichtliche Diskrepanz: Es wird allgemein bestätigt, dass Deutschland und Frankreich die Motoren⁷, die Architekten⁸ oder auch die Schwungräder⁹ des europäischen Einigungsprozesses sind,¹⁰ und die Geschichte zeigt, dass sie auf ihrem Weg dorthin einen beispiellosen Erfolg verbuchen konnten, die Europäische Gemeinschaft sogar als „the most successful example of institutionalized international policy co-ordination in the modern

² Vgl.: Jansen, Thomas, Maastricht – das heißt: Europa auf seine Zukunft vorbereiten, in: Studienzentrums Weikersheim (Hrsg.), Europa und die Zukunft der Nationalstaaten. Weikersheim-Dokumentation XXV, Stuttgart 1994, S. 165.

³ Arnold, Hans, Europa neu denken, Bonn 1999, S. 13.

⁴ Goulard, Sylvie, Die Quadratur des Dreiecks. Deutschland, Frankreich und Großbritannien in einer engeren Union? in: Internationale Politik 8/2000, S. 23.

⁵ Fischer, Joschka, Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer im belgischen Parlament am 14. November 2000 in Brüssel, <http://www.auswaertiges-amt.de/> [29.11.2000].

⁶ Kneuer, Marianne, Bilanz der EU-Ratspräsidentschaft. Deutsche Europapolitik auf dem Prüfstand, in: Die politische Meinung 359/1999, S. 44.

⁷ Vgl.: Güllner, Lutz, Motor für die europäische Integration. Neue Impulse für die deutsch-französische Zusammenarbeit, in: Die neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 46/1999 1, S. 91.

⁸ Vgl.: Attali, Jacques, Welches Europa? Vier Szenarien für die Zukunft der europäischen Integration, in: Graf, Wilfried/Unterseher, Lutz (Hrsg.), Europäische Friedensordnung. Konturen einer Sicherheitsarchitektur, Münster 1998, S. 98.

⁹ Vgl.: Fischer, Joschka, „Wir wollen kein deutsches Europa“. Interview mit Joschka Fischer, in: Süddeutsche Zeitung, 22.12.2000, S. 11 und Schröder, Gerhard, zitiert in: Vernet, Daniel, Kluge Ausschöpfung begrenzter Souveränität. Die Europa-Politik der rot-grünen Koalition, in: Internationale Politik 54/1999 2, S. 13.

¹⁰ Zur Rolle Deutschlands und Frankreichs im Integrationsprozess, vgl.: Laurent, Pierre-Henri, Reappraising the Origins of European Integration, in: Michelmann, Hans J./Soldatos, Panayotis (Hrsg.), European Integration. Theories and Approaches, Lanham 1994, S. 108 u.111.

world“¹¹ bezeichnet wird. Demnach ist es naheliegend, dass es in ihren Vorstellungen Komplementarität gibt bzw. zumindest gegeben hat, genauso wie offensichtlich bestehende Unterschiede, die nicht zu einem Kompromiss führten bzw. führen. Die zu erörternde Frage ist jedoch, in welchen Bereichen es komplementäre Ideen gibt, d. h. welche Ideen auf dasselbe Ziel zulaufen und welche eher in die entgegengesetzte Richtung führen. Näher erläutert wird diese Fragestellung, ihr Hintergrund, ihre Absicht und die Methode einer Beantwortung – kurzum: das Weshalb und das Wie – im folgenden Kapitel, bevor im letzten einleitenden Abschnitt kurz auf die Vorgehensweise der Arbeit eingegangen wird.

1.2 Die Fragestellung und ihre Relevanz

Es bedarf „einer Idee von Europa“.¹² Hinter diesem kurzen, so harmlos scheinenden, aber dennoch vollkommen zutreffenden Satz verbirgt sich die ganze Problematik, mit der Europa zur Zeit konfrontiert wird. Die Betonung liegt nämlich auf der *einen* Idee; tatsächlich kursieren aber mehrere verschiedene Ideen. Dies wäre soweit gar nicht besorgniserregend, wären sie denn komplementär. Das heißt, es kommt nicht darauf an, dass die Ideen verschiedener Staaten und in diesem Falle Deutschlands und Frankreichs konvergent, sondern vielmehr, ob sie komplementär sind, zu einem Kompromiss finden können. Die Fragestellung dieser Arbeit lautet demnach, ob und inwiefern die Europa-Ideen Deutschlands und Frankreichs Komplementarität vorweisen können. Sie kann weder erwarten, eine Antwort darauf zu finden, ob diese gegebenenfalls kompromissbereiten Ideen auch zu konkreten Verhandlungsergebnissen geführt haben, noch kann sie Prognosen zulassen, in welcher spezifischen Form Verträge oder andere institutionalisierte Mechanismen auftreten¹³. Absicht dieser Frage und

¹¹ Moravcsik, Andrew, Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmentalist Approach, in: Bulmer, Simon/Scott, Andrew (Hrsg.): Economic and Political Integration in Europe. International Dynamics and Global Context, Oxford/Cambridge 1995, S. 29.

¹² Kühnhardt, Ludger, Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens, Bonn 1999, S. 20. Kühnhardt nennt zwei Prämissen, deren Befolgung für das Werden Europas notwendig sind: Es bedarf einer Idee von Europa, und Strukturen und Mechanismen, die die unterschiedlichen Kräfte und Regionen leidlich partnerschaftlich berücksichtigen.

¹³ Vgl.: Yee, Albert S., The causal effects of ideas on policies, in: International Organization 50/1996 1, S. 69-108.

damit Zweck der Arbeit ist das Verstehen,¹⁴ sie sucht, Ideen nachzuvollziehen, zu kontextualisieren und damit zu plausibilisieren¹⁵.

Der Hintergrund, die Relevanz der Arbeit erschließt sich aus zwei Entwicklungen, einer theoretischen und einer praktischen: Zum einen versucht sie, anhand einer Ideen-Analyse Politik zu verstehen, weil in letzter Zeit „das schlichte Versagen von Modellen an der Realität“¹⁶ immer deutlicher wurde und Ideen neben anderen Einflussfaktoren¹⁷ für das Verstehen von Handlungen einen größeren Stellenwert bekamen. Zum anderen zeigt sich die Relevanz des Themas – die „praktische Entwicklung“ – beinahe täglich in den Medien und nicht zuletzt seit dem Gipfel von Nizza im Dezember 2000 – sie liegt also in der gemeinhin konstatierten „Krise“¹⁸ der Europäischen Integration und der des deutsch-französischen Verhältnisses begründet. Die Debatte berührt zentrale Problemfelder, Akzeptanzverlust in der Bevölkerung¹⁹, die Gefahr einer über das notwendige Maß hinausgehenden Zentralisierung, Defizite an Effizienz und demokratischer Legitimation, die unzureichende Handlungsfähigkeit im Bereich der äußeren Sicherheit und der gemeinsamen Außenpolitik²⁰ und nicht zuletzt die institutionellen Reformen²¹. Diese sind im Zuge der EU-Osterweiterung

¹⁴ Zum Unterschied zwischen Erklären und Verstehen, vgl.: Jóhannesdóttir, Anna, Vergleich als Methode. PAFE-Arbeitspapier 3, S. 3, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pafe.htm> [05.02.2001].

¹⁵ Eine nähere Untersuchung dessen, was Ideen leisten können und was nicht, erfolgt im zweiten Abschnitt dieser Arbeit.

¹⁶ Jachtenfuchs, Markus, Ideen und internationale Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2/1995 2, S. 419.

¹⁷ So z. B. Jachtenfuchs, Markus, Ideen und Integration. Verfassungsideen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien und die Entwicklung der EU, Mannheim 1999, S. 53.

¹⁸ Diese fasste man in der LIBERATION wie folgt zusammen: „Zwei misslungene Abkommen – Amsterdam 1997 und Nizza 2000 – eine deutsch-französische Beziehung auf dem toten Punkt, ein in Europa isoliertes und vor der EU-Osterweiterung aus dem Konzept gebrachtes Frankreich...“, zitiert in: Balmer, Rudolf (27.12.2000), Bilanz der französischen EU-Präsidentschaft. Für Frankreich „so verheerend wie die Suez-Krise“, <http://home.worldnet.fr/balmer.suez.html> [09.01.2001].

¹⁹ Dies zeigt sich unter anderem auch an der Wahlbeteiligung (Europäisches Parlament), die zuletzt bei 49% lagen. Damit ist ein historischer Tiefstand erreicht worden, der u. a. auch auf die mangelnde Transparenz europäischer Entscheidungsstrukturen und die fehlende Zuschreibbarkeit von Verantwortung zurückgeführt wird. Vgl.: Krauß, Stefan, Europäische Verfassungsdebatte zwischen Deutschland und Frankreich, in: Rill, Bernd (Hrsg.), Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 21, München 2000, S. 47.

²⁰ Vgl.: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Reform der Europäischen Union. Materialien zur Revision des Maastrichter Vertrages 1996, Gütersloh 1995, S. 17; Vgl.: Fischer, Joschka, Vom Staatenverbund zur Föderation. Gedanken über die Finalität der europäischen Integration. 12.05.2000, <http://www.whi-berlin.de/fischer.htm>, S. 1-4 [13.09.2000].

²¹ Vgl.: Meyer-Landrut, Nikolaus, Institutionelle Reformen und die Erweiterung der Europäischen Union, in: Siedentopf, Heinrich (Hrsg.), Europäische Integration/Modernisierung des Staates.

zusehends ins Blickfeld geraten, da die jetzigen Institutionen – ursprünglich für die sechs Mitgliedstaaten der Römischen Verträge konzipiert²² – nicht ausreichend oder passend für 27 oder gar 30 Mitgliedstaaten sind, die bereits bestehenden Problemfelder der Effizienz und der demokratischen Legitimation²³ noch verschärften und sich deshalb dringend einer Reform unterziehen müssten.²⁴

Es ist daher notwendig, die Ideen Deutschlands und Frankreichs zunächst zu verstehen und daraufhin zu untersuchen, ob sie sich – gleich Graphen in einem Koordinatensystem – aufeinander zu bewegen oder sich entfernen, bevor etwaige Erklärungsversuche oder Prognosen über die Europäische Integration und das deutsch-französische Verhältnis gemacht werden können. Der erste Schritt soll in dieser Arbeit versucht werden.

1.3 Aufbau

Nach der Einleitung wird sich die Arbeit mit einer theoretischen und methodischen Einordnung des Themas fortsetzen. Die theoretische Einordnung erfolgt wiederum in zwei Etappen: Zunächst wird der Konstruktivismus allgemein vorgestellt, seine Grundannahmen erläutert und eine Beschreibung dessen versucht, was er zu leisten vermag und was nicht, und inwiefern er der Aufgabe einer Theorie der Internationalen Beziehungen, „zum Verständnis der Struktur und Dynamik von Interessenkonflikten beizutragen“ gerecht wird.²⁵ Daran schließt sich ein Abschnitt über Ideen als konkrete theoretische Einordnung an,

Dokumentation zum 5. Deutsch-Französischen Verwaltungskolloquium der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und der Ecole Nationale d'Administration (ENA), Strasbourg/Paris am 25. und 26. Juni 1998 (Speyer Arbeitshefte 17), S. 42-43. Der Autor weist jedoch auch darauf hin, dass „die EU institutionell nicht neu erfindbar ist.(...) wir werden auch hier von dem „acquis“ ausgehen müssen“, S. 46.

²² Vgl.: Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Perspektiven und Grenzen des europäischen Integrationsprozesses (Arbeitsgruppe A des Kernseminars 1999), <http://www.baks.com/4199.htm> [11.12.2000].

²³ Vgl.: Cassen, Bernard, Neoliberale Zwangsjacke für Europa. Scheitert Fischers Europäische Föderation an der Wirklichkeit? in: *Le Monde Diplomatique*, 16.6.2000.

²⁴ Zu den Folgen der EU-Osterweiterung ohne institutionelle Reformen, vgl.: Janning, Josef, Politische und institutionelle Konsequenzen der Erweiterung, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), *Reform der Europäischen Union. Materialien zur Revision des Maastrichter Vertrages 1996*, Gütersloh 1995, S. 268-269.

²⁵ Jachtenfuchs, Markus, Ideen und Internationale Beziehungen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2/1995 2, S. 418.

das heißt, ein Aspekt des Konstruktivismus – die Idee – wird näher untersucht, und zwar zum einen auf seinen Inhalt und zum anderen auf seine Wirkung.

Der theoretischen Einordnung wird im zweiten Teil des zweiten Kapitels eine methodische hinzugefügt, die sich in drei Abschnitte gliedert, nämlich in eine Erklärung, warum gerade die Ideen ausgewählt wurden, die im Hauptteil als Vergleichsgrundlage dienen, in eine Darstellung und Begründung der benutzten bzw. untersuchten Darstellungen, Quellen und Akteure und schließlich in eine Erläuterung der Vorgehensweise der Analyse. Hierbei wird überblicksartig auch die Diskursanalyse Erwähnung finden.

Im Hauptteil stellt sich der Leser²⁶ einer dreigeteilten Untersuchung über Europa-Ideen in Deutschland und Frankreich, und zwar einmal der Idee von Staat und Nation und zweitens der Idee von Europa in Deutschland und Frankreich. Die erste zu untersuchende Studie erfolgt über den Zeitraum von den Römischen Verträgen 1957 bis zum Abschluss des Elysée-Vertrages 1963, die zweite setzt beim Fall der Mauer 1989 an und endet mit der Einigung auf die Maastrichter Verträge 1991, und die dritte Studie erfasst den Zeitraum von Mai 1999 bis Dezember 2000, also vom Inkrafttreten der Amsterdamer Verträge bis zur Gipfelkonferenz in Nizza. Die zu vergleichenden Ideen bleiben in jedem Untersuchungszeitraum konstant, wenngleich die Art der Untersuchung bei den ersten beiden Teilen sich von der im dritten unterscheidet, und zwar hauptsächlich in Bezug auf Quellen und Umfang.²⁷ Dies resultiert daraus, dass die ersten beiden Abschnitte – 3.1 und 3.2 – als Vorstudien zum dritten Abschnitt 3.3 konzipiert sind und für diesen letzten Teil die Grundlagen liefern werden. Außerdem sind die ersten Untersuchungszeiträume im Gegensatz zum letzten, aktuellen bereits nahezu vollständig von der Forschung erarbeitet worden.

²⁶ Lediglich aufgrund des höheren Komforts beim Lesen wird auf die geschlechtsneutrale Sprache in dieser Arbeit verzichtet; dass die Erwähnung des Lesers auch die der Leserin mit einschließt, setze ich als selbstverständlich voraus.

²⁷ Aufgrund dessen ist diese Arbeit auch nicht explizit als „vergleichende Analyse“ zu bezeichnen, denn sie erfüllt nicht exakt die Anforderungen, die an einen Vergleich als Methode wissenschaftlichen Arbeitens gestellt wird, vgl. dazu z. B. Jóhannesdóttir, Anna, Vergleich als Methode. PAFE-Arbeitspapier 3, S. 3f., <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pafe.htm> [05.02.2001]. Über die Problematik des Vergleichs, vgl.: Checkel, Jeffrey T., *Ideas and International Political Change. Soviet/Russian Behavior and the End of the Cold War*, New Haven/London 1997, S. 6.

Jedes einzelne Kapitel des Hauptteils wird durch ein Fazit abgeschlossen, das eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse enthält. Es soll und kann hier kein direkter kausaler Zusammenhang zu Verhandlungspositionen konstatiert werden, das Ziel liegt im Verstehen und Nachvollziehen der Ideen.²⁸ Im vierten abschließenden Kapitel werden die Ergebnisse aus den jeweiligen Abschnitten des Hauptteils zu einem Ganzen zusammengefügt und verglichen, bevor ein Ausblick die Arbeit abrundet.

²⁸ Vgl.: Nadoll, Jörg/Stahl, Bernhard/Boekle, Henning, Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken. Theoretische Grundlegung und methodische Vorgehensweise. PAFE-Arbeitspapier 1, Trier, S. 7, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pafe.htm> [05.02.2001]. Die Autoren verweisen hier auf den Unterschied von rationalistischen zu konstruktivistischen Ansätzen, wonach letztere zum Ziel haben, das Verhalten von Akteuren und seine Motive zu verstehen anstatt zu erklären.

2 Theoretische und methodische Einordnung

2.1 Theoretische Einordnung

2.1.1 Der Konstruktivismus

2.1.1.1 Entwicklung und Grundannahmen

Die Überschrift „Der Konstruktivismus“ wirft sogleich die erste begriffliche Schwierigkeit auf, suggeriert sie doch, dass es *den* Konstruktivismus als eine einheitliche Theorie gebe und lässt außer Acht, dass es unter dem Überbegriff des Konstruktivismus verschiedene Theorien und Ansätze gibt. Die erste Frage, die es zu beantworten gilt, ist demnach, welche Theorien als konstruktivistisch bezeichnet werden und was diese Theorien ausmacht, um konstruktivistisch genannt werden zu können. Konstruktivistische Theorien verbergen sich hinter den von Keohane als reflexiv²⁹ bezeichneten Theorien, gehören aber auch zur Familie der kritischen Theorien³⁰ und werden in Anlehnung an ihren wissenschaftlichen Widerpart sowohl als vom Positivismus abzugrenzende³¹ bzw. „post-positivistische“³² als auch als „nicht-rationalistische“³³ Theorien dargestellt. Diese Begriffe gehen zum größten Teil aus der Dritten Theoriedebatte³⁴ in den

²⁹ Vgl.: Hall, John A., Ideas and the Social Sciences, in: Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. (Hrsg.), Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change, Ithaca/London, S. 32.

³⁰ Vgl.: Wendt, Alexander, Constructing International Politics, in: International Security 20/1995, S. 71. Im Gegensatz zu Wendt rechnet Adler die Konstruktivisten jedoch nicht zu den kritischen Theorien, vgl. Adler, Emanuel, Seizing the Middle Ground: Constructivism in World Politics, in: European Journal of International Relations 3/1997 3, S. 319.

³¹ Vgl.: Schaber, Thomas/Ulbert, Cornelia, Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theoriedebatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/1994 1, S. 139.

³² Z. B. Lapid, Yosef, The Third Debate: On the Prospects of International Theory in a Post-Positivist Era, in: International Studies Quarterly 33/1989, S. 235 oder Meyers, Reinhard, Virtuelle Scheingefechte im ontologischen Cyberspace? Nachfragen zum Duktus und zum Gehalt einer Theoriedebatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/1994 1, S. 127.

³³ Risse-Kappen, Thomas, Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2/1995 1, S. 175.

³⁴ Nach den ersten beiden „großen“ Debatten zwischen Realismus und Idealismus und Traditionalismus und Szientismus, folgt eine Debatte, die im überwiegenden Teil der Literatur die „Dritte Theoriedebatte“ genannt wird und vor allem zwischen rationalistischen und nicht-rationalistischen Theorien geführt wird. Aber auch hier gibt es begriffliche Unterschiede, Wæver meint sogar, dass die dritte Debatte eigentlich die vierte Debatte ist, weil die dritte Debatte bereits in den 70er Jahren zwischen Realismus, Interdependenztheorien und Neo-Marxismus ausgetragen

Internationalen Beziehungen hervor, die nach dem Ende des Kalten Krieges in den USA ihren Ausgangspunkt fand und später auch in Deutschland weitergeführt wurde³⁵. Entzündet hat sich die Debatte vor allem an der Frage, wie erklärt werden könne, dass eine Supermacht wie die ehemalige Sowjetunion ihren politischen Kurs so drastisch veränderte und warum westliche Mächte – als „Gewinner“ des Kalten Krieges – nicht versucht hätten, diese Situation auszunutzen?³⁶ Realistischen bzw. neorealistischen Theorien³⁷ wurde in diesem Zusammenhang³⁸ vorgeworfen, dass ihre Annahmen nicht ausreichten, um Vorgänge solcher Art zu erklären und zu verstehen³⁹. Die Funktion dieser Debatte sieht Lapid im „promoting a more reflexive intellectual environment in which debate, criticism, and novelty can freely circulate“⁴⁰. Den Inhalt derselben umschreibt Meyers folgendermaßen:

“Metaontologischer Dualismus der Realismus-Globalismus-Kontroverse, gefolgt von der Auseinandersetzung zwischen Neorealismus und Liberalem Institutionalismus auf der einen Seite. Ausdifferenzierung einer post-positivistischen, das rationalistisch-aufklärerische, auf das Modell der Naturwissenschaften bezogene Minimalerbe neuzeitlichen Wissenschaftsverständnisses in Frage

wurde, vgl.: Wæver, Ole, Figures of international thought: introducing persons instead of paradigms, in: Neumann, Iver B./Ders. (Hrsg.), The Future of International Relations. Masters in the making? London/New York 1997, S. 8,12,15.

³⁵ Zum Vergleich der deutschen mit der amerikanischen Debatte, vgl.: Zürn, Michael, We Can Do Much Better! Aber muß es auf amerikanisch sein? Zum Vergleich der Disziplin „Internationale Beziehungen“ in den USA und in Deutschland, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/1994 1, S. 91-114.

³⁶ Vgl.: Risse-Kappen, Thomas, Ideas do not float freely: transnational coalitions, domestic structures, and the end of the cold war, in: International Organization 48/1994 2, S. 185 und Wendt, Alexander 1995, S. 78.

³⁷ Bzw. alle rationalistischen/materialistischen/utilitaristischen Theorien. Albert warnt jedoch davor, die „Dritte Debatte“ auf „eine duale Polarität zurechtschneiden zu wollen“, wie es bei den ersten beiden Debatten der Fall war. Vgl.: Albert, Mathias, „Postmoderne“ und Theorie der internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/1994 1, S. 46.

³⁸ Hellmann macht allerdings darauf aufmerksam, dass der Realismus bedeutende Schwächen aufweise, die sich nicht erst – wie vielfach angenommen – mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Ost-West-Konfliktes zeigten. Vgl.: Hellmann, Gunther, Für eine problemorientierte Grundlagenforschung: Kritik und Perspektiven der Disziplin „Internationale Beziehungen“ in Deutschland, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/1994 1, S. 81.

³⁹ Vgl. z. B.: Wohlforth, William C., Realism an the End of the Cold War, in: International Security 19/1994/95 3, S. 91, Kratochwil, Friedrich, The embarrassment of changes: neo-realism as the science of Realpolitik without politics, in: Review of International Studies 19/1993, S. 63f oder Müller, Harald, Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/1994 1, S. 22f.

⁴⁰ Lapid, Yosef 1989, S. 250.

*stellende, wenn nicht grundsätzlich ablehnenden Epistemologie auf der anderen.*⁴¹

Von dieser Debatte beeinflusst entwickelten sich Theorien, die zwischen den beiden extremen Lagern Platz fanden, sozusagen eine „mittlere Position“⁴² einnahmen, da sie Politik weder allein als Folge materieller Interessen noch ausschließlich von Ideen bestimmt betrachteten; vielmehr waren sie der Meinung, dass „the manner in which the material world shapes and is shaped by human action and interaction depends on dynamic normative and epistemic interpretations of the material world“.⁴³ Diese Ansätze können sowohl zum einen – eher realistischen – als auch zum anderen – eher liberalen Lager – tendieren, aber trotzdem sind ihnen einige Grundannahmen gemein, die als konstruktivistisch bezeichnet werden:

Ideen und Interessen bestehen nicht unabhängig voneinander, sondern bedingen einander, das heißt, im Gegensatz zu rationalistischen Annahmen gehen konstruktivistische davon aus, dass Akteure nicht allein auf der Grundlage von Interessen handeln.⁴⁴ Außerdem seien Interessen nicht einfach aus Macht- und Wirtschaftsstrukturen ableitbar, sondern würden konstruiert⁴⁵; sie seien also nicht „vom Strukturreich“⁴⁶ gefallen, sondern bildeten sich im Prozess der Interaktion aus. Die Konstruktion erfolgt dadurch, dass Akteure Wirklichkeit⁴⁷ wahrnehmen⁴⁸ und interpretieren und in diesem Prozess auch immer von

⁴¹ Meyers, Reinhard 1994, S. 127.

⁴² Jachtenfuchs, Markus, Ideen und Integration. Verfassungsideen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien und die Entwicklung der EU, Mannheim 1999, S. 72.

⁴³ Adler, Emanuel 1997, S. 322.

⁴⁴ Vgl.: Jung, Sabine, Europa, made in France. Eine Analyse des politischen Diskurses Frankreichs zur Zukunft der Europäischen Gemeinschaft – von den Anfängen bis heute, Baden-Baden 1999, S. 20.

⁴⁵ Vgl.: Jachtenfuchs, Markus, Ideen und Integration. Verfassungsideen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien und die Entwicklung der EU, Mannheim 1999, S. 73.

⁴⁶ Risse-Kappen, Thomas 1995, S. 177.

⁴⁷ Diese Wirklichkeit kann „gut“ und „schlecht“ sein. Der Konstruktivismus ist demnach nicht nur eine „Schönwettertheorie“ – wie von Kritikern behauptet, sondern kann genauso gut Kriege erklären.

⁴⁸ Zur Konstruktion von Wirklichkeit, vgl.: Jaeger, Hans-Martin, Konstruktionsfehler des Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3/1996 2, S. 314 und Wagner, Wolfgang, Interessen und Ideen in der europäischen Verfassungspolitik. Rationalistische und konstruktivistische Erklärungen mitgliedstaatlicher Präferenzen, in: Politische Vierteljahresschrift 40/1999, S. 422.

individuellen oder kollektiven Normen, Ideen, Prinzipien, Kultur⁴⁹, Werten oder Identitäten beeinflusst werden.⁵⁰ Die Formulierung der Interessen hängt demnach nicht nur von rein materiellen Faktoren ab, sondern wird zusammen mit ideellen bzw. immateriellen Faktoren gebildet. Somit fungieren diese Faktoren als „unabhängige Variable für die Erklärung außenpolitischen Verhaltens“⁵¹. Dieser Prozess, nämlich der Weg, auf dem der Akteur seine Interessen definiert, wird als endogen⁵² bezeichnet, während rationalistische Theorien davon ausgehen, dass ideelle Faktoren abhängige Variablen seien und somit einen exogenen Prozess auslösen.

Auch ist der Akteur nach konstruktivistischer Annahme kein homo oeconomicus, sondern ein homo sociologicus, er liegt also einem soziologischen Akteursverständnis zugrunde.⁵³ Damit verbunden ist auch das Verhältnis der Akteure zur Struktur.⁵⁴ Beide „reproduzieren sich wechselseitig“⁵⁵, soziale Strukturen hängen von den Ideen oder Identitäten des Akteurs ab, ihre intersubjektive⁵⁶ Qualität macht sie „sozial“.⁵⁷ Deshalb ist eine wichtige Aufgabe des Konstruktivismus, das Umfeld des Akteurs – sei es der historische Kontext, Institutionen oder Normen – zu analysieren, um sein Verhalten und sein Handeln zu verstehen. Dieser Prozess des sich immer wieder Reproduzierens impliziert notwendigerweise eine Dynamik, durch die Wandel und Kontinuität in den Internationalen Beziehungen nachvollziehbar werden. „Wandel ist nicht nur

⁴⁹ Ausführlich bei Jetschke, Anja/Liese, Andrea, Kultur im Aufwind. Zur Rolle von Bedeutungen, Werten und Handlungsrepertoires in den internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5/1998 1, S. 149-179.

⁵⁰ Ausführlicher zur Entstehung von Interessen, vgl.: Weldes, Jutta, Constructing National Interests, in: European Journal of International Relations 2/1996 3, S. 281f. und 284-289.

⁵¹ Boekle, Henning/Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang, Normen und Außenpolitik: Konstruktivistische Außenpolitiktheorie. [Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung Nr. 34], S. 5, <http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/taps/tap34.htm> [05.03.2001].

⁵² Vgl.: Schaber, Thomas/Ulbert, Cornelia, Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theoriedebatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/1994 1, S. 140, Wendt, Alexander, Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics, in: International Organization 46/1992 2, S. 394, Risse-Kappen, Thomas 1995, S. 176, March, James G./Olsen, Johan P., Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics, New York 1989, S. 40.

⁵³ Schaber/Ulbert 1994, S. 140.

⁵⁴ Dazu ausführlicher: Carlsnaes, Walter, The Agency-Structure Problem in Foreign Policy Analysis, in: International Studies Quarterly 36/1992, S. 245-270.

⁵⁵ Risse-Kappen, Thomas 1995, S. 176/77.

⁵⁶ Ausführlicher über Intersubjektivität, vgl. Adler, Emanuel 1997, S. 327f.

⁵⁷ Wendt, Alexander 1995, S. 73.

wünschenswert, er ist unausweichlich, da jede Gesellschaft dieser evolutionären Dynamik unterworfen ist [...].“⁵⁸

Diese Grundzüge lassen sich bei nahezu allen Varianten konstruktivistischer Theorien finden, wobei sie jeweils unterschiedliche Ausprägungen finden: Die sozialkonstruktivistische Variante ist beispielsweise eher auf die gesellschaftliche Konstruktion bestimmter Phänomene gerichtet, während der erkenntnistheoretische Konstruktivismus voraussetzt, dass unser Wissen ein Weltbild zeichne, dessen Übereinstimmung mit „der“ Welt niemals sicher sei.⁵⁹ Befürworter der handlungstheoretischen Variante des Konstruktivismus betonen stark die Bedeutung von „Kultur“: „Interessen (werden) von Akteuren definiert, die auf kulturelle Faktoren reagieren“⁶⁰. Als radikale Variante des Konstruktivismus kann die Postmoderne angesehen werden, nach der nur Ideen ausschlaggebend sind, „für die die Welt nur als ‚Text‘, also als Ideengebilde, zugänglich ist“⁶¹. Eine weitere Unterscheidung konstruktivistischer Ansätze besteht zwischen ideenorientierten und diskursiven Varianten: „Während in ersterem Ideen zumeist als individuelle oder kollektive Überzeugungen definiert werden, sind Ideen in letzterem diskursive Konstrukte“⁶². Als Letztes sei noch auf das Gegensatzpaar des transnationalen und sozietales Konstruktivismus hingewiesen: Der transnationale Konstruktivismus nimmt an, dass Akteurshandeln auf internationaler Ebene wesentlich vom internationalen Umfeld geprägt ist, im Gegensatz zum sozietales Konstruktivismus, der „die Abhängigkeit außenpolitischen Verhaltens von *in der Gesellschaft* [Hervorhebung i. O.] vorhandenen Normen“⁶³ hervorhebt.

⁵⁸ Schaber/Ulbert 1994, S. 148.

⁵⁹ Vgl.: Diez, Thomas, Postmoderne und europäische Integration. Die Dominanz des Staatsmodells, die Verantwortung gegenüber dem Anderen und die Konstruktion eines alternativen Horizonts, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3/1996 2, S. 257.

⁶⁰ Jachtenfuchs, Markus 1999, S. 73.

⁶¹ Ebd., S. 74.

⁶² Diez, Thomas, Perspektivenwechsel. Warum ein „postmoderner“ Ansatz für die Integrationsforschung doch relevant ist, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5/1998 1, S. 143.

⁶³ Boekle/Rittberger/Wagner 1999, S. 18.

2.1.1.2 Stärken und Schwächen

Laut Hellmann setzt sich eine Theorie zusammen „aus Aussagen über vermutete oder erwiesene Ursache-Wirkungszusammenhänge (Hypothesen bzw. Gesetze) einerseits und einer Erklärung davon, wie es zur Verursachung einer Wirkung „B“ durch die Ursache „A“ kommt, andererseits“⁶⁴. Es bleibt nun also zu klären, was konstruktivistische Theorien leisten können und wozu sie nicht imstande sind, ob und inwiefern sie Erklärungskraft haben und ob sie dem Prädikat einer „Theorie“ überhaupt gerecht werden oder doch – wie Checkel glaubt – „a method more than anything else“⁶⁵ bleiben.

Kritisiert werden konstruktivistische Theorien vor allem im Hinblick auf ihre Erklärungskraft und –fähigkeit hinsichtlich der tatsächlichen, „praktischen“ Politik. Es wird darauf verwiesen, dass ideelle Faktoren nur schwer eindeutig in Verhandlungspositionen wiederzufinden seien. „Normen wirken nicht direkt verhaltenssteuernd im Sinne eines ‚Verpflichtungsgehalts‘, sondern stellen vielmehr einen kommunikativ zu aktivierenden ‚Referenzrahmen‘ für durchaus kontroverse internationale und innenpolitische Diskurse dar.“⁶⁶ Das bedeutet, konstruktivistische Theorien nehmen zwar grundsätzlich an, dass ideelle Faktoren eine wichtige, sogar konstituierende Rolle bei der Interessenbildung spielen und damit auch Einfluss auf Entscheidungen, Verhandlungspositionen oder auch Handeln haben, sie können jedoch nicht aussagen, dass aufgrund einer bestimmten Idee „A“ oder eines bestimmten Wertes die Entscheidung „B“ getroffen oder der Vertrag „C“ abgeschlossen wurde.⁶⁷ Kratochwil und Ruggie umschreiben dieses Problem folgendermaßen:

„Norms may ‚guide‘ behavior, they may ‚inspire‘ behavior, they may ‚rationalize‘ or ‚justify‘ behavior, they may express ‚mutual expectations‘ about behavior, or they may be ignored. But they do not

⁶⁴ Hellmann, Gunther 1994, S. 71. Zum Begriff der Theorie und seiner Funktionen, vgl.: Lehmkuhl, Ursula, Theorien Internationaler Politik. Einführung und Texte, München/Wien 2000², S.VII.

⁶⁵ Checkel, Jeffrey, The Constructivist Turn in International Relations Theory, in: World Politics 50/1997, S. 325.

⁶⁶ Jaeger, Hans-Martin 1996, S. 325 (Bezug auf Risse-Kappen und Müller).

⁶⁷ Vgl.: Börzel, Tanja, Zur (Ir-)Relevanz der „Postmoderne“ für die Integrationsforschung. Eine Replik auf Thomas Diez' Beitrag „Postmoderne und europäische Integration“, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4/1997 1, S. 126-130.

effect cause in the sense that a bullet through the heart causes death or an uncontrolled surge in the money supply causes price inflation.”⁶⁸

Somit laufen konstruktivistische Theorien Gefahr, zum Beispiel außenpolitische Entscheidungen erklären zu wollen, indem jene Verhaltenserwartung als ausschlaggebend angesehen wurde, die am offensichtlichsten⁶⁹ oder für den Beobachter wünschenswert gewesen ist. Zum Vorwurf der „self-fulfilling prophecy“ ist es dann nicht mehr weit; in Anlehnung an Wendts Aufsatz „Anarchy is what states make of it“ gelangt Jaeger in diesem Zusammenhang zu dem Ausspruch „Constructivism is what constructivists make of it!“⁷⁰

Stattdessen können konstruktivistische Theorien außenpolitisches Verhalten verstehen oder einen bestimmten Fall auf der Grundlage der analysierten Ideen, Identitäten oder Normen für plausibel erklären.⁷¹ Hier wird der Gegensatz zu rationalistischen Theorien besonders deutlich, denn für konstruktivistische Theorien besteht ja gerade das Ziel darin, „das Verhalten von Akteuren und seine Motive zu *verstehen* (eigene Hervorhebung)“⁷². Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, kann auch das Verhalten des Akteurs nicht erklärt werden,⁷³ das Verstehen muss also vor dem Erklären erfolgen. Infolgedessen ist den konstruktivistischen Theorien zugute zu halten, dass sie Aussagen darüber treffen, warum sich Akteure auch – materiellen Erwägungen entgegengesetzt – an Werte halten und dementsprechend zum Beispiel werte- und normengeleitet handeln.⁷⁴ Dadurch, dass „Konstruktionen der Wirklichkeit zwischen dieser Wirklichkeit und den Interessen der Akteure stehen und systematisch analysiert werden müssen und können“⁷⁵, entkräften konstruktivistische Theorien den Vorwurf, nur Methode anstatt Theorie zu sein, sind sie doch einerseits in der Lage, Aussagen über vermutete Ursache-Wirkungszusammenhänge zu treffen und andererseits die

⁶⁸ Kratochwil, Friedrich/Ruggie, John Gerard, International Organization: a state of the art on an art of the state, in: International Organization 40/1986 4, S. 767.

⁶⁹ Vgl.: Boekle/Rittberger/Wagner 1999, S. 7 und 12.

⁷⁰ Jaeger, Hans-Martin 1996, S. 335.

⁷¹ Vgl.: Checkel, Jeffrey 1997, S. 331.

⁷² Nadoll/Stahl/Boekle 2000, S. 7.

⁷³ Vgl.: Wagner, Wolfgang 1999, S. 422.

⁷⁴ Im Gegensatz zu rationalistischen Akteurskonzepten, die diese Fälle mit ihren Aussagen bzw. Annahmen nicht erklären können, vgl.: Jung, Sabine 1999, S. 18/19.

⁷⁵ Jachtenfuchs, Markus 1995, S. 428.

wesentliche Grundlage für die Erklärung dieses Zusammenhanges zu schaffen – das Verstehen – was ihnen zumindest den Status einer „Metatheorie“⁷⁶ einbringt. Darüber hinaus, aber eng mit dem Umstand des Verstehens verbunden, liegt eine wesentliche Stärke des Konstruktivismus im empirischen Wert seines Ansatzes⁷⁷. „It (der Konstruktivismus, eigene Anmerkung) also establishes new areas of empirical investigation – non-existent for realists, overlooked by liberals and unimportant to psychological approaches – namely, the objective facts of world politics, which are facts only by virtue of human agreement.“⁷⁸

2.1.2 Ideen

2.1.2.1 Begriff

Mehr als ein Dutzend sinn- und sachverwandte Begriffe wird man im Synonym-Wörterbuch unter dem Eintrag „Idee“ finden. Dem Benutzer des Wörterbuches wird es selbst überlassen, ob er unter einer Idee zum Beispiel Einfall, Geistesblitz, Meinung, Vorstellung, Bild oder doch eher eine Illusion versteht. Dem Leser dieses Abschnittes soll die Freiheit der Interpretation jedoch nicht gewährt werden – oder positiv formuliert, er wird der Verantwortung einer Begriffsdefinition enthoben.

Nach Goldstein und Keohane sind Ideen „beliefs held by individuals“⁷⁹, wobei wiederum zwischen „world views, principled beliefs, and causal beliefs“⁸⁰ unterschieden wird. Diese Trennung ergibt sich aus den Werten, die Ideen umfassen können, das heißt, wenn Ideen die Form von Weltbildern⁸¹ annehmen,

⁷⁶ Risse, Thomas, Identitäten und Kommunikationsprozesse in der internationalen Politik – Sozialkonstruktivistische Perspektiven zum Wandel in der Außenpolitik, in: Medick-Krakau, Monika (Hrsg.), Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1999, S. 34.

⁷⁷ Dies wurde auch von Checkel, Jeffrey 1997, S. 338 bestätigt.

⁷⁸ Adler, Emanuel 1997, S. 348.

⁷⁹ Goldstein, Judith/Keohane, Robert O., Ideas and Foreign Policy: An Analytical Framework, in: Dies. (Hrsg.), Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change, Ithaca/London 1993, S. 3.

⁸⁰ Ebd., S. 7/8. Vgl. dazu auch Boekle/Rittberger/Wagner 1999, S. 5 und 42.

⁸¹ Vgl. zum Einfluss von Weltbildern, Krasner, Stephen D., Westphalia and All That, in: Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. (Hrsg.), Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change, Ithaca/London 1993, S. 235-264.

haben sie eine sehr große, fundamentale Reichweite, sie sind tief in der Identität eines Menschen verankert und äußern sich beispielsweise in religiösen Überzeugungen. Sind Ideen „principled ideas“ haben sie einen stark normativen Wert, das bedeutet, sie führen zu der Unterscheidung, was richtig und falsch ist. Wenn man zum Beispiel sagt „Rassismus ist falsch“, steckt dahinter die prinzipielle Überzeugung, dass alle Menschen gleichwertig sind und eine wertende Unterscheidung nach Hautfarbe oder Ethnie folglich falsch ist. „Principled beliefs“ können ebenso wie Weltbilder einen Teil der Identität eines Menschen ausmachen, bei manchen haben prinzipielle Überzeugungen zu einem grundlegenden Wechsel in der Politik geführt⁸² oder sogar zum Märtyrertum.⁸³ Die dritte Art von Ideen sind die „causal beliefs“, deren Träger davon überzeugt sind, mit ihren Ansichten ein bestimmtes Ziel erreichen zu können. Goldstein und Keohane nennen in diesem Zusammenhang die ungarische und polnische Revolution von 1989 als Beispiel für das Auftreten von „causal beliefs“: Menschen in der ehemaligen DDR und der Tschechoslowakei wären durch das Vorbild ihrer Nachbarn davon überzeugt worden, dass sie durch gewaltlose Proteste Regierungen stürzen könnten. Somit hatten ihre „causal beliefs“ ein direktes Ziel vor Augen, unterstützt von den „principled beliefs“, dass Gewalt falsch sei und eingebettet in die „world view“, also in die fundamentale Vorstellung einer freien und gleichen Weltordnung.⁸⁴

Grundsätzliche Kritik an der Ideen-Konzeption von Goldstein und Keohane üben Laffey und Weldes in ihrem 1997 erschienen Aufsatz „Beyond Beliefs: Ideas and Symbolic Technologies in the Study of International Relations“. Dort werden Ideen nicht als „beliefs“ aufgefasst, sondern als „symbolic technologies“⁸⁵, die wiederum als „intersubjective systems of representations and representation-producing practices“⁸⁶ definiert werden. Der grundlegende Unterschied zu

⁸² Vgl.: Sikkink, Kathryn, *The Power of Principled Ideas: Human Rights Policies in the United States and Western Europe*, in: Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. (Hrsg.), *Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change*, Ithaca/London 1993, S. 139-170.

⁸³ Vgl. dazu ausführlicher, Goldstein/Keohane 1993, S. 9.

⁸⁴ Vgl.: Goldstein/Keohane 1993, S. 10.

⁸⁵ Laffey, Mark/Weldes, Jutta, *Beyond Beliefs: Ideas and Symbolic Technologies in the Study of International Relations*, in: *European Journal of International Relations* 3/1997 2, S. 195. Die Autoren kritisieren auch, dass es Unklarheiten bei der Verwendung von „Ideas as beliefs“ gebe, denn manche Autoren benutzten weiterhin beide Begriffe getrennt. Dieser Kritik müssten sich Laffey und Weldes jedoch eigentlich auch selbst stellen, definieren sie doch „Ideas as symbolic technologies“ und betiteln gleichzeitig ihren Aufsatz mit „Ideas and Symbolic Technologies“.

⁸⁶ Ebd., S. 209.

Goldstein und Keohane wird darin gesehen, dass Laffey und Weldes Ideen nicht getrennt von Interessen betrachtet werden und sie eher als soziale denn als individuelle Phänomene ansehen.

Eine weitere, inhaltlich ähnliche Definition von „Ideen“ gibt Checkel, indem er sie als „broad concepts and basic beliefs that can play a central role in organizing politics and shaping public policy“⁸⁷ bezeichnet. Ulbert trennt darüber hinaus in geronnene und selbstständige Ideen, wobei erstere „Institutionen und kulturellen Handlungsrepertoires zugrunde liegen, historisch sedimentiert sind und meist nicht hinterfragt werden“ und letztere als „mehr oder weniger explizit formulierte oder implizit aus Handlungen ableitbare, weitgehend kohärente Vorstellungssysteme vorliegen“⁸⁸. In Bildern gefasst nennt Hauriou die Idee „Ariel“, während das Kollektivbewusstsein den Namen „Kaliban“⁸⁹ trägt. Ariel – also die Idee als Luftgeist, der in höheren Sphären schwebt und Kaliban – das Kollektivbewusstsein als Gnom, der sich in tieferen Sphären aufhält und höheren Wesen untersteht.⁹⁰

Anders als zum Beispiel Diez betrachtet die vorliegende Arbeit Ideen allerdings nicht als „Weltbilder“⁹¹, sondern hält den von Wæver verwandten Begriff des „we-concepts“ für angebrachter, da er die Träger der Idee von Nation, Staat und Europa als Kollektiv treffend beschreibt – kurzum: „The reason for selecting state, nation and Europe [...] as central categories is that these are the forms the ‚we‘ take. [...] Not simply ‚who‘ we are, but the way(s) [Hervorhebung i. O.] one thinks the we.“⁹²

⁸⁷ Checkel, Jeffrey T. 1997, S. 5.

⁸⁸ Ulbert, Cornelia, Ideen, Institutionen und Kultur. Die Konstruktion (inter-)nationaler Klimapolitik in der BRD und in den USA, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4/1997 1, S. 13.

⁸⁹ Hauriou, Maurice, Die Theorie der Institution und der Gründung (Essay über den sozialen Vitalismus), in: Schnur, Roman (Hrsg.), Die Theorie der Institution und zwei andere Aufsätze von Maurice Hauriou, Berlin 1965, S. 44.

⁹⁰ Vgl. Fußnote 5 in Hauriou, Maurice 1965, S. 44.

⁹¹ Vgl.: Diez, Thomas 1995, S. 16. „Weltbilder“ werden von Papcke z. B. als die Summe aus Vorstellung, Interessen, Zeitgeist etc. definiert, vgl.: Papcke, Sven, Gibt es eine postnationale Identität der Deutschen? in: Voigt, Rüdiger (Hrsg.), Der neue Nationalstaat, Baden-Baden 1998, S. 123.

⁹² Wæver, Ole, Explaining Europe by Decoding Discourses, in: Wivel, Anders (Hrsg.), Explaining European Integration, Kopenhagen 1998, S. 113.

Nach diesem – sicherlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebenden⁹³ – Versuch einer begrifflichen Einordnung der „Idee“ folgt nun die Auseinandersetzung mit dem Wesen und der Wirkung derselben und womöglich eine Erklärung dessen, was Garrett und Weingast meinen, wenn sie sagen: „Ideas are a dime a dozen“⁹⁴.

2.1.2.2 Wesen

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt bereits die Schwierigkeiten beleuchtet wurden, die allein bei der Definition der „Idee“ auftreten, gilt zu befürchten, dass diese bei der Darstellung vom Wesen der Idee nicht geringer ausfallen werden. Zusammengefasst ergeben sich vier Punkte, die in Bezug auf Eigenschaft, Aufgabe und Rolle – hier übergeordnet als Wesen der Idee bezeichnet – in der Literatur hauptsächlich diskutiert werden. Es handelt sich dabei (a) um den Zusammenhang von Ideen und kognitiven Orientierungen, (b) um das Verhältnis von Ideen zu Interessen und ihrem Anteil an der Macht, (c) um die Funktion der Idee als Stabilisator von Erwartungen und schließlich (d) um Ideen als Motor für soziale Handlungen.

Zur Erklärung des ersten Punktes, dem Zusammenhang von Ideen und kognitiven Orientierungen, ist zunächst eine klare Trennung von kognitiven und normativen Ideen unerlässlich.

„Kognitive Ideen beziehen sich nicht nur auf Zusammenhänge zwischen Ursachen und Wirkungen, sondern allgemein auf die Faktizität der Welt, deren empirische Gestalt nach dem Kriterium ‚wahr/falsch‘ beurteilt ist. Kognitive Ideen enthalten Aussagen darüber, wie die Welt ist. [...] Normative Ideen dagegen beziehen sich nach der Unterscheidung ‚gut/schlecht‘ auf die Welt. Sie handeln nicht davon, wie die Welt ist, sondern wie sie sein sollte.“⁹⁵

⁹³ Weitere Überblicke bei Jachtenfuchs, Markus 1995 und Hall, John A. 1993.

⁹⁴ Garrett, Geoffrey/Weingast, Barry R., Ideas, Interests, and Institutions: Constructing the European Community's Internal Market, in: Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. (Hrsg.), Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change, Ithaca/London 1993, S. 203.

⁹⁵ Jachtenfuchs, Markus 1995, S. 431/432.

Demnach erfüllen laut Kohler-Koch und Edler Ideen zwei Aufgaben, und zwar die der kognitiven Orientierung und die der normativen Richtungsweisung für politisches Handeln.⁹⁶ Lepsius macht allerdings darauf aufmerksam, dass nicht beide Funktionen gleichzeitig ausgeübt werden, sondern dass die Idee erst „in ihrer kognitiven Struktur entfaltet werden [muss], um zunächst die in diesen Eigenschaften enthaltenen Handlungsrelevanzen zu erkennen.“⁹⁷ Erst dann könne man entscheiden, ob die Idee für bestimmte Handlungen von Bedeutung, sprich richtungsweisend sei oder nicht.⁹⁸ Einen Schritt weiter geht Jachtenfuchs, indem er fordert, Ideen nicht nur als „kognitive Filter“ zu betrachten, sondern ein Konzept zu entwickeln, in dem Ideen „zur Ermöglichung und Rechtfertigung von Handlungen, Handlungsspielräumen oder Strategien dienen“.⁹⁹

Weit größer scheint jedoch der Diskussionsbedarf bei der Frage, wie Ideen zu Interessen stehen. Auf der einen Seite wird dafür plädiert, Ideen als intervenierende Faktoren anzusehen, die sich zwischen Machtstrukturen und Interessen ansiedeln. Jachtenfuchs zum Beispiel trennt klar zwischen Interessen, die die „allgemeine Orientierung von Akteurspräferenzen“ bestimmten und Ideen, die diese „in eine bestimmte Richtung“ konkretisierten.¹⁰⁰ Die Auffassung, Ideen und Interessen zwar nicht unabhängig voneinander zu behandeln, sie aber immerhin getrennt aufzuführen und ihnen unterschiedliche Aufgaben zuzuweisen, teilt auch Sikkink, indem sie meint: „Ideas transform perceptions of interests“.¹⁰¹ Und während Hall zwar eingesteht, dass Ideen es nicht geschafft hätten, ihre Macht auch wirklich sichtbar umzusetzen, sie aber wenigstens die Grundlagen für soziale Beziehungen geschaffen hätten,¹⁰² so verweist Adler darauf, dass die meisten Theoretiker der Internationalen Beziehungen noch nicht einmal glaubten,

⁹⁶ Vgl.: Kohler-Koch, Beate/Edler, Jakob, Ideendiskurs und Vergemeinschaftung: Erschließung transnationaler Räume durch europäisches Regieren, in: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), Regieren in entgrenzten Räumen. PVS-Sonderheft 29/1998, S. 179.

⁹⁷ Lepsius, Rainer M., Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990, S. 32.

⁹⁸ Dazu ausführlicher, vgl.: Ulbert, Cornelia 1997, S. 12.

⁹⁹ Jachtenfuchs, Markus 1995, S. 424. Gänzlich unkonkret bleiben in diesem Zusammenhang Goldstein und Keohane mit ihrer Aussage: „Ideas help to order the world.“, vgl.: Goldstein/Keohane 1993, S. 12.

¹⁰⁰ Jachtenfuchs, Markus 1999, S. 53.

¹⁰¹ Sikkink, Kathryn, Ideas and Institutions. Developmentalism in Brazil and Argentina, Ithaca/London 1991, S. 243.

¹⁰² Hall, John A. 1993, S. 48.

dass Ideen soziale Realität schaffen könnten, sondern „only reflect the material world and serve to justify material causes“¹⁰³.

Auf der anderen Seite geht man von ganz anderen Voraussetzungen aus. So kritisiert Wendt, dass die Frage, wann Ideen in Konkurrenz zu Interessen stehen, schon falsch sei, denn „ideas always matter, since power and interest do not have effects apart from the shared knowledge that constitutes them as such“.¹⁰⁴ Ideen seien also gar nicht von Interessen zu trennen, sie konstituieren und – einer Grundannahme des Konstruktivismus gemäß – konstruieren Interessen.¹⁰⁵

Auf einen Punkt gebracht, stellt Lepsius die Beziehung von Ideen und Interessen folgendermaßen dar:

„Interessen und Ideen stehen sich nicht unvermittelt gegenüber. Ideen sind interessenbezogen, sie müssen etwas ‚leisten‘. [...] Umgekehrt sind Interessen ideenbezogen, sie richten sich auf Ziele und bedienen sich legitimer Mittel. Das ideelle Interesse einer Gruppe an der Interpretation, Artikulation und Verwirklichung von Ideen wird zugleich zu ihrem materiellen Interesse, wenn sie daraus Einfluß und Einkommen zu beziehen versucht.“¹⁰⁶

Die letzten beiden Punkte [c und d] werden in der Literatur eher spärlich behandelt. Nur einige wenige Autoren weisen auf die Funktion der Idee als Stabilisator von Erwartungen hin, so zum Beispiel Kohler-Koch und Edler¹⁰⁷ oder auch Garrett und Weingast, wenn sie erklären, dass „ideas are important because they play a role in coordinating the expectations that are necessary to sustain cooperation among a set of players with divergent preferences“.¹⁰⁸ Auch die Betonung der Idee als Motor sozialer Handlungen findet sich nur selten. Adler bezeichnet Ideen als „the medium and propellant of social action; they define the limits of what is cognitively possible and impossible for individuals“,¹⁰⁹ während

¹⁰³ Adler, Emanuel 1997, S. 324.

¹⁰⁴ Wendt, Alexander 1995, S. 74.

¹⁰⁵ Vgl.: Checkel, Jeffrey T. 1997, S. 12.

¹⁰⁶ Lepsius, Rainer M. 1990, S. 42/43.

¹⁰⁷ Vgl.: Kohler-Koch/Edler 1998, S. 179.

¹⁰⁸ Garrett, Geoffrey/Weingast, Barry R. 1993, S. 205.

¹⁰⁹ Adler, Emanuel 1997, S. 325.

Wæver die Idee als Quelle sieht – “The idea in itself can be seen as the source of action – the principle actually guiding oneself.”¹¹⁰

2.1.2.3 Wirkung

Dieser Abschnitt orientiert sich vor allem an drei Fragen – wie, unter welchen Bedingungen und auf wen bzw. was wirken Ideen. Es sei an dieser Stelle jedoch angemerkt, dass es im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich ist, vollständige und eindeutige Antworten auf diese Fragen zu liefern und dass diese Fragen daher nur überblicksartig behandelt werden.

Die in der Literatur in diesem Zusammenhang am weitesten und häufigsten diskutierte Wirkung ist die zwischen Ideen und Institutionen.¹¹¹ „Ideen entfalten ihre Wirkmächtigkeit vor allem dann, wenn sie institutionalisiert werden.“¹¹² Die Vorteile, die darin bestehen, wenn eine Idee zu einer Institution wird, skizziert Hauriou folgendermaßen: „den Vorteil, sich ausdrücken zu können, zum anderen den Vorteil, sich verpflichten zu können und schließlich denjenigen, verantwortlich sein zu können.“¹¹³ Es handelt sich beim Verhältnis zwischen Idee und Institution jedoch nicht um ein einseitiges; sowohl wird die Idee von der Institution als auch die Institution von der Idee beeinflusst.¹¹⁴ Geht man einen Schritt weiter, so drängt sich unweigerlich die Frage auf, welche Wirkung Ideen dann auf Politik haben, wenn sie bereits fest institutionalisiert sind. Die Aussage „Ideas and beliefs also affect policy when they are encased or embedded in institutions“¹¹⁵ ist – wie von Yee angemahnt – als Erklärung nicht hinreichend.

¹¹⁰ Wæver, Ole, *The Language of Foreign Policy*, in: *Journal of Peace Research* 27/1990 3, S. 337.

¹¹¹ Ausführlich über Institutionenbildung und Institutionenwandel, vgl.: Göhler, Gerhard (Hrsg.), *Institutionenwandel*, Opladen 1997, Göhler, Gerhard et al. (Hrsg.), *Institution – Macht – Repräsentation. Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken*, Baden-Baden 1997, Göhler, Gerhard (Hrsg.), *Grundfragen der Theorie politischer Institutionen: Forschungsstand – Probleme – Perspektiven*, Opladen 1987, Stahl, Bernhard, *Warum gibt es die EU und die ASEAN? Faktoren weltpolitischer Institutionalisierung in vergleichender Analyse*, Baden-Baden 1998.

¹¹² Jung, Sabine 1999, S. 31.

¹¹³ Hauriou, Maurice 1965, S. 54.

¹¹⁴ Vgl. z. Bsp.: Goldstein, Judith, *Ideas, institutions, and American trade policy*, in: *International Organization* 42/1998 1, S. 186, Jung, Sabine 1999, S. 31, Kohler-Koch/Edler 1998, S. 184, Sikkink, Kathryn 1991, S. 250 und Ulbert, Cornelia 1997, S. 13. Ulbert weist darauf hin, dass Institutionen auf geronnenen Ideen (Definition in 2.1.2 – Begriff) basierten, deren Wirkung jedoch nur schwer zu erschließen sei. (S. 14).

¹¹⁵ Yee, Albert S. 1996, S. 89.

Checkel verweist darauf, dass Ideen auch durch Individuen wirken, die diese in ihrer Funktion als „policy entrepreneurs“¹¹⁶ auf die politische Agenda setzen, mithilfe von „policy windows“ – gleichsam Lücken, die es dem Individuum erleichtern, neue Ideen einzubringen – und mit Unterstützung formativer Ereignisse¹¹⁷, die diese „policy windows“ erst ermöglichen.¹¹⁸ Allerdings ist auch dieses Konzept nicht die Lösung auf alle offenen Fragen; unklar bleibt weiterhin, warum und unter welchen Bedingungen Ideen Einfluss ausüben können, warum sie „a dime a dozen“ sind, das heißt, welche Idee von Dutzenden nun bestimmend oder wichtig ist.¹¹⁹ Es sollte also immer im Hinterkopf behalten werden, dass sich „die Wirkung von Ideen nicht quantifizieren lässt“¹²⁰ und dass der Fehler, „to assume a causal connection between the ideas held by policy makers and policy choices“¹²¹ tunlichst zu vermeiden ist.

2.2 Methodische Einordnung

2.2.1 Auswahl der Ideen

Die Überschrift lässt es bereits vermuten: Es gibt nicht *die eine* Idee – und das ist nur allzu leicht nachvollziehbar, wäre es doch schlechterdings möglich, verschiedene Entwicklungen mit immer ein und derselben Idee plausibel machen zu wollen: Jachtenfuchs zum Beispiel untersucht Verfassungsideen, um die beiden Trends der Internationalisierung und der funktionalen Differenzierung am Beispiel der Institutionenbildung in der Europäischen Union verständlich zu machen.¹²² Ulbert hingegen beschäftigt sich mit der Konstruktion (inter-)

¹¹⁶ Auch in Form von epistemic communities oder advocacy coalitions, vgl.: Haas, Peter M. (Hrsg.), *Knowledge, Power, and International Policy Coordination*, Cambridge 1992, Kohler-Koch, Beate/Ulbert, Cornelia, *Internationalisierung, Globalisierung und Entstaatlichung*, in: Hasse, Rolf (Hrsg.), *Nationalstaat im Spagat: Zwischen Suprastaatlichkeit und Subsidiarität*, Stuttgart 1997, S. 64/65 und Sabatier, Paul A./Jenkins-Smith, Hank C. (Hrsg.), *Policy Change and Learning. An Advocacy Coalition Approach*, Boulder/San Francisco/Oxford 1993.

¹¹⁷ Ausführlicher über ‘formative Ereignisse’, vgl.: Nadoll/Stahl/Boekle 2000, S. 22.

¹¹⁸ Vgl.: Checkel, Jeff, *Ideas, Institutions, And The Gorbachev Foreign Policy Revolution*, in: *World Politics* 45/1993, S. 278-280.

¹¹⁹ Vgl.: Garrett/Weingast 1993, S. 203.

¹²⁰ Börzel, Tanja A. 1997, S. 130.

¹²¹ Goldstein/Keohane 1993, S. 11.

¹²² Jachtenfuchs, Markus 1999.

nationaler Klimapolitik in der BRD und in den USA und zieht zu deren Verständnis Ideen in Form von Umweltparadigmen heran;¹²³ Sikkink wiederum erörtert Entwicklungsideen in Brasilien und Argentinien, um Tendenzen in den jeweiligen Entwicklungspolitiken nachvollziehen zu können.¹²⁴

In dieser Arbeit werden einerseits die Ideen Deutschlands und Frankreichs vom Staat und der Nation und andererseits die Ideen von Europa geprüft. Hält man sich noch einmal die Ausgangslage vor Augen, die in 1.1 dargestellt wurde, so erscheint die Auswahl dieser Ideen geeignet, gegenwärtige Tendenzen der Europäischen Integration und des deutsch-französischen Verhältnisses zu begreifen. Zum einen stellt sich momentan allorts die Frage nach der Finalität der Europäischen Integration, und die Einsicht der Notwendigkeit einer Reform setzt sich durch. Allerdings sind die Erwartungen und Befürchtungen auf deutscher und französischer Seite wenigstens zum Teil anders gewichtet, die Frage nach Kompetenzverlusten und Abgabe von Souveränität tritt auf, was unweigerlich den Diskurs über die Funktion eines Staates, seiner Nation und dem Wesen Europas wiederbelebt. Was genau die Ideen von Staat, Nation und Europa jedoch für Deutschland und Frankreich bedeuten, ob und inwiefern sich diese Ideen auf beiden Seiten verändert haben und in welcher Weise sie vergleichbar oder gar kompatibel sind, dies zu untersuchen wird die erste Aufgabe des Hauptteiles sein.

Zum anderen wird eine Krise der deutsch-französischen Beziehungen beschworen, und es wird zu klären sein, was Frankreich und Deutschland vom je anderen in Bezug auf Europa erwarten und was sie von sich selbst erwarten, wer inwiefern verantwortlich für Europa ist. Vor allem bei der Erörterung dieser zweiten Idee spielen sowohl Selbsteinschätzung als auch Fremderwartungen eine große Rolle. Interessant wird sein, beide Ideen miteinander in Beziehung zu setzen, was sich aufgrund der thematischen Nähe unweigerlich ergeben wird. In die Betrachtung dieser Ideen können natürlich ebenso weitere Ideen einfließen, zum Beispiel die der Integration; das heißt, wenn schon die Idee von Integration in beiden Ländern eine andere ist, könnte dies zum Beispiel Einfluss auf die Idee

¹²³ Ulbert, Cornelia 1997.

¹²⁴ Sikkink, Kathryn 1991.

von Europa haben.¹²⁵ Allerdings muss deutlich betont werden, dass nicht alle ideellen und materiellen Einflussfaktoren, die eine Rolle bei der Analyse genannter Ideen spielen könnten, in dieser Arbeit untersucht oder zumindest gleiche Beachtung finden werden. Genauso verhält es sich auch bei der Gewichtung der zu analysierenden Ideen – die Idee der Nation wird man in Frankreich zumindest in der ersten Vorstudie weit häufiger finden als in Deutschland, was unter anderem auf die Besonderheit der französischen Nation zurückzuführen ist. Auch die Einbeziehung solcher Gegebenheiten werden Teil der Analyse sein.

Bleibt nur noch festzustellen, welche Erwartungen diese Arbeit an die Analyse oben genannter Ideen stellt: Außen- bzw. europapolitisches Handeln soll anhand der untersuchten Ideen verstanden werden. Gezeigt wird, dass diese Ideen Einfluss haben, nicht, dass sie irgendeine bestimmte Handlung oder einen Vertrag alleine, also losgelöst von anderen ideellen und materiellen Faktoren, bewirken. Nicht die Erklärung steht im Mittelpunkt, sondern das Verstehen und Nachvollziehen – mit anderen Worten: „[...] causal explanation is the proper procedure when we engage in natural science but not elsewhere. [...] To understand is to reproduce the order in the minds of actors; to explain is to find causes in the scientific manner.“¹²⁶

¹²⁵ Ausführlicher über Integration und deren verschiedene Sichtweisen z. B. bei: Deutsch, Karl W., *Nationenbildung – Nationalstaat – Integration*, hrsg. von Ashkenasi, A. und Schulze, P., Düsseldorf 1972; Laurent, Pierre-Henri, *Reappraising the Origins of European Integration*, in: Michelmann, Hans J./Soldatos, Panayotis (Hrsg.), *European Integration. Theories and Approaches*, Lanham 1994, S. 99-112; Lorenz, Kathrin, *Europäische Identität? Theoretische Konzepte im Vergleich*, HSB-papers 4/1999, Berlin 1999; Mutimer, David, *Theories of Political Integration*, in: Michelmann, Hans J./Soldatos, Panayotis (Hrsg.), *European Integration. Theories and Approaches*, Lanham 1994, S. 13-42; Scharpf, Fritz W., *Politische Optionen im vollendeten Binnemarkt*, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), *Europäische Integration*, Opladen 1996, S. 109-140; Stahl, Bernhard, *Europäische Integration als Zivilisationsprozess*, <http://www.univ-ler.fr/uni/fb3/politik/start.htm> [15.08.2000], S. 28-30.

¹²⁶ Hollis, Martin/Smith, Steve, *Explaining and Understanding International Relations*, Oxford 1990, S. 87.

2.2.2 Darstellungen, Quellen und Akteure

Das Ziel der Arbeit ist nun bekannt, die allgemeine theoretische Einbettung erfolgte, die konkretisierte ebenfalls – nur die „Hilfsmittel“ der Analyse harren noch einer Erwähnung und ihnen sei dieser Abschnitt gewidmet.

Man kann nicht gerade sagen, dass Einigkeit darüber herrscht, was eine Quelle und was eine Darstellung sei und wie überhaupt eine Einteilung der Literatur vorgenommen werden sollte, und es ist erklärtes Ziel, dieses Problem in dieser Arbeit nicht angehen geschweige denn lösen zu wollen. Dennoch halte ich es für wichtig, die Definition der Begriffe „Quellen“ und „Darstellungen“ vorzustellen, die dieser Arbeit zugrunde liegt, beruhen doch weite Teile der Analyse auf der Untersuchung unterschiedlicher Literatur. Demnach sind Quellen „alle Texte, Gegenstände oder Tatsachen, aus denen Kenntnis der Vergangenheit gewonnen werden kann“ und Darstellungen „diejenige Literatur, die auf der Grundlage von Quellen (direkt oder indirekt auf ihnen beruhend) geschichtliche Vorgänge oder Zustände beschreibt.“¹²⁷

In den ersten beiden Kapiteln des Hauptteils (3.1 und 3.2), die als Vorstudien zum dritten Teil dienen, werden sowohl Darstellungen als auch Quellen untersucht, wobei der Anteil an Darstellungen den an Quellen übersteigen wird. Das dritte Kapitel (3.3) – die eigentliche Studie – wird ausschließlich mit Quellen bestritten. Ein Grund für diese Entscheidung ist, dass die Quellen der ersten beiden zu untersuchenden Zeiträume bereits nahezu vollständig von Darstellungen erfasst wurden; ein anderer Grund liegt in der Konzeption der Arbeit: In der ersten Vorstudie sollen die Ideen mit Inhalt gefüllt werden, sozusagen als „Startkapital“ fungieren, und in der zweiten Vorstudie werden diese Ideen zum einen korrigiert, zum anderen kann bereits Wandel oder Kontinuität nachgewiesen werden. Somit legen diese ersten Studien den Grundstein für die dritte Studie, in der ausschließlich Quellen in Form von Reden, Presseerklärungen, Interviews etc. studiert werden. Brunner unterstützt diese Methode, indem er sagt: „Die Analyse

¹²⁷ Brandt, Ahasver von, *Werkzeug des Historikers: eine Einführung in die historischen Hilfswissenschaften*, Berlin/Köln¹⁵ 1998, S. 48. (Definition der Quellen stammt von P. Kirn, aber zitiert in Brandt, A. v.). Andere Einteilungen bei: Goetz, Hans-Werner, *Proseminar Geschichte: Mittelalter*, Stuttgart 1993, S. 64f.

vollzieht erst einmal nach, worum es sich eigentlich gehandelt haben mag, wenn etwas (wann, wo, wie, warum und von wem?) auf seinen ehemals unverwechselbaren Begriff gebracht worden ist und welche Adressaten damit angesprochen werden sollten.“¹²⁸

Unmittelbar mit den Quellen verbunden ist die Frage nach den Akteuren,¹²⁹ denn es sollte klar sein, wessen Reden, Interviews etc. untersucht werden. Folgende Akteure stellten sich für die Analyse als geeignet heraus:

	Zeitraum	Zu untersuchende Akteure in Deutschland	Zu untersuchende Akteure in Frankreich
3.1	März 1957 – Januar 1963: <i>Von den Römischen Verträgen zum Elysée-Vertrag</i>	Konrad Adenauer	Charles de Gaulle
3.2	November 1989 – Dezember 1991: <i>Vom Fall der Mauer zur Einigung auf die Maastrichter Verträge</i>	Helmut Kohl	François Mitterrand
3.3	Mai 1999 – Dezember 2000: <i>Vom Inkrafttreten der Amsterdamer Verträge zum Europäischen Gipfel in Nizza</i>	Gerhard Schröder und Joschka Fischer	Jacques Chirac, Lionel Jospin und Hubert Védrine

¹²⁸ Brunner, Otto et al. (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe: historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart 1992, S. V.

¹²⁹ Allgemein über den Begriff des Akteurs und seine Funktion vgl.: Greimas, Algirdas Julien, *On Meaning. Selected Writings in Semiotic Theory*, Minnesota 1987, S. 120.

Ausgewählt wurden somit ranghohe Politiker beider Länder¹³⁰, und zwar aus folgenden Gründen: Sie stellen die „Sprachrohre“ der politischen Elite dar, weil sie am ehesten den größten gemeinsamen Nenner widerspiegeln. Es wurde dabei weder Wert auf die Individuen an sich gelegt – es handelt sich keineswegs um eine Denkbildanalyse – noch auf deren Rolle als politische Entscheidungsträger, weil ja kein direkter Zusammenhang zwischen Ideen und politischen Entscheidungen gezogen wird. Wichtig sind diese Akteure vielmehr in ihrer Funktion als „privileged storytellers“¹³¹, als diejenigen, die Außen- bzw. Europapolitik formulieren. Den Schwerpunkt bilden daher Positionen, „we-concepts“ und keine individuellen Motive.¹³²

2.2.3 Vorgehensweise der Analyse

2.2.3.1 Vergleich

Die Untersuchung bestimmter Ideen in zwei Ländern über verschiedene Zeiträume hinweg legt die Methode des Vergleichs nahe. Will man herausfinden, ob sich Ideen gewandelt haben und wo die Unterschiede zwischen Ideenformationen liegen, erscheint dies nur unter Einbeziehung eines längeren zeitlichen Rahmens und unter Konstanthaltung der Rahmenbedingungen sinnvoll. Somit analysiert „man [...] vergleichend, um verallgemeinerungsfähige Hypothesen und Theorien zu entwickeln bzw. zu überprüfen“.¹³³ Auch Jachtenfuchs hält die Methode des Ideen-Vergleichs für angemessen, „um dem Vorwurf zu begegnen, Ideen seien nicht ursächlich für politische Veränderungen, sondern entweder bloße Kovariationen derselben oder gar von den Akteuren in strategischer Absicht vorgebrachte Legitimationsideologien für ihre

¹³⁰ Vgl. dazu: Wæver, Ole 1998, S. 115.

¹³¹ Milliken, Jennifer, The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research Methods, in: European Journal of International Relations 5/1999 2, S. 236.

¹³² Vgl.: Holm, Ulla, The French Garden is no longer what it used to be, in: Jørgensen, Knud Eric (Hrsg.), Reflective Approach to European Governance, Basingstoke 1997, S. 129; Diez, Thomas 1996, S. 267 und Diez, Thomas, Neues Europa, altes Modell. Die Konstruktion von Staatlichkeit im politischen Diskurs zur Zukunft der europäischen Gemeinschaft, Frankfurt a. M. 1995, S. 17. (Hier geht Diez auch auf die Problematik des Elitendiskurses ein.)

¹³³ Jóhannesdóttir, Anna 1999, S. 14

Handlungen“.¹³⁴ Diese Arbeit setzt sich zwar nicht zum Ziel, anhand des Ideen-Vergleichs in Deutschland und Frankreich verallgemeinerungsfähige Hypothesen zu entwickeln und weist auch keine vollkommene Konstanzhaltung der Rahmenbedingungen auf – die zu untersuchenden Akteure und das Quellenmaterial sind aus bereits genannten Gründen ja nicht identisch. Gleichwohl sucht sie anhand von drei Stufen des Vergleichs Tendenzen in den Europa-Ideen Frankreichs und Deutschlands herauszufiltern. Diese drei Stufen sind (a) ein vertikaler Vergleich der Europa-Ideen in Frankreich über drei Zeiträume hinweg, (b) ein vertikaler Vergleich der Europa-Ideen in Deutschland ebenfalls über drei Zeiträume hinweg und schließlich (c) ein horizontaler Vergleich der Europa-Ideen in Deutschland und Frankreich als Fazit der Arbeit.¹³⁵

2.2.3.2 Wandel und Kontinuität

Ein Vergleich über einen längeren Zeitraum wirft zwangsläufig die Frage nach einem Phänomen auf, das besonders in den letzten Jahren an Aufmerksamkeit zugenommen hat: dem „Zwillingskonzept“¹³⁶ des Wandels und der Kontinuität. Es soll hier nicht der Versuch unternommen werden, die Problematik des Wandels und der Kontinuität in ihrer ganzen Breite nachzuzeichnen; es geht vielmehr um die Bedeutung dieser Dynamik für den Konstruktivismus und somit auch für einen ideenorientierten Analyseansatz. Laut Risse verstehen Sozialkonstruktivistinnen „außenpolitischen Wandel im Zusammenhang mit der Veränderung kollektiver Identitäten und als Wechsel der den Handlungen zugrundeliegenden Normensysteme. [...] außenpolitischer Wandel wird im Wechselspiel zwischen Ideen einerseits und sozialen Institutionen sowie diskursiven Prozessen andererseits analysiert“¹³⁷. Dies verweist auf die bereits in Abschnitt 2.1.1 erwähnte ständige Reproduktion von Systemen durch Akteure und

¹³⁴ Jachtenfuchs, Markus 1995, S. 432.

¹³⁵ Vgl. über Längsschnitt- und Querschnittsanalyse: Jachtenfuchs, Markus 1999, S. 117. Ausführlicher über den Vergleich als Methode: Ragin, Charles C., *The Comparative Method. Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies*, Berkeley/Los Angeles/London 1987; Holt, Robert T./Turner, John E., *The Methodology of Comparative Research*, New York/London 1970.

¹³⁶ Vgl.: Medick-Krakau, Monika, Außenpolitischer Wandel: Diskussionsstand – Erklärungsansätze – Zwischenergebnisse, in: Dies. (Hrsg.), *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 1999, S. 4.

¹³⁷ Risse, Thomas 1999, S. 45/46.

ihre Handlungen, die bekanntlich wiederum durch ideelle und materielle Faktoren beeinflusst sind. Wandel entsteht demnach, wenn diese Akteure die ihnen eigenen Faktoren ändern, und Wandel auf internationaler Ebene wird analog dazu verursacht, „when actors, through their practices, change the rules and norms constitutive of international interaction“¹³⁸ oder aber „when developments at home give rise to new needs and wants with respect to their environments, or when developments abroad give rise to potential threats to their essential structures“¹³⁹. Erwähnenswert scheint mir in diesem Zusammenhang ebenfalls, dass Wandel und Kontinuität nicht als objektive Phänomene angesehen werden. Geht man nämlich davon aus, dass Wandel bzw. Kontinuität – denn das eine kann ohne das andere logisch nicht gedacht werden¹⁴⁰ – durch den Akteur und seine konstruierte Wirklichkeit hervorgerufen werden, erscheint es mithin als notwendige Schlussfolgerung, dass Wandel und Kontinuität subjektive Merkmale sind.¹⁴¹

Dieser kurze Abschnitt erfasst sicher in keiner Weise die Vielschichtigkeit von Wandel und Kontinuität und da laut Rosenau gilt: „There are as many philosophies of change as there are theories of the human spirit [...]“¹⁴² verweise ich zur Abrundung dieses Abschnittes auf das von Medick-Krakau¹⁴³ übernommene Schaubild, das verschiedene Konzepte außenpolitischen Wandels zusammenfasst.

¹³⁸ Koslowski, Rey/Kratochwil, Friedrich V., Understanding change in international politics: the Soviet empire's demise and the international system, in: *International Organization* 48/1994 2, S. 216.

¹³⁹ Rosati, Jerel A./Sampson, Martin W./Hagan, Joe D., *The Study of Change in Foreign Policy*, in: Dies. (Hrsg.), *Foreign Policy Restructuring. How Governments Respond to Global Change*, Columbia 1994, S. 8.

¹⁴⁰ Vgl.: Medick-Krakau, Monika 1999, S. 9.

¹⁴¹ Vgl.: Rosenau, James N., *Turbulence in World Politics*, Hertfordshire 1990, S. 76.

¹⁴² Rosenau, James N. 1990, S. 71.

¹⁴³ Vgl.: Medick-Krakau, Monika 1999, S. 12.

Schaubild: Konzepte des außenpolitischen Wandels

Holsti 1982 ¹⁴⁴	Hermann 1990 ¹⁴⁵	Rosati 1995 ¹⁴⁶	Koslowski/ Kratochwil 1995	Risse 1999
Normal Foreign Policy Change [Sektor-spezifische instrumentelle Anpassung]	Adjustment Change [inkrementalistische Anpassung]	Intensification		
	Program Changes [Veränderungen in den Instrumenten und Methoden]	Refinement [„minor changes in the scope, goal, and strategy of foreign policy“]		
	Problem/Goal Changes [Veränderungen in den Zielen/ Problemen]	Reform [„moderate changes in the scope, goal, and strategy of foreign policy“]		
Foreign Policy Restructuring [“dramatic wholesale alteration of a nation’s pattern of external relations“]	International Orientation Change [“redirection of the actor’s entire orientation toward world affairs“]	Restructuring [“major changes in the scope, goal, and strategy of foreign policy“]	Veränderung in beliefs and identities of domestic actors [“thereby also altering the rules and norms that are constitutive of their political practices“]	Wandel außen-politischer Handlungsnormen und kollektiver Identitäten [Leitideen, Situationsdefinition]

2.2.3.3 Diskurs

Ziel der Arbeit ist es, Akteursverhalten durch Ideenanalysen zu verstehen – doch wird dieses Ziel nicht erreicht werden können, ohne den dieser Arbeit zugrundeliegenden konstruktivistischen Ansatz auch bis in methodische Details zu verfolgen. Das heißt, wenn davon ausgegangen wird, dass ideelle neben materiellen Faktoren Einfluss auf Akteursverhalten haben, muss sich auch dessen Untersuchung auf nicht-materielle, also ideelle oder interpretative Medien stützen

¹⁴⁴ Holsti, Kalevi J. (Hrsg.), Why Nations Realign: Foreign Policy Restructuring in the Postwar World, London 1982.

¹⁴⁵ Hermann, Charles F., Changing Course: When Governments Choose to Redirect Foreign Policy, in: International Studies Quarterly 34/1990 3, S. 3-21.

¹⁴⁶ Rosati, Jerel A., Cycles in Foreign Policy Restructuring: The Politics of Continuity and Change in U.S. Foreign Policy, in: Ders./Sampson, Martin W./Hagan, Joe D., Foreign Policy Restructuring: How Governments Respond to Global Change, Columbia 1994, S. 221-261.

können. Eines der wichtigsten Medien ist dabei die Sprache.¹⁴⁷ Durch sie entstehen soziale Interaktionen,¹⁴⁸ werden sowohl Unbewusstes¹⁴⁹ als auch konkrete Meinungen transportiert.¹⁵⁰ Konstruktivistische Ansätze negieren nicht die Existenz anderer, positivistischer Faktoren, gehen demnach auch nicht davon aus, dass die Welt allein aus Sprache und Sprechhandlungen besteht,¹⁵¹ aber da Sprache als „ein entscheidendes Instrument zur Konstruktion von sozialer Realität“¹⁵² angesehen wird und sie das zentrale Instrument bei der Analyse der Europa-Ideen in dieser Arbeit ist, wird ihr – befördert durch den Diskurs und dessen Analyse – in diesem Abschnitt Aufmerksamkeit geschenkt, wobei kurz auf Begriff, Wesen und Schwächen des Diskurses bzw. der Diskursanalyse eingegangen wird.

Der Begriff ‚Diskurs‘ wird in der Alltagssprache als eine bestimmte Form von Sprachgebrauch benutzt, beispielsweise als gesprochene Sprache in öffentlichen Reden¹⁵³ oder – um die Wissenschaftssprache zu Wort kommen zu lassen – als „a syntagmatic deployment sprinkled with polysemic figures that possess multiple virtualities and that are often combined in uninterrupted or diffuse discursive configurations“.¹⁵⁴ Diese – eher oberflächliche – Definitionsebene verlassend, gehen Diskursanalysten davon aus, dass der Diskurs nicht nur allein Sprachgebrauch, sondern ebenfalls „*communication of beliefs* (cognition), and [...] *interaction* in social situations [Hervorhebung i. O.]“¹⁵⁵ umfasst. Auf diese

¹⁴⁷ Vgl.: Nadoll/Stahl/Boekle 2000, S. 7; Müller, Harald 1994, S. 25 und Risse-Kappen, Thomas, Exploring the Nature of the Beast: International Relations Theory and Comparative Policy Meet the European Union, in: Journal of Common Market Studies 34/1996 1, S. 69. Einen guten Überblick zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien bietet Zehfuß, Maja, Sprachlosigkeit schränkt ein. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5/1998 1, S. 109-137.

¹⁴⁸ Vgl.: Herrmann, Theo, Sprechen und Sprachverstehen, in: Spada, Hans (Hrsg.), Lehrbuch Allgemeine Psychologie, Bern/Stuttgart/Toronto 1990, S. 286 und Winch, Peter, Die Idee der Sozialwissenschaft und ihr Verhältnis zur Philosophie, Frankfurt a. M. 1966, S. 157.

¹⁴⁹ Vgl.: Wæver, Ole 1990, S. 339.

¹⁵⁰ Vgl.: Hollis/Smith 1990, S. 69.

¹⁵¹ Vgl.: Wæver, Ole 1998, S. 108, Larson, Henrik, Foreign policy and discourse analysis. France, Britain and Europe, London/New York 1997, S. 12 und Shapiro, Michael J., Textualizing Global Politics, in: DerDerian, James/Shapiro, Michael J., International/Intertextual Relations. Postmodern Readings of World Politics, Toronto 1989, S. 13f.

¹⁵² Nadoll, Jörg 2000, S. 6. Vgl. dazu auch: Lapid, Yosef/Kratochwil, Friedrich, Revisiting the „National“: Toward an Identity Agenda in Neorealism? in: Dies. (Hrsg.), The return of culture and identity in IR theory, London 1996, S. 121.

¹⁵³ Vgl.: Dijk, Teun A. van, The Study of Discourse, in: Ders. (Hrsg.), Discourse As Structure And Process, London 1997, S. 1.

¹⁵⁴ Greimas, Algirdas Julien, On Meaning. Selected Writings in Semiotic Theory, Minnesota 1987, S. 119/20.

¹⁵⁵ Vgl.: Dijk, Teun A. van 1997, S. 2 und Nadoll, Jörg 2000, S. 5.

Vielschichtigkeit deutet auch Larson hin, der den Diskurs auf die einfache Formel bringt: „a system of values and rules in a given linguistic context.“¹⁵⁶ Die Diskursanalyse beschäftigt sich – wie der Name bereits vermuten lässt – mit dem Diskurs, und präziser formuliert, „mit den verschiedenen (sprachlichen) Verhaltensweisen, die es uns ermöglichen, in Rede und Gegenrede mit einem oder mehreren Kommunikationspartnern ein Thema zur Sprache zu bringen, zu entwickeln, wieder zu wechseln und auch zu einem (gemeinsamen) Ende zu führen“¹⁵⁷.

Auch wenn der Begriff des Diskurses erst in den letzten Jahrzehnten verstärkt auftritt, so gehört die „Analyse des politischen Diskurses [...] indessen seit jeher, wenn auch nicht unter dem Stichwort der Diskursanalyse, zum Kernbestand politik- und sozialwissenschaftlicher Forschung“.¹⁵⁸ Der Grund, weshalb der Begriff ‚Diskurs‘ dem der ‚Sprache‘ jedoch häufig vorgezogen wird, liegt laut Shapiro darin, dass „the concept of discourse implies a concern with the meaning- and value-producing practices in language rather than simply the relationship between utterances and their referents“.¹⁵⁹

Es ist also deutlich geworden, dass die Diskursanalyse sich nicht nur allein mit der Sprache, der Syntax, Semantik, Phonologie oder Morphologie beschäftigt, sondern auch damit, „in welches Beziehungsgeflecht ein Text eintritt“¹⁶⁰ oder mit Winchs Worten: „Die Bedeutung eines Wortes darlegen heißt beschreiben, wie es gebraucht wird, und das wiederum heißt die sozialen Wechselbeziehungen beschreiben, in die es eingeht.“¹⁶¹ Das Untersuchen von Werten und Regeln, die dem Diskurs zugrunde liegen, die Einbettung in den gesellschaftlichen, historischen und politischen Kontext und nicht zuletzt die Aufschlüsselung der Satz- bzw. Wörterfolgen und Sprechakte¹⁶² stehen daher im Mittelpunkt der

¹⁵⁶ Larson, Henrik 1997, S. 14.

¹⁵⁷ Linke, Angelika/Nussbaumer, Markus/Portmann, Paul R., Studienbuch Linguistik, Tübingen 1994², S. 258.

¹⁵⁸ Nohlen, Dieter (Hrsg.), Lexikon der Politik, München 1994, S. 86.

¹⁵⁹ Shapiro, Michael J. 1989, S. 14.

¹⁶⁰ Diez, Thomas 1996, S. 259.

¹⁶¹ Winch, Peter 1966, S. 157. Vgl. dazu auch: Wæver, Ole 1998, S. 109 und DerDerian, James/Shapiro, Michael J., International/Intertextual Relations. Postmodern Readings of World Politics, Toronto 1989, S. XVIII.

¹⁶² Dazu ausführlich: Searle, John R., Speech Acts. An Essay In The Philosophy Of Language, Cambridge 1970.

Diskursanalyse.¹⁶³ Allein „für die diskursanalytische Auswertung dieser Daten [schriftliche Dokumente etc., eigene Anmerkung] gibt es keinen Königswegs“.¹⁶⁴ Und diese Aussage eignet sich wohl vortrefflich, um einen Bogen zur Kritik des Diskurs-Ansatzes zu schlagen, der im Folgenden überblicksartig dargestellt wird.

Vorgeworfen wird der Diskursanalyse zum einen, dass sie nicht voraussehen und erklären könne, welche Politik unter bestimmten Bedingungen betrieben werde.¹⁶⁵ Sie könne zwar einiges über Tendenzen aussagen, aber Prognosen für die Zukunft seien eher genereller Natur.¹⁶⁶ Somit gelingt es den Diskursanalysten nicht, ihren Kritikern vollkommen den Wind aus den Segeln zu nehmen, müssen sie sich doch damit zufrieden geben, „some structures that make processes more meaningful“ lediglich anzudeuten.¹⁶⁷ Zum anderen laufe die Diskursanalyse Gefahr, reine Rhetorik – cheap talk – nicht von wirklichen Motiven unterscheiden zu können. Häufig werde die Frage gestellt: „How do you find out if they really mean[Hervorhebung i. O.] it? [...]What if it is only rhetoric?“¹⁶⁸ Dieser Vorwurf kann allerdings mit der Begründung entkräftet werden, dass es bei der Diskursanalyse nicht auf die Motive einzelner ankomme, sondern auf kollektive Wahrnehmungen. Nadoll kommt hinsichtlich dieser Problematik zu folgendem Schluss:

„Diskurse sind also eo ipso ‚trügerisch‘, denn der Empfänger einer Sprachhandlung – in diesem Fall die Gesellschaft – entscheidet über den Sinn der Kommunikation. [...] Die schwierige Unterscheidung zwischen Rhetorik und inneren Motiven und damit auch zwischen rhetorischem und argumentativem Handeln ist somit für diesen Ansatz ohne Belang.“¹⁶⁹

¹⁶³ Vgl.: Nadoll, Jörg 2000, S. 19/20, Larson, Henrik 1997, S. 11/12, Larson, Henrik, The Discourse on the EU's Role in the World, in: Hansen, Birthe/Heurlin, Bertel (Hrsg.), The New World Order. Contrasting Theories, London/New York 2000, S. 238/39, Dijk, Teun A. van 1997, S. 8/9, 14 und 29 und Torfing, Jacob, New Theories of Discourse. Laclan, Mouffe and Žižek, Oxford 1999, S. 96.

¹⁶⁴ Nohlen, Dieter 1994, S. 86.

¹⁶⁵ Vgl.: Holm, Ulla 1997, S. 144.

¹⁶⁶ Vgl.: Larson, Henrik 1997, S. 33.

¹⁶⁷ Wæver, Ole 1998, S. 116.

¹⁶⁸ Wæver, Ole 1998, S. 107.

¹⁶⁹ Nadoll, Jörg 2000, S. 11. Ebenfalls ausführlich über die Grundbegriffe der Diskursanalyse, S. 18/19.

Von Belang wird im anschließenden Hauptteil sein, durch die Quellen-/Diskursanalyse die Europa-Ideen in Deutschland und Frankreich zu vergleichen und mögliche Schnittmengen herauszufinden.

3 Europa, Staat und Nation – Ideen in Deutschland und Frankreich

„Geschrieben steht: ‚Im Anfang war das Wort!‘ [...] Geschrieben steht: Im Anfang war der Sinn. [...] Es sollte stehn: Im Anfang war die Kraft! [...] auf einmal seh ich Rat und schreibe getrost: Im Anfang war die Tat!“¹⁷⁰ – Oder war es vielleicht doch die Idee, die am Anfang stand, und Taten erst verständlich macht? Und wenn ja, um welche Ideen handelt es sich, wie sind sie zu verstehen und vor allem zu vergleichen? Der Lösung dieser Fragen ein Stück näher zu kommen, setzen die beiden ersten Vorstudien und die Hauptstudie dazu an, die Ideen von Staat, Nation und Europa in Deutschland und Frankreich zu jeweils unterschiedlichen Zeitpunkten zu erörtern.

Jeder einzelnen Studie wird eine kurze historische Einordnung vorangehen, die überblicksartig auf Ereignisse, grobe Zusammenhänge und außenpolitische Tendenzen Bezug nimmt. Ein kurzes Fazit schließt die jeweiligen Studien ab, indem etwaige Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Komplementäres beleuchtet werden, bevor das letzte und vierte Kapitel diese Ergebnisse zu einem Ganzen zusammenfügt und einen Vergleich zwischen den Ländern und über einen zeitlichen Rahmen hinweg ermöglicht. Als letzte Anmerkung sei darauf hingewiesen, dass die Idee der Nation auf der deutschen Seite zumindest in der ersten Vorstudie eher spärlich zu finden sein wird, da sie – gleich dem Begriff des Nationalismus, der als diskreditiert gilt – „als moralische Steuergröße politischen Handelns“¹⁷¹ ausscheidet. Trotzdem ist der Rekurs auf die Idee der Nation unerlässlich, da sie im französischen Fall eng mit der Idee des Staates verbunden ist.

¹⁷⁰ Goethe, Johann Wolfgang, *Faust. Eine Tragödie. Erster und zweiter Teil*, München 1993/14, S. 40.

¹⁷¹ Gerhard, Wilfried, *Nationalstaat und Europäisierung: Frankreich und Deutschland im Vergleich*, in: Graf, Wilfried/Unterseher, Lutz (Hrsg.), *Europäische Friedensordnung. Konturen einer Sicherheitsarchitektur*, Münster 1998, S. 171.

3.1 März 1957 – Januar 1963. Von den Römischen Verträgen zum Elysée-Vertrag

3.1.1 Einordnung in den historischen Kontext – Die Anfänge europäischer Integration

Spricht man von den Anfängen europäischer Integration, wird gemeinhin das Ende des Zweiten Weltkrieges als Ausgangspunkt derselben genannt¹⁷², auch wenn sich bereits während des Krieges Vertreter von Widerstandsbewegungen gegen den Nationalsozialismus und Totalitarismus in der Schweiz treffen, um Pläne für eine europäische Nachkriegsordnung auszuarbeiten.¹⁷³ Zürich ist es dann auch, wo der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill 1946 zur Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa“ aufruft, während man sich in den Vereinigten Staaten von Amerika bereits Gedanken über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas macht, die nicht einmal ein Jahr später als „Marshallplan“ Kontur annehmen.¹⁷⁴ Im März 1948 schließen sich Frankreich, Großbritannien und die Benelux-Länder zum Brüsseler Pakt – auch „Westunion“ genannt – zusammen. Ziel ist eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit und nicht zuletzt ein militärisches Bündnis gegen Deutschland und die Sowjetunion. Dieser häufig auch als Vorläufer von Europarat und NATO bezeichnete Pakt wird 1954 allerdings um die Bundesrepublik Deutschland und Italien erweitert und in WEU – Westeuropäische Union – umbenannt.¹⁷⁵ Im selben Jahr wird auch die OEEC, die Europäische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, ins Leben gerufen,¹⁷⁶ die den Marshall-Plan in die Tat umsetzt. Kurz darauf gründet sich auf dem Europäischen Kongress in Den Haag – auch unter dem Stichwort „Haager Kongress“ zu finden – die Europäische Bewegung,

¹⁷² Vgl. über Entstehung europäischer Integration z. B. Freudenstein, Roland, Nachdenken über den Europa-Begriff. Integrationsmotivation einst und jetzt, in: Internationale Politik 11/1997, S. 43, Deutsch, Karl W. 1972, S. 185f. und Arnold, Hans 1999, S. 12 und 129.

¹⁷³ Vgl. Krätschel, Hermann/Renner, Günther, Weg zur EU – Motive, Interessen, Entscheidungen, in: Informationen zur politischen Bildung. Europäische Union, Neudruck 1995, S. 6.

¹⁷⁴ Vgl. Pfetsch, Frank R., Die Europäische Union. Geschichte, Institutionen, Prozesse, München 1997, S. 290.

¹⁷⁵ Vgl. Krätschel/Renner 1995, S. 6.

¹⁷⁶ Genauer: am 16.04.1948.

die sich die Schaffung der von Churchill geforderten „Vereinigten Staaten von Europa“ zum Ziel setzt.¹⁷⁷

Nach der Gründung der NATO¹⁷⁸ in Washington und des Europarates¹⁷⁹ in London, der ein Diskussions- und Kooperationsforum für ganz Europa darstellen soll, folgt Anfang der 1950er Jahre eine Reihe französischer Vorschläge zur Weiterentwicklung des europäischen Einigungsprozesses: Der französische Außenminister Robert Schuman wirft im Mai den Gedanken einer EGKS – einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl – auf;¹⁸⁰ im Oktober folgt der französische Ministerpräsident René Pleven mit der Idee einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG).¹⁸¹ Beide Vorschläge sind auf dem Hintergrund des gerade ausgebrochenen Koreakrieges (Juni 1950) und der deutsch-französischen Differenzen um die Saarfrage zu betrachten. Während der Schuman-Plan die Sicherung und Verwaltung der Kohle- und Stahlproduktion beabsichtigt, sucht der Pleven-Plan den aufgrund der verschärften Ost-West-Spannungen von der NATO beschlossenen deutschen Verteidigungsbeitrag zu beschränken und somit einer Bedrohung für Frankreich entgegenzuwirken.¹⁸²

Der EGKS – auch Montanunion genannt – wird im April 1951 von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden zugestimmt und ein entsprechender Vertrag unterzeichnet – ganz im Gegensatz zur EVG: Erst nach langwierigen Verhandlungen entschließen sich Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Italien und die Benelux-Staaten im Februar 1952 zur Unterzeichnung des Vertrages. „Die wachsende Zahl der Gegner sowie die Beendigung der Koreakrise und damit das Verschwinden einer unmittelbaren Kriegsfurcht führten zum Aufschub der Ratifizierung der EVG“;¹⁸³

¹⁷⁷ Vgl. Zimmermann, Harro, Postnational – aber euroskeptisch. Die deutschen Intellektuellen und die Europaidee, in: Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 41,1/1994 3, S. 243.

¹⁷⁸ Die NATO wurde am 04.04.1949 gegründet.

¹⁷⁹ Gründung am 05.05.1949 durch Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Norwegen, die Niederlande und Schweden.

¹⁸⁰ Vgl. Giering, Claus/Jung, Christian, Reform der Europäischen Union, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Europa-Handbuch, Bonn 1999, S. 425.

¹⁸¹ Vgl. Wurm, Clemens, Die Integrations- und Europapolitik Frankreichs und Großbritanniens seit 1945 im Vergleich, in: Winkler, Heinrich August/Kaelble, Hartmut (Hrsg.), Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität, Stuttgart 1993, S. 335.

¹⁸² Vgl. Dokumente/Documents/Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hrsg.), Deutschland – Frankreich. Ein neues Kapitel ihrer Geschichte. 1948-1963-1993, Bonn 1993, S. 9-13.

¹⁸³ Ebd., S. 13.

die Ablehnung der Pariser Nationalversammlung im August 1954 bringt die Idee einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft endgültig zum Erliegen.

1952 versucht Stalin, mit der nach ihm benannten Note die Entwicklung der westeuropäischen Integration aufzuhalten und bietet der Bundesrepublik eine gesamtdeutsche Lösung an – allerdings um den Preis der Neutralisierung und unter der Bedingung, dass sie die Westbindung aufgebe und ebenso die EVG. Adenauer weist dieses Angebot jedoch zurück, und Deutschland erhält nur zwei Monate später von den drei westlichen Mächten in der Innen- und Außenpolitik die volle Verfügungsgewalt.¹⁸⁴ Das Projekt zur Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) wird zwar zunächst von der Gemeinsamen Versammlung der EGKS gebilligt, scheitert 1954 aber auch an der französischen Nationalversammlung. Auftrieb erhält die Europäische Einigung noch einmal in den Jahren 55-57: Erst tritt die Bundesrepublik der NATO bei (05.05.1955), dann wird der Belgier Paul-Henri Spaak auf einer Außenministerkonferenz der Sechs in Messina (01./02.06.1955) mit dem Projekt betraut, die Entwicklung einer Wirtschafts- und Atomgemeinschaft zu überprüfen. Diese wird nur ein Jahr später, am 29. Mai 1956 Realität. Die Römischen Verträge markieren 1957 laut Couve de Murville „den eigentlichen Beginn des Aufbaus von Europa“¹⁸⁵: Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG oder EURATOM) werden gegründet und treten am 1. Januar 1958 in Kraft.

Die Jahre 1957-1963 werden nun in den folgenden Abschnitten Gegenstand näherer Betrachtung.

¹⁸⁴ Dieser Deutschlandvertrag enthielt jedoch auch Ausnahmen, was im Folgenden deutlich wird: „Im Hinblick auf die internationale Lage [...] behalten die drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands oder einer friedensvertraglichen Regelung.“ Außerdem behalten sie „weiterhin die bisher ausgeübten oder innegehabten Rechte in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in der Bundesrepublik“ und „das Recht, bei einem Angriff von außen oder einem inneren Umsturz die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.“, in: Dokumente/Documents/Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hrsg.) 1993, S. 15.

¹⁸⁵ Couve de Murville, Maurice, Zu den deutsch-französischen Beziehungen, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Nach-Denken. Über Konrad Adenauer und seine Politik. Internationales wissenschaftliches Symposium am 27. April 1992 aus Anlaß des 25. Todestages von Konrad Adenauer, Bonn/Berlin 1993, S. 111.

3.1.2 Ideen von Staat und Nation in Deutschland und Frankreich

Die „certaine idée de la France“, von de Gaulle formuliert und seither viel zitiert, wird auch Ausgangspunkt dieses Abschnittes sein – und um gleich einzusteigen: Es handelt sich um eine gewisse Vorstellung der französischen Nation, nämlich um die „Vorstellung von Frankreich als der exemplarischen, der großen Nation“,¹⁸⁶ die als Identitätsmerkmal von der französischen Bevölkerung verinnerlicht sei.¹⁸⁷ Für de Gaulle ist die Nation aber nicht nur wie von Deutsch nüchtern definiert „ein Volk im Besitz eines Staates“,¹⁸⁸ sondern sie ist lebendig, kann sich entwickeln und auch untergehen wie ein Mensch.¹⁸⁹ Nur die Nation könne sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt voranbringen,¹⁹⁰ sie sei für die Existenz Frankreichs unverzichtbar, wie de Gaulle im Januar 1958 – einige Monate vor seiner Rückkehr zur Macht – in einem Interview verlauten lässt:

„You see, the truth is like this: the French no longer have any spur to action. The thing which spurs a people on, is ambition. And France cannot do without a great national ambition.“¹⁹¹

Diese nationalen Ambitionen wiederherzustellen, sieht de Gaulle nicht nur als seine Aufgabe, sondern als Pflicht gegenüber seiner Nation an. Begriffe wie der „Rang“ oder die „Größe“ (*grandeur*) Frankreichs, seine Unabhängigkeit und zivilisatorische Mission sind damit unmittelbar verbunden. Eine Nation, die wie Frankreich so lange eine Weltmacht gewesen war, sollte auch wieder dorthin zurückkehren können, wieder „master of its own destiny“¹⁹² werden. Auch Adenauer erkennt, dass die Idee der Nation für de Gaulle ein wesentlicher

¹⁸⁶ Kiersch, Gerhard, Nationalismus, nationale Ideen und Interessen als Bestimmungsfaktoren der französischen Europapolitik, in: Vorstand des Arbeitskreises Europäische Integration e. V. (Hrsg.), Politische Grundströmungen im europäischen Integrationsprozess, Baden-Baden 1982, S. 156.

¹⁸⁷ Vgl. Cerny, Philipp G., The politics of grandeur. Ideological aspects of de Gaulle's foreign policy, Cambridge et al. 1980, S. 85 und Axt, Heinz-Jürgen, Frankreich in der Europäischen Union, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hrsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft, Bonn 1999, S. 465.

¹⁸⁸ Deutsch, Karl W. 1972, S. 204.

¹⁸⁹ Vgl. Kolodziej, Edward A., French International Policy Under De Gaulle And Pompidou. The Politics of Grandeur, Ithaca/London 1974, S. 22.

¹⁹⁰ Vgl. Hazareesingh, Sudhir, Political traditions in modern France, Oxford 1994, S. 276.

¹⁹¹ De Gaulle in einem Interview mit Jean-Raymond Tournoux am 8. Januar 1958, zitiert in: Cerny, Philipp G. 1980, S. 80.

¹⁹² Hoffmann, Stanley, Decline or Renewal? France since the 1930's, New York 1974, S. 284.

Bestimmungsfaktor ist: Im Juli 1960 – kurz bevor Adenauer und de Gaulle in Rambouillet zusammentreffen, um über das Konzept einer Europäischen Union zu beraten – sagt er in einem Gespräch mit dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Pinay über de Gaulle:

„Ich zerbrähe mir jedoch den Kopf über die Art des Generals zu denken. Ich nähme an, daß zwei Ideen in de Gaulle gegeneinander kämpften: Frankreich als große Nation und Europa.“¹⁹³

In Reden, Interviews oder Presseerklärungen des deutschen Bundeskanzlers Adenauer findet man hingegen den Begriff der Nation sehr selten. Dies hat im Wesentlichen zwei Gründe: „Bedingt durch das nationalsozialistische Regime ist der Begriff der ‚Nation‘ für lange Zeit tabuisiert“¹⁹⁴, und Denkweisen deutscher Großmachtpolitik, zu denen auch die Absolutsetzung der Nation gehörte, wurden streng gemieden.¹⁹⁵ Zum anderen wurde der Begriff der Nation in Deutschland immer wieder anders definiert; er „hat keine Geschichte, die seine Entstehung und seinen Gebrauch erläutern könnte“¹⁹⁶. So ruft die Idee der Nation in Frankreich durchweg positive Konnotationen hervor, während in Deutschland das Gegenteil der Fall ist – vielmehr stellt sich dort bezüglich der Einheit der Nation „das deutsche Problem“ oder „die deutsche Frage“. De Gaulle schreibt im März 1959 in einem Brief an Präsident Eisenhower über die Einheit der deutschen Nation:

„Was das deutsche Problem als Ganzes angeht, so können wir natürlich nicht von dem Grundsatz abgehen, daß die Wiedervereinigung stattfinden müsse, sobald die Umstände es erlauben.“¹⁹⁷

¹⁹³ Gespräch mit Pinay am 4. Juli 1960, in: Adenauer, Konrad, *Erinnerungen 1959-1963. Fragmente*, Stuttgart 1968, S. 56.

¹⁹⁴ Hickmann, Thorsten, *Einheit oder Vielfalt in Europa. Die Wirtschaftsstile Frankreichs, Deutschlands und Russlands in ihrer Binnen- und Außenwirkung*, Wiesbaden 1996, S. 88.

¹⁹⁵ Vgl. Schwarz, Hans-Peter, *Adenauer und Europa*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 27/1979, S. 495.

¹⁹⁶ Horst, Günther, *Versuche, europäisch zu denken. Deutschland und Frankreich*, Frankfurt a. M. 1990, S. 32.

¹⁹⁷ De Gaulle am 11.03.1959, zitiert in: Schunk, Peter, *Charles de Gaulle. Ein Leben für Frankreichs Größe*, Berlin 1998, S. 518.

Hier wird noch einmal deutlich, dass Deutschland und Frankreich gar nicht in derselben Position und Lage waren, Rechte für ihre Nationen einzufordern. Ähnlich verhält es sich auch mit der Idee des Staates. Der grundlegende Unterschied zwischen der „Staatsnation“ Frankreichs und der „Kulturnation“ Deutschlands ist Gegenstand zahlreicher Arbeiten und bereits hinlänglich bekannt, so dass darauf hier nicht mehr eingegangen wird.¹⁹⁸ Interessant scheint aber, einzelne Stellungnahmen de Gaulles und Adenauers über ihre Idee des Staates gegenüber zu stellen, um auf diesem Hintergrund Motive und Entscheidungen in ihrer Europapolitik besser nachvollziehen zu können.

Nicht nur das Konzept der Nation war im Nachkriegsdeutschland negativ besetzt, auch das des Staates war problematisch.¹⁹⁹ Vergleicht man Adenauers Aussagen über den Staat mit denen de Gaulles, so nimmt man eindeutig den zurückhaltenden, ja sogar vorsichtigen Tenor Adenauers wahr. Zum Wesen des Staates sagte er:

„Staaten sind mehr oder minder willkürliche Bindungen, sie verdanken ihr Entstehen vielfach äußeren Umständen, dynastischen Gründen, politischen Erwägungen, Faktoren äußerer Macht. [...] Staaten kommen, Staaten vergehen, [...] aber der Mensch, dem sein Schöpfer eine unsterbliche Seele gegeben hat, der ist das Wesentliche [...] auf der Erde.“²⁰⁰

Dies widerspricht ganz eindeutig der Vorstellung de Gaulles, bei dem der Staat – gleich der Nation, weil unmittelbar mit ihr verbunden – ein lebendiges Wesen ist. Auf einer Pressekonferenz im September 1960, auf der de Gaulle bei den europäischen Regierungen der Sechs für das Projekt einer engeren politischen

¹⁹⁸ Vgl. dazu z. B. Jung, Sabine 1999, S. 148-151 und Winock, Michel, Parlez-moi de la France, Paris 1995, S. 24-31.

¹⁹⁹ Vgl. Wæver, Ole 1998, S. 125.

²⁰⁰ zitiert in: Kindermann, Gottfried-Karl, Die historische und kulturelle Dimension im Denken Konrad Adenauers, in: Meier-Walser, Reinhard C./Rill, Bernd (Hrsg.), Der europäische Gedanke. Hintergrund und Finalität. Sonderausgabe Politische Studien, o. J., S. 210/211. Vgl. zur Staatsauffassung Adenauers auch Wilms, Dorothee, Ideen und Konzeptionen der Politik Adenauers, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Nachdenken. Über Konrad Adenauer und seine Politik. Internationales wissenschaftliches Symposium am 27. April 1992 aus Anlaß des 25. Todestages von Konrad Adenauer, Bonn/Berlin 1993, S. 16.

Zusammenarbeit wirbt, das kurz darauf den Namen „Fouchet-Plan“ tragen sollte, stellt er seine Idee vom Staat unmissverständlich dar:

„Welches sind nun die Realitäten Europas? Welches sind die Pfeiler, auf denen man bauen kann? Es sind tatsächlich die Staaten, Staaten, die gewiß voneinander sehr verschieden sind, von denen jeder seine eigene Seele, Geschichte und Sprache, seine eigenen Missgeschicke, seinen eigenen Ruhm und Ehrgeiz hat. Doch es sind Staaten, die einzigen Wesenheiten, die das Recht haben, zu gebieten und die Macht, sich Gehorsam zu verschaffen.“²⁰¹

Umso verwunderlicher scheint es, dass ausgerechnet de Gaulle in den Jahren 1959 und 1960 Adenauer angeboten haben soll, eine „Deutsch-Französische Union mit gemeinsamer Außen- und Verteidigungspolitik und einer einzigen Staatsangehörigkeit [eigene Hervorhebung] zu bilden“²⁰². Verwunderlich deshalb, da de Gaulle und Adenauer ja zum einen verschiedener Auffassung über das Wesen und die „Seele“ des Staates waren, zum anderen darüber, welche Stellung Nationalstaaten haben sollten.²⁰³ Laut Craig hatte Adenauer erkannt, dass die einzelnen Staaten für sich „keine sinnvolle Antwort mehr auf die Bedürfnisse und Hoffnungen der Europäer“²⁰⁴ sein konnten, während de Gaulle sie für die einzige Quelle und gleichzeitig den einzigen Inhaber demokratischer Legitimität hielt.²⁰⁵ Mehr noch – der Staat war für de Gaulle der Garant nationaler Einheit, „its strength was necessary to allow the French *génie* [Hervorhebung i. O.] to flourish“²⁰⁶. Und diese Stärke bestand darin, dass der Staat auch in wesentlichen

²⁰¹ De Gaulle am 05.09.1960, zitiert in: Weisenfeld, Ernst, de Gaulle sieht Europa. Reden und Erklärungen: 1958 – 1966, Frankfurt a. M./Hamburg 1966, S. 54.

²⁰² Fischer, Per, Der diplomatische Prozess der Entstehung des deutsch-französischen Vertrages von 1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41/1993, S. 105.

²⁰³ Vgl. Bariéty, Jacques, Konrad Adenauer: Sein Wirken aus französischer Sicht, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Nach-Denken. Über Konrad Adenauer und seine Politik. Internationales wissenschaftliches Symposium am 27. April 1992 aus Anlaß des 25. Todestages von Konrad Adenauer, Bonn/Berlin 1993, S. 61.

²⁰⁴ Craig, Gordon A., Konrad Adenauer: Staatsmann im 20. Jahrhundert, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Nach-Denken. Über Konrad Adenauer und seine Politik. Internationales wissenschaftliches Symposium am 27. April 1992 aus Anlaß des 25. Todestages von Konrad Adenauer, Bonn/Berlin 1993, S. 30.

²⁰⁵ Vgl. Maillard, Pierre, De Gaulle et l'Allemagne. Le rêve inachevé, Paris 1990, S. 193.

²⁰⁶ Hazareesingh, Sudhir, Political traditions in modern France, Oxford 1994, S. 272.

Bereichen die Befugnis – ja die Pflicht – zu intervenieren hatte, sei es in gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Fragen.²⁰⁷

Der Frage, wie nun die Ideen von Europa auf beiden Seiten des Rheins aussahen und ob bzw. inwiefern sie sich mit den Auffassungen von Staat und Nation vereinbaren lassen, wird im nächsten Abschnitt nachgegangen.

3.1.3 Ideen von Europa in Deutschland und Frankreich

In diesem Abschnitt wird es leichter fallen, die Analyse der Europaideen einer chronologischen Betrachtung zu unterwerfen, weil jede Etappe der europäischen Einigung sowohl de Gaulle als auch Adenauer dazu veranlasst haben, ihr Europabild bzw. ihre Idee von Europa vorzustellen, zu erklären und gegebenenfalls auch zu korrigieren.

Etwa ein Jahr nach Unterzeichnung der Römischen Verträge betrat General Charles de Gaulle in Frankreich wieder die politische Bühne, wurde zum letzten Ministerpräsidenten der Vierten Republik und ein gutes halbes Jahr später zum ersten Staatspräsidenten der Fünften Republik. Die Begeisterung darüber hielt sich auf deutscher Seite jedoch in Grenzen. De Gaulle galt als Gegner der supranationalen Integration und als Verfechter nationaler französischer Interessen,²⁰⁸ während Adenauer – wenigstens zu dem damaligen Zeitpunkt – die supranationalen Institutionen zu stärken beabsichtigte und zum Beispiel in der Montanunion, die supranationalen Charakters war, „einen bedeutenden Schritt zur Wiederherstellung der deutschen Souveränität [sah]: Mit der Montanunion wurde ein alliiertes Kontrollinstrument durch eine internationale Organisation ersetzt, an der sich die Bundesrepublik als gleichberechtigtes Mitglied beteiligen sollte.“²⁰⁹

In Adenauers Augen sollte Europa somit zu „dem Vaterland, das die deutsche

²⁰⁷ Vgl. Hazareesing, Sudhir 1994, S. 281 und Hoffmann, Stanley 1974, S. 285.

²⁰⁸ Vgl. Buchheim, Hans, Die Deutschland- und Außenpolitik Konrad Adenauers, in: Politische Bildung 4/1971, S. 42.

²⁰⁹ Hanrieder, Wolfram F., Die stabile Krise. Ziele und Entscheidungen der bundesrepublikanischen Außenpolitik 1949-1969, New York 1970, S. 64. Vgl. zum Aspekt der Gleichberechtigung Rouget, Werner, Schwierige Nachbarschaft am Rhein. Frankreich – Deutschland, hrsg. von Joachim Bitterlich und Ernst Weisenfeld, Bonn 1998, S. 47.

Nation nicht mehr sein konnte“,²¹⁰ werden oder wie Braun es ausdrückt, zur „neue(n), politische(n) Nationalheimat“²¹¹. De Gaulle hingegen vertrat in Bezug auf die EWG die Meinung, man müsse eher das internationale, zwischenstaatliche Element, zum Beispiel den Rat der Außenminister, stärken und das supranationale Element, die Kommission – von ihm auch als „vaterlandslose Technokraten“²¹² bezeichnet, schwächen.²¹³ Somit sah die deutsche Regierung in de Gaulle eher ein Hemmnis der europäischen Einigung als einen Motor.

Die Skepsis legte und die Sorge beruhigte sich allerdings zunächst, als sich Adenauer und de Gaulle im September 1958 in dessen Heimatort Colombey-les-deux-Eglises trafen und sich Adenauers Befürchtung, „die Denkweise von de Gaulle wäre von der meinigen so grundverschieden, daß eine Verständigung zwischen uns beiden außerordentlich schwierig wäre“²¹⁴ vorerst nicht bestätigte. Befragt nach den Eindrücken aus dem ersten Gespräch mit dem Bundeskanzler hält de Gaulle jedoch fest, dass bei einer Zusammenarbeit Frankreich der überlegene Partner sei, wenngleich Frankreich eine solche westeuropäische Organisation eigentlich gar nicht benötige, „...da es durch den Krieg weder sein Ansehen noch seine Integrität verloren habe“²¹⁵. So zerstreute sich dann der Optimismus Adenauers schon einige Tage später wieder, als de Gaulle in einem Memorandum an Eisenhower ein Direktorium dreier Staaten vorschlug, dass sich weltpolitische Entscheidungen vorbehalten könnte. Dabei wurde auch Adenauer klar, dass Deutschland in Paris nicht als gleichstarker bzw. gleichwertiger Partner angesehen wurde und dass de Gaulle Europa scheinbar dazu benutzte, Frankreichs Position als Großmacht gegenüber der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten zu festigen.²¹⁶ In de Gaulles Augen sollte es ein „europäisches Europa“ unter französischer Führung werden und das „atlantische Europa“ ablösen.²¹⁷ Der

²¹⁰ Bariéty, Jacques 1993, S. 59.

²¹¹ Braun, Sigismund Freiherr von, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland als europäischer Partner, in: Manfrass, Klaus (Hrsg.), Paris – Bonn. Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner. Beiträge zum deutsch-französischen Verhältnis in Kultur, Wirtschaft und Politik seit 1949, Sigmaringen 1984, S. 231.

²¹² De Gaulle, zitiert in: Zeller, Willy, Föderale Elemente der europäischen Einigung, in: Doepfner, Andreas (Hrsg.), Keine Angst vor Europa. Föderalismus als Chance, Zürich 1992, S. 34.

²¹³ Vgl. Buchheim, Hans 1971, S. 42.

²¹⁴ Konrad Adenauer über sein erstes Gespräch mit de Gaulle, zitiert in: Dokumente/Documents/Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hrsg.) 1993, S. 25.

²¹⁵ Vgl. Schunck, Peter 1998, S. 513.

²¹⁶ Vgl. Braun, Sigismund Freiherr von 1984, S. 231.

²¹⁷ Vgl. Fischer, Per 1993, S. 103 und Hägele, Michael P., Deutschland – Frankreich im Jahre 1963, in: Außenpolitik 14/1963, S. 154.

Ausspruch de Gaulles von 1948, Frankreich sei das „physische und moralische Zentrum“ Westeuropas, sollte hinsichtlich seiner Denkweise also nicht an Aktualität verloren haben.²¹⁸

Doch um den ersten Platz in Europa einnehmen zu können, bedurfte Frankreich der Unterstützung Deutschlands,²¹⁹ was de Gaulle – laut Hoffmann – Adenauer gegenüber auch mehrmals zugab: „He [gemeint ist de Gaulle, eigene Anmerkung] told Adenauer on several occasions that France would collapse if she did not become a power again, but on the other hand that she could not achieve all he wanted by herself alone. He had to get the support of others, yet he would not pay for it with the abandonment of his vision or his imperatives“.²²⁰ Fortan bemühten sich de Gaulle und Adenauer um eine Annäherung und Verständigung ihrer Länder, wobei de Gaulle Adenauer unter anderem Unterstützung bei der Wiedervereinigung Deutschlands zusagte.

Auf einer Pressekonferenz im Palais De L'Élysée offenbarte de Gaulle seine Idee von Europa und machte damit das „Europa vom Atlantik zum Ural“ populär, das sich seitdem wie ein roter Faden durch seine Visionen zog.²²¹ In einem von Pfetsch so genannten „gallischen Stil“²²² sah er Europa und die Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit folgendermaßen:

„Wir, die wir zwischen Atlantik und Ural leben, wir, die wir Europa sind und mit dessen Tochter Amerika über die wesentlichen Quellen und Mittel der Kultur und Zivilisation verfügen, wir, die wir genügend zu essen, genügend Bekleidung, ein Dach überm Kopf und eine warme Stube haben, [...] – warum setzen wir nicht alle gemeinsam das

²¹⁸ Vgl. Loth, Wilfried, De Gaulle und Europa. Eine Revision, in: Historische Zeitschrift 253/1991, S. 639. Loth ist auch der Ansicht, dass de Gaulle durchaus bereit war, Frankreich in ein supranationales Europa einzubinden. Meiner Meinung nach begründet er dies jedoch nicht ausreichend und steht mit dieser Position im Kreis seiner wissenschaftlichen Kollegen auch eher allein.

²¹⁹ Vgl. Schwarz, Jürgen, Die Deutschlandfrage in der französischen Politik, in: Deutschland-Archiv 2/1969, S. 1243.

²²⁰ Hoffmann, Stanley 1974, S. 290.

²²¹ Vgl. dazu den Aufsatz von Weisenfeld, Ernst, Europa vom Atlantik zum Ural. Eine magische Formel – Eine Vision – Eine Politik, in: Loth, Wilfried/Picht, Robert (Hrsg.), De Gaulle, Deutschland und Europa, Opladen 1991, S. 71-79.

²²² Pfetsch, Frank R., Europa eine Seele geben. Elemente einer gemeinsamen kulturellen Identität, in: Internationale Politik 8/2000, S. 47.

brüderliche Werk in Gang, das dem anderen hilft? [...] Dies laßt uns tun! Nicht, damit jene zu Bauern auf dem Schachbrett unserer Politik werden, sondern um die Chancen des Lebens und des Friedens zu erhöhen.“²²³

Amerika als Tochter Europas, Europa als Vorbild an Reichtum, Moral und Kultur, sich selbstlos aufopfernd um der Barmherzigkeit willen – oder doch, wie später von Adenauer und de Gaulle – wenn auch die Motivlage eine andere war – mehrfach erwähnt, um des Gleichgewichtes willen und auf der Zielgeraden zu einem dritten starken Block neben der Sowjetunion und den USA? Für die Rechtfertigung dieser Motivation gibt es seit Mitte der 1960er Jahre zahlreiche Hinweise. Adenauer wies im Mai 1960 in einem Gespräch mit de Gaulle, Eisenhower und Macmillan auf die Dringlichkeit eines Gleichgewichtes hin, indem er warnt:

„Wenn Deutschland in russische Hände fiele, würde das Gleichgewicht in der Welt auf das empfindlichste gestört werden, so daß es dann nur zu leicht zu großen Komplikationen kommen könnte.“²²⁴

Und de Gaulle führte etwa zwei Wochen vorher in einer Rede vor den beiden Häusern des Kongresses in Washington dazu aus:

*„Denn dank einer Organisation eines westeuropäischen Gebildes gegenüber dem von den Sowjets gebauten Block wird es möglich sein, vom Atlantik bis zum Ural ein Gleichgewicht zwischen zwei zahlen- und kräftemäßig vergleichbaren Zonen zu erreichen. Nur ein solches Gleichgewicht wird es vielleicht eines Tages zulassen, daß der alte Kontinent seine beiden Teile in Harmonie bringt, in sich selbst den Frieden findet, [...]“*²²⁵

²²³ Gaulle, Charles de, *Memoiren der Hoffnung. Die Wiedergeburt 1958-1962*, Wien 1971, S. 378/79.

²²⁴ Konrad Adenauer am 14. Mai 1960, in: Adenauer, Konrad 1968, S. 49.

²²⁵ Charles de Gaulle am 25. April 1960, in: Gaulle, Charles de 1971, S. 398.

So dauerte es dann auch nicht mehr lange, bis de Gaulle Adenauer Ende Juli 1960 bei einem Treffen auf Schloss Rambouillet sein Konzept einer Europäischen Union vorstellte, was auf der Grundlage einer engeren politischen Zusammenarbeit der Regierungen entwickelt werden sollte. Auch wenn de Gaulle niemals den Ausdruck „Europa der Vaterländer“ verwandt hat²²⁶ – obgleich dies lange Zeit so angenommen wurde – kam sein „Europa der Staaten“ dem Wesen dieser Formel doch sehr nahe: Ein Staatenbund sollte entstehen, der die Souveränitätsrechte bei den Regierungen beließ.²²⁷ „De Gaulle war deshalb kein Anti-Europäer. Er war aber ein entschiedener Gegner der von einer Mehrheit in Europa vertretenen Auffassung von der Entwicklung einer bundesstaatlich organisierten, supranational integrierten westeuropäischen Gemeinschaft.“²²⁸ Dem Vorschlag de Gaulles stimmte auch Adenauer zu, der noch im Juli 1960 in einem Gespräch mit dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Pinay deutlich den Prozesscharakter der europäischen Einigung hervorhob, nämlich wie folgt:

„Man könne sich dabei zunächst zufrieden geben mit einer europäischen Konföderation und die Föderation erst für später ins Auge fassen.“²²⁹

Folglich war die Basis einer europäischen Integration – die nach weitverbreiteter Meinung in der Kooperation und Verständigung Deutschlands und Frankreichs liegt – geschaffen²³⁰. Ausgehend von dieser Grundlage beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Sechs, eine Kommission mit der Aufgabe eines Vertrages über die politische Zusammenarbeit in Europa zu betrauen, die nach ihrem Vorsitzenden Christian Fouchet benannt wurde.²³¹ Bereits einige Monate

²²⁶ Vgl. Maillard, Pierre 1990, S. 188 und Kolboom, Ingo, Charles de Gaulle und ein deutsch-französisches Missverständnis über Nation und Europa, in: Loth, Wilfried/Picht, Robert (Hrsg.), De Gaulle, Deutschland und Europa, Opladen 1991, S. 144.

²²⁷ Vgl. Schlott, Gerhard, Schwerer Weg nach Europa, in: Die politische Meinung 10,1/1965 101, S. 39.

²²⁸ Schwarz, Jürgen, Anti-Europäer oder Realist? Charles de Gaulle, in: Jansen, Thomas/Dieter Mahnke, Persönlichkeiten der Europäischen Integration (Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik), Bonn 1981, S. 151. Hier widersprechen sich zum Beispiel Loth und Schwarz, siehe Fußnote 218.

²²⁹ Konrad Adenauer am 04. Juli 1960, in: Adenauer, Konrad 1968, S. 56.

²³⁰ Vgl. Kindermann, Gottfried-Karl o. J., S. 215.

²³¹ Sehr detaillierte Informationen zum Fouchet-Plan, vgl. Bloes, Robert, Le „Plan Fouchet“ Et Le Probleme De L’Europe Politique, Brügge 1970.

später lag der erste Entwurf von französischer Seite vor:²³² Eine „Union des Etats Européens“ sollte es sein, ein Staatenbund, „dessen Hauptziele eine gemeinsame Außenpolitik, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, Sicherung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten der Demokratie sowie eine gemeinsame Verteidigungspolitik sein sollten“.²³³ Als Organe dieses Staatenbundes waren ein Rat der Regierungschefs, ein Parlamentarischer Rat und eine Politische Kommission vorgesehen, wobei die nationale Unabhängigkeit der einzelnen Staaten immer gewahrt bleiben musste.²³⁴ In einer Zwischenbilanz der Europa-Politik am Ende des Jahres 1961 gibt Maurice Faure dies eindeutig wieder: „In der diplomatischen Sphäre [...] gibt es praktisch keine Zwischenstufen zwischen der organisierten intergouvernementalen Zusammenarbeit und der totalen Integration. [...] Denn es ist schwer vorstellbar, wie wir etwas anderes erreichen wollen als bloße Bemühungen um Abstimmung und Zusammenarbeit in der Außenpolitik, solange noch jedes Land seinen eigenen Außenminister hat. Die Alternative wäre ein einziger Außenminister für alle sechs Länder. Aber selbst der kühnste Europäer muß zugeben, daß das noch verfrüht wäre.“²³⁵

Es traten jedoch im Wesentlichen zwei Probleme auf: Erstens waren die anderen Regierungen mit diesem Entwurf nicht einverstanden – mit Ausnahme von Deutschland, das lediglich einige Anmerkungen anzubringen hatte, die das integrative Element festigen sollten.²³⁶ Zweitens war man sich über die Behandlung Großbritanniens in der Frage einer europäischen Zusammenarbeit nicht einig. In der Folge kam es weiter zu Entwürfen, dann zu Gegenentwürfen und wieder zur Ausgangslage zurück, aber eine Einigung wurde nicht erzielt. Vereinfacht gesagt ging es immer wieder darum, dass zum einen Frankreich eine stärkere Betonung des supranationalen Elementes nicht wünschte, während zum Beispiel die Niederländer und Belgier dies befürworteten und zum anderen, dass

²³² Zur genauen zeitlichen Einordnung: Am 10./11. Februar 1961 wird die Fouchet-Kommission geschaffen, am 18. Juli 1961 erhält sie die Richtlinien für die Ausarbeitung eines Vertrages, und am 2. November 1961 legt sie ihren ersten Entwurf vor.

²³³ Abelein, Manfred, Frankreichs Vertrag mit der Bundesrepublik – Vorgeschichte und Bedeutung, in: Europa-Archiv 18/1963 4, S. 126. Vgl. dazu auch Guymarch, Alain/Machin, Howard/Ritchie, Ella, France in the European Union, New York 1998, S. 21.

²³⁴ Vgl. Kiersch, Gerhard 1982, S. 170.

²³⁵ Faure, Maurice, Zwischenbilanz der Europa-Politik Ende 1961, in: Europa-Archiv 16/1961 24, S. 714.

²³⁶ Genauer bei Abelein, Manfred 1963, S. 127.

Frankreich gegen die Beteiligung Großbritanniens an den Verhandlungen stimmte und die Benelux-Staaten dafür.

Adenauer war zwar auch weiterhin der Ansicht, dass auf lange Sicht ein europäischer Bundesstaat angestrebt werden sollte, dass man sich jetzt aber noch mit vorläufigen Lösungen zufrieden geben müsse, was die „Hyper-Europäer“²³⁷ laut Adenauer nicht berücksichtigten. Hieraus kann man entnehmen, dass sich Adenauers Rolle als Verfechter supranationaler Institutionen, die er in den fünfziger Jahren noch eingenommen hatte, wandelte. Während Oppermann dazu ein eher wohlwollendes Fazit zieht, indem er meint, Adenauer habe sich „trotz aller Sympathien für die supranationalen Rechtssysteme niemals in eine völlige Abhängigkeit von bestimmten Techniken begeben“,²³⁸ verurteilt Willy Brandt Adenauers Haltung als eine Politik, die früher als „Erfüllungspolitik abgekanzelt worden wäre“.²³⁹ In der Frage, ob Großbritannien auch in die EWG aufgenommen werden sollte, hielt Adenauer sich allerdings sehr zurück.²⁴⁰ Umso deutlicher formulierte er sein Ziel einer europäischen Union, wie zum Beispiel Anfang 1962 in einer Rede vor dem deutschen Bundestag:

„Das Ziel der europäischen Arbeit ist, wie Sie wissen, letzten Endes politischer Natur. Die Arbeit im wirtschaftlichen Bereich ist die Voraussetzung gewesen für eine Weiterführung der Arbeit im politischen Bereich. Wir wollen – darin sind wir uns einig – die Schaffung einer europäischen Union.“²⁴¹

Auch de Gaulle ließ in seinen Äußerungen an Klarheit nichts vermissen. Er bezeichnete ein supranationales Europa als „utopische Konstruktion“, als

²³⁷ Konrad Adenauer am 3. Juli 1962 zu de Gaulle, in: Adenauer, Konrad 1968, S. 162.

²³⁸ Oppermann, Thomas, Zur Staatsanschauung Adenauers. Eindrücke aus den Memoiren, in: Archiv des öffentlichen Rechts 27/1992 3, S. 411.

²³⁹ Küsters, Hanns Jürgen, Konrad Adenauer und Willy Brandt in der Berlin-Krise 1958-1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 40/1992, S. 484.

²⁴⁰ Ebd., S. 162.

²⁴¹ Konrad Adenauer in einer Erklärung zum Übergang in die zweite Phase des gemeinsamen Marktes am 14. Januar 1962, Bundestagsrede vom 17. Januar 1962, 4. Legislaturperiode, 9. Sitzung, in: Adenauer, Konrad, Bundestagsreden, hrsg. von Josef Selbach, Bonn 1967, S. 306.

„Bastardwesen“²⁴² und macht sich im Folgenden sogar beinahe lustig über die Vorschläge anderer europäischer Regierungen:

*„Sehen Sie, wenn man von großen Dingen spricht, denkt man gern an die Wunderlampe, die Aladin nur zu reiben brauchte, um der Wirklichkeit entrückt zu werden. Doch es gibt keine Zauberformel, die es ermöglichte, etwas so Schwieriges wie ein geeintes Europa zu schaffen. Machen wir daher die Realität zur Grundlage des Gebäudes, und wenn wir diese Arbeit getan haben, können wir immer noch in den Märchen von Tausendundeiner Nacht schwelgen.“*²⁴³

Das Ziel einer Europäischen Union wurde schließlich endgültig aufgegeben und damit das Scheitern des Fouchet-Planes besiegelt, als de Gaulle zur Bedingung machte, dass die Engländer entweder zu seinen Bedingungen unterzeichneten oder der Weg in die EWG für sie versperrt bliebe. Der Ausspruch „Sie werden eines Tages dem Gemeinsamen Markt beitreten. Aber dann werde ich sicher nicht mehr da sein“²⁴⁴ bewahrheitete sich alsdann und erfüllte damit auch die Selbsteinschätzung de Gaulles, er würde sich zwar manchmal in seinen Taten täuschen, aber niemals in seinen Voraussagen.²⁴⁵

Kurz nach Scheitern einer engeren europäischen Zusammenarbeit der Sechs, schlossen de Gaulle und Adenauer den ‚Vertrag zwischen der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die deutsch-französische Zusammenarbeit‘ – auch als ‚Élysée-Vertrag‘ bekannt. Adenauer erhoffte sich davon unter anderem eine Magnetwirkung, „etwas, das zwangsläufig das Verhältnis der europäischen Völker zueinander verändern würde“.²⁴⁶ Einige Monate später wurde er jedoch nicht wiedergewählt und musste das Schicksal

²⁴² Beide Bezeichnungen verwendet de Gaulle in einer Rede am 15. Mai 1962, in: Weisenfeld, Ernst 1966, S. 59 und 61.

²⁴³ Ebd., S. 62.

²⁴⁴ De Gaulle am 15. Januar 1963, in: Weisenfeld, Ernst 1966, S. 68/69.

²⁴⁵ Vgl. Baring, Arnulf/Tautil, Christian, Charles de Gaulle. Größe und Grenzen, Köln/Berlin 1963, S. 98. Grosser macht in diesem Zusammenhang auf die Widersprüchlichkeit der de Gaulleschen Europapolitik aufmerksam: Großbritannien dürfe nicht in die EWG, weil es ein politisch integriertes Europa ablehne, dass Frankreich wiederum selbst ja auch ablehne. Andererseits fordere Frankreich die Einrichtung von zwingenden Maßnahmen auf dem Agrarmarkt, lehne aber ansonsten jegliche inst. Begrenzung seiner Souveränität ab. Vgl. Grosser, Alfred, Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute, München/Wien 1986, S. 233/34.

²⁴⁶ Craig, Gordon A. 1993, S. 30; vgl. Wilms, Dorothee 1993, S. 17.

Europas und das der deutsch-französischen Beziehungen in die Hände des neuen Bundeskanzlers Ludwig Erhard legen.

Eine Gegenüberstellung der wesentlichen deutschen und französischen Ideen von Staat, Nation und Europa im Zeitraum 1957-61 erfolgt nun in Form eines Überblickes – dem Fazit.

3.1.4 Fazit

Es scheint fast so, als wären die Ideen von Staat und Nation einerseits und die Ideen von Europa andererseits in Deutschland und Frankreich spiegelverkehrt. Das heißt, während die Nation in Frankreich lebendige Züge annimmt, als Wesen bezeichnet wird und als ein Merkmal, das die Identität der Franzosen bestimmt, begegnet man in Deutschland der Nation sehr viel kühler und nüchterner. Man will auf keinen Fall wieder seine eigene Nation als eine große, exemplarische betrachten – wie es in Frankreich der Fall ist. Ähnlich verhält es sich mit dem Staat. In Frankreich ist der Staat der Besitzer der demokratischen Legitimation, die sich wiederum aus der Nation ergibt; Staat und Nation sind unmittelbar miteinander verbunden. Demnach ist auch der Staat etwas Gewachsenes, Lebendiges und von seiner Nation Erzeugtes, und somit die Staatsnation die erste Bezugsgröße, über die sich das französische Volk definiert.

In Deutschland hingegen besteht in der gerade erst gegründeten Bundesrepublik – die zudem nicht einmal volle Souveränität besitzt und deren Gründung von anderen, den Alliierten, ausging – keine Identifikation mit dem Staat. Er ist nichts Gewachsenes, nichts Lebendiges, sondern wie Adenauer ausdrückt, eine mehr oder weniger willkürliche Bindung. Die Deutschen haben ihn nicht selbst ‚erkämpft‘ – wie etwa die Franzosen in ihrer Revolution von 1789 – sondern durch ihre Niederlage 1945 ‚erhalten‘.

Alle Emotionen, die in Frankreich auf die Staatsnation projiziert werden, bündeln sich in Deutschland in der Vorstellung von Europa. Europa wird als Symbol betrachtet, und zwar zum einen als Symbol deutsch-französischer Verständigung

und zum anderen als Symbol des Friedens, als Rückkehr in die Völkergemeinschaft und in die politische ‚Normalisierung‘. Während die Franzosen in Frankreich ihr Vaterland sehen, suchen die Deutschen in Europa ihr neues Vaterland. Auf der einen (französischen) Seite ist Europa somit ein Mittel, das eigene Vaterland zu stärken, auf der anderen (deutschen) Seite der Weg, überhaupt ein Vaterland zu haben.

Auf dieser Grundlage werden somit auch europapolitische Entscheidungen nachvollziehbar. Identifiziert man sich in Frankreich mit seiner Nation und seinem Staat, sieht sie als etwas Großes – beinahe als Mythos – an und ist der festen Überzeugung, dass nur sie als Staatsnation Souveränität besitze, so ist man weniger geneigt, ihre wichtigsten Bestandteile – die Unabhängigkeit und die Souveränität – an eine andere Wesenheit, in diesem Falle Europa, abzugeben. Die Tatsache, dass de Gaulle aber trotzdem bestrebt war, eine Europäische Union zu schaffen, lässt sich möglicherweise darauf zurückführen, dass die Staatsnation Frankreich zu schwach war, aus eigenen Kräften wieder zu ihrer einstigen Größe zurückzufinden und daher wenigstens in Europa den „ersten Platz“ einnehmen könnte. Auch Adenauers Europapolitik lässt sich aufgrund seiner Ideen verstehen. Er war nicht davon überzeugt, dass der Staat der einzige Träger von demokratischer Legitimation war und setzte sich zu Anfang seiner Amtszeit für supranationale Institutionen ein. Später folgte er dem Kurs Frankreichs, da er in der deutsch-französischen Verständigung die Basis Europas sah und einen Magneten, der auch die anderen europäischen Staaten anziehen sollte.

Aus der vorangegangenen Darstellung wird deutlich, dass Europa ein ‚weites Feld‘ ist und sich wieder in einzelne Kriterien unterteilen lässt, beispielsweise in die Aspekte, wie man sich selbst in Europa sieht und gesehen wird, und welche Auffassungen man über die Gestalt Europas hat. In dieser ersten Vorstudie sollten die Ideen von Staat, Nation und Europa jedoch erst einmal mit Inhalt gefüllt und daher noch sehr allgemein vorgestellt werden, bevor sie in der sich anschließenden zweiten Vorstudie gegebenenfalls korrigiert werden und bereits etwaige Kontinuitäten nachgewiesen werden können.

3.2 November 1989 – Dezember 1991. Vom Fall der Mauer zur Einigung auf die Maastrichter Verträge

3.2.1 Einordnung in den historischen Kontext – Was bislang geschah

„Was bislang geschah“ umfasst hier die Zeit vom Abschluss des Elysée-Vertrages 1963 bis zum Fall der Mauer am 9. November 1989, also um genau zu sein gut sechsundzwanzigeinhalb Jahre – beinahe unnötig zu bemerken, dass nicht jedes Ereignis, nicht jede Entscheidung oder jeder Vertragsabschluss in diesem Abschnitt Erwähnung finden kann. Es wird vielmehr darauf ankommen, Zusammenhänge und Tendenzen, Kontinuitäten und Brüche in diesen Jahren aufzuzeigen. Die Auswahl der hier erwähnten Ereignisse erfolgte auf der Grundlage der für die Arbeit bedeutsamen Aspekte, das heißt, derjenigen Aspekte, die Deutschland und Frankreich direkt betrafen bzw. Einfluss auf ihre Europapolitik nahmen.

Nach der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages vom Januar 1963 und der beinahe gleichzeitigen Ablehnung der britischen EWG-Kandidatur durch General de Gaulle wird im Deutschen Bundestag Kritik am „Élysée-Vertrag“ laut, die schließlich dazu führt, dem Vertrag eine Präambel voranzustellen. Mitte Juni 1963 wird diese Präambel ratifiziert, die sich für eine enge Bindung an die USA, die militärische Integration in die NATO, für die Vertiefung der europäischen Integration und letztlich für die Aufnahme Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt ausspricht. Hierbei handelt es sich ausnahmslos um Aspekte, die von französischer Seite nicht befürwortet werden und die de Gaulles Vorstellungen von Europa widersprechen.²⁴⁷

Mit der Wahl Ludwig Erhards zum neuen Bundeskanzler Deutschlands im Oktober 1963 beginnt die „größte Durststrecke der deutsch-französischen Beziehungen“, ²⁴⁸ die François Puaux als „l'étiage le plus bas du cours des

²⁴⁷ Vgl. Ménudier, Henri, Deutsch-französische Beziehungen und europäische Integration, in: Picht, Robert (Hrsg.), Das Bündnis im Bündnis. Deutsch-französische Beziehungen im internationalen Spannungsfeld, Berlin 1982, S. 146.

²⁴⁸ Ebd., S. 146.

relations franco-allemandes“²⁴⁹ bezeichnet, da die Haltung beider Länder in nahezu allen entscheidenden Fragen unterschiedlich ist. In diese Zeit fällt auch de Gaulles „Politik des leeren Stuhls“ – gekennzeichnet vom Boykott gegen den EWG-Gipfel von 1965, den Ministerrat und die europäische Kommission aufgrund gescheiterter Agrarverhandlungen und der Herauslösung Frankreichs aus der integrierten Militärstruktur der NATO – eine Politik, die Elizabeth Pond wohl eher ironisch als den Beweis französischer Grandeur beschreibt.²⁵⁰

Nach nur etwa drei Jahren tritt die Bundesregierung mit Erhard an der Spitze zurück und Kurt Georg Kiesinger wird neuer Bundeskanzler einer großen Koalition. Etwa ein halbes Jahr später beantragen Großbritannien, Irland (beide am 10.5.1967), Dänemark (11.5.1967) und Norwegen (21.7.1967) die Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft.²⁵¹

Auch in Frankreich kommt es zu einem Regierungswechsel; Charles de Gaulle tritt am 28. April 1969 zurück, sein Nachfolger wird Georges Pompidou. Zusammen mit Willy Brandt, der im Oktober 1969 Kiesinger als Bundeskanzler ablöst, wird eine neue Phase deutsch-französischer Beziehungen eingeleitet, die sich vornehmlich Wirtschafts- und Währungsfragen widmet.²⁵² Außerdem beschließen die Außenminister der Sechs im Juli 1970 eine regelmäßige „Europäische Politische Zusammenarbeit“. Aufgrund von währungspolitischen Problemen kommt es Anfang der siebziger Jahre zu unterschiedlichen Positionen zwischen Deutschland und Frankreich. Während Frankreich möglichst schnell eine einheitliche europäische Währung einführen will, verhält Deutschland sich in diesem Punkt zunächst eher ablehnend. Nachdem im Januar 1972 jedoch der Vertrag über die EWG-Erweiterung um Dänemark, Großbritannien und Irland

²⁴⁹ Puaux, François, Succès et limites de la coopération politique franco-allemande depuis l'époque de Gaulle-Adenauer, in: Manfrass, Klaus (Hrsg.), Paris – Bonn. Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner. Beiträge zum deutsch-französischen Verhältnis in Kultur, Wirtschaft und Politik seit 1949, Sigmaringen 1984, S. 206.

²⁵⁰ Vgl. Pond, Elizabeth, Die Stunde Europas. Ein Kontinent auf dem Weg zur Weltmacht, Berlin/München 2000, S. 47.

²⁵¹ Vgl. Auswärtiges Amt (Hrsg.), Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Dokumente von 1949-1994, Köln 1995, S. 52.

²⁵² Vgl. Ménudier, Henri 1982, S. 148, Dokumente/Documents/Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hrsg.) 1993, S. 49.

geschlossen worden war,²⁵³ und die Europäischen Gemeinschaften im Juli 1972 ein Freihandelsabkommen mit den Staaten der Europäischen Freihandelsvereinigung (EFTA) Island, Österreich, Portugal, Schweden und der Schweiz abgeschlossen hatten, einigt man sich im Oktober 1972 über die Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion bis Ende 1980.

Im Jahre 1974 kommt es sowohl in Deutschland als auch in Frankreich zur Umbildung der Regierung; Giscard d'Estaing wird im Mai neuer Staatspräsident Frankreichs, und einige Tage zuvor löst Helmut Schmidt als Bundeskanzler Willy Brandt ab, der aufgrund der „Affäre Guillaume“²⁵⁴ seinen Rücktritt erklärt. In den Folgejahren werden einige wichtige Übereinkommen erzielt: Im August 1975 wird die berühmte „Helsinki-Schlussakte“ als Abschluss der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unterzeichnet. Diese Akte umfasst wichtige Prinzipien, nach denen die Signatarstaaten in ihren wechselseitigen Beziehungen handeln sollen, und ein Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich.²⁵⁵ Am 20. September 1976 beschließt der Rat der EG die Akte über allgemeine und unmittelbare Wahlen für das Europäische Parlament. Im Dezember 1978 kann sich der Europäische Rat auf das Europäische Währungssystem (EWS) einigen, das eine Europäische Währungseinheit (ECU) sowie einen Wechselkurs- und Interventionsmechanismus vorsieht,²⁵⁶ und Griechenland wird schließlich am 1. Januar 1981 das zehnte Vollmitglied der EG.

Anfang der achtziger Jahre kommt es in Deutschland und Frankreich wieder zu entscheidenden Regierungsänderungen: Im Mai 1981 wird François Mitterrand Staatspräsident,²⁵⁷ und einige Monate später wird Helmut Kohl Bundeskanzler, nachdem Helmut Schmidt von Seiten der CDU und FDP das Misstrauen ausgesprochen wurde. Während die ersten Jahre der Amtszeit Mitterrands eher

²⁵³ Aufgrund der Mitgliedschaft in der EG verlassen Großbritannien, Dänemark und Irland die EFTA. Vgl. Krätschel/Renner 1995, S. 6. Norwegen tritt der EG nicht bei, da dies in einem Referendum keine Mehrheit findet.

²⁵⁴ Als „Affäre Guillaume“ bezeichnet, da Günter Guillaume, ein Mitarbeiter Brandts, unter dem Verdacht der DDR-Spionage festgenommen wird. Vgl. Auswärtiges Amt (Hrsg.) 1995, S. 67.

²⁵⁵ Vgl. Auswärtiges Amt 1995, S. 70.

²⁵⁶ Hier hat sich Frankreich deutlich an die deutsche Wirtschaftspolitik angenähert und somit das Inkrafttreten des EWS erleichtert. Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela, Frankreich. Eine politische Landeskunde. Beiträge zu Politik und Zeitgeschichte, Opladen 2000², S. 153.

²⁵⁷ Vgl. Néant, Hubert, La politique en France XIX^e-XX^e siècle, Paris 1991, S. 108.

von Skepsis gegenüber Europa geprägt sind, wendet er sich ab Ende 1983 verstärkt der europäischen Integration zu,²⁵⁸ und in Zusammenarbeit mit seinem deutschen Amtskollegen Kohl werden bedeutsame Schritte in Richtung Europäischer Union auf den Weg gebracht. Dabei markiert die „Erklärung von Rom“ (26.-27.10.1984) mit der Einigung auf eine Verstärkung der Zusammenarbeit den Anfang, und wird sowohl vom Schengener Abkommen im Juni 1985 über die Erleichterung des Grenzverkehrs als auch von der Einigung auf die Einheitliche Europäische Akte (EEA) weit vorgebracht.²⁵⁹ Überdies wird die EG 1986 wieder erweitert, und zwar um Spanien und Portugal. 1988 ist dann das Jahr deutsch-französischer Initiativen: Zum 25. „Geburtstag“ des Élysée-Vertrages beschließen Deutschland und Frankreich einen gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitsrat sowie einen Finanz- und Wirtschaftsrat und einen deutsch-französischen Heeresverband. Für die besonderen Verdienste um die europäische Integration wird Kohl und Mitterrand im November 1988 gemeinsam der Aachener Karlspreis verliehen.

Etwa ein Jahr später, am 9. November 1989, markiert der Fall der Mauer in Berlin einen grundlegenden Wandel, der struktureller und, wie sich erweisen sollte, auch ideeller Art war. Die Analyse der Auswirkungen auf die Europaideen in Deutschland und Frankreich wird Gegenstand der folgenden Abschnitte sein.

3.2.2 Ideen von Staat und Nation in Deutschland und Frankreich

„(...) j’essaie de comprendre en moi-même ce que je pense. Ce n’est pas toujours facile.“²⁶⁰

Diese Selbsteinschätzung François Mitterrands aus dem Jahre 1971 deutet bereits darauf hin, dass das Vorhaben folgender Abschnitte – nämlich das Verstehen der

²⁵⁸ Vgl. Lequesne, Christian, Une lecture décisionnelle de la politique européenne de François Mitterrand, in: Cohen, Samy (Dir.), Mitterrand et la sortie de la guerre froide, Paris 1998, S. 127.

²⁵⁹ Vgl. ausführlicher zur EEA Stavenhagen, Lutz G., Durchbruch zur Politischen Union – Vor dem Maastricht-Gipfel, in: Integration 14/1994, S. 143-149.

²⁶⁰ Dantes, Edmond, Mitterrand par lui-même. Critique et analyse d’une vie politique, Paris 1992, S. 171.

Ideen Mitterrands (und Kohls) – von Schwierigkeiten, Missverständnissen oder zumindest Rätseln begleitet werden kann. Ein Grund mehr, sich auf die Suche nach deren Lösung zu begeben.

Die erste Schwierigkeit ergibt sich bei der Frage, ob Mitterrand die deutsche Einheit befürwortet oder nicht. Für beide Fälle gibt es Anhaltspunkte und auch Motivationen: Auf der einen Seite betont er immer wieder, dass man Verständnis für den Wunsch einer Nation haben müsse, sich wieder zu vereinigen, wenn man so lange wie die Deutschen getrennt war, dass Frankreich sogar als Freund Deutschlands eine Verantwortung für beide deutschen Staaten trage²⁶¹ und dass von Angst vor einer Vereinigung Deutschlands seitens Frankreichs nicht die Rede sein könne:

„Je n’ai pas peur de la réunification. Je ne me pose pas ce genre de question à mesure que l’histoire avance. L’histoire est là. Je la prends comme elle est. Je pense que le souci de réunification est légitime pour les Allemandes. S’ils le veulent et s’ils le peuvent.“²⁶²

Auf der anderen Seite meinen einige Autoren deutliche Hinweise dafür zu entdecken, dass Mitterrand die deutsche Einheit verlangsamen, wenn nicht gar verhindern will. Angeführt werden in diesem Zusammenhang vor allem das Gespräch Mitterrands mit Gorbatschow vom 6. Dezember 1989, in dem es um eine Strategie zur Stabilisierung Deutschlands geht und die Reise Mitterrands in die DDR vom 19.-22. Dezember 1989, während der er mehrmals auf die kulturelle Identität der DDR zu sprechen kommt.²⁶³ Diese Ereignisse führen zwischen Deutschland und Frankreich Ende 1989 zu Verstimmungen, woran die deutsche Seite auch nicht unbeteiligt ist: Helmut Kohl verliert am 28. Dezember 1989 seinen Zehn-Punkte-Plan, in dem er eine Konföderation der beiden deutschen Staaten vorschlägt, ohne vorher die französische Seite informiert oder

²⁶¹ Vgl. Ménudier, Henri, François Mitterrand et l’unité allemande d’après les mémoires posthumes, in: *Revue d’Allemagne et des Pays de langue allemande* 28/1996 4, S. 489.

²⁶² Zitat François Mitterrands vom 3. November 1989 in Bonn, aufgeführt in: Martin-Roland, Michel, „Il faut laisser le temps au temps“. *Les mots d’histoire, les mots d’esprit, les mots assassins du Président François Mitterrand*, Paris 1995, S. 136.

²⁶³ Vgl. Le Gloannec, Anne-Marie, France, Germany, and the New Europe, in: Verheyen, Dirk/Søe, Christian (Hrsg.), *The Germans and their neighbours*, Boulder/San Francisco/Oxford 1993, S. 26 und Rouget, Werner 1998, S. 27.

konsultiert zu haben. Er stimmt einer Begrenzung der Bundeswehr zu, was zwar mit der Sowjetunion, nicht aber mit Frankreich vereinbart worden ist, und die lange Zeit unklaren Positionen zur Oder-Neiße-Linie tragen ihr Übriges zu der ohnehin schon angespannten Situation bei.²⁶⁴ Interessant ist jedoch in diesem Zusammenhang, dass insbesondere bei der politischen Elite in Frankreich eine gewisse Skepsis gegenüber Deutschland und dessen Vereinigung zu spüren ist, während die Vereinigung dagegen in der französischen Öffentlichkeit auf breite Zustimmung stößt.²⁶⁵

Die Motivationen bzw. die Ideen, die hinter diesen Spannungen und Verstimmungen zwischen Deutschland und Frankreich stehen, werden häufig auf die unterschiedlichen Ideen der Nation zurückgeführt oder wie Rudolf von Thadden es in einem größeren Zusammenhang ausdrückt: „Es gibt wohl wenige Themen, bei denen Deutsche und Franzosen so gründlich aneinander vorbeireden wie bei dem der nationalen Identität. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, so ist es die nicht abreißende Kette von deutsch-französischen Diskussionen über den Vorgang der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, der die Menschen in allen Teilen Europas und darüber hinaus mit anhaltender Intensität beschäftigt.“²⁶⁶

Das Verhältnis zur Nation und zum Staat ist aber – im Gegensatz zu den Zeiten de Gaulles und Adenauers – auf beiden Seiten differenzierter geworden; Mitterrand wird von der de Gaulle anhängenden „beinahe mystischen Verklärung des Nationalstaates“²⁶⁷ freigesprochen, und in Deutschland versucht man sich vom Bild des „political dwarf with a chronic identity crisis“²⁶⁸ zu lösen. Seit dem Fall der Mauer taucht der Begriff der Nation in Helmut Kohls Reden verstärkt auf, was als Versuch gewertet werden kann, der Nation nach jahrzehntelanger negativer

²⁶⁴ Vgl. Yost, David S., Frankreich in einem neuen Umfeld, in: Europa-Archiv 45/1990 23, S. 692/3.

²⁶⁵ Vgl. z. B. Fritsch-Bournazel, Renata, German unification: views from Germany's neighbours, in: Heisenberg, Wolfgang (Hrsg.), German Unification in European Perspective, London et al. 1991, S. 78 und Schütze, Walter, Frankreich angesichts der deutschen Einheit, in: Europa-Archiv 45/1990 4, S. 135.

²⁶⁶ Thadden, Rudolf von, Identität und Widerstreit. Deutsche und französische Wege aneinander vorbei, in: Frankreich-Jahrbuch 1990, S. 61.

²⁶⁷ Schrader, Lutz, Mitterrands Europapolitik oder der lange Abschied vom Gaullismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 43,2/1993 32, S. 38.

²⁶⁸ Fritsch-Bournazel, Renata 1991, S. 82.

Einfärbung wieder zu einem positiven Anstrich zu verhelfen und zu einem gesunden Umgang mit derselben zu führen. Folgende Aussagen Kohls mögen diese Interpretation unterstützen²⁶⁹:

„Wir sind und bleiben eine Nation, und wir gehören zusammen!“²⁷⁰

„...Darüber hinaus halte ich es für möglich – ja, für wahrscheinlich –, dass die Deutschen jetzt gemeinsam zu jenem inneren Gleichgewicht finden, das das gelassene Selbstbewußtsein anderer europäischer Nationen auszeichnet. Wir Deutschen haben uns damit – verständlicherweise – bisher etwas schwer getan. Mit der Einheit unseres Vaterlandes eröffnet sich nun die Chance, auch in Deutschland einen natürlichen Patriotismus zu entwickeln, wie er für das Selbstverständnis einer Nation auf Dauer unverzichtbar ist – einen geläuterten Patriotismus,...“²⁷¹

Diese neue Situation macht französischen Entscheidungsträgern Angst, und zwar Angst vor einem zu starken Deutschland, vor dem Bedeutungsverlust Frankreichs und damit verbunden auch vor einem zunehmenden Werte- und Identitätsverlust der „grande nation“. Durch die Medien werden diese Befürchtungen weiter geschürt, und die Sorge um ein etwaiges „Viertes Reich“ oder nationale Alleingänge Deutschlands genährt. Der Buchtitel Raymond Soubies fragt beispielsweise „Dieu est-il toujours Français?“²⁷², doch die Überschrift Patrick

²⁶⁹ Vgl. zu dieser Interpretation auch u. a. François, Etienne, Von der wiedererlangten Nation zur „Nation wider Willen“. Kann man eine Geschichte der deutschen „Erinnerungsorte“ schreiben? in: Dies./Siegrist, Hannes/Vogel, Jakob (Hrsg.), Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1995, S. 100-103 und Guérin-Sendelbach, Valérie, Frankreich und das vereinigte Deutschland. Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld, Opladen 1999, S. 70.

²⁷⁰ Kohl, Helmut, Ein historischer Tag für Berlin und Deutschland. Im Bewußtsein nationaler Verantwortung. Rede auf einer Großkundgebung vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin am 10. November 1989, in: Ders., Bilanzen und Perspektiven. Regierungspolitik 1989-1991, Band 1, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1992, S. 253.

²⁷¹ Kohl, Helmut, „Wir müssen uns annehmen, wie wir sind“. Votum für einen „natürlichen Patriotismus“. Interview mit Walter Bajohr und Thomas Kielinger am 28. September 1990, in: Ders., Bilanzen und Perspektiven. Regierungspolitik 1989-1991, Band 2, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1992, S. 642.

²⁷² Soubie, Raymond, Dieu est-il toujours Français?, Paris 1991.

McCarthys „And yet there is life after reunification“²⁷³ lässt die Franzosen auf eher ironische Art noch einmal aufatmen. Die Ängste auf französischer Seite sind geschichtlich betrachtet zwar nachvollziehbar, durch das Verhalten Deutschlands und die reale – auch wirtschaftliche – Situation nach der Vereinigung jedoch nicht begründet.²⁷⁴ Zum einen stößt beispielsweise die militärische Einschränkung Deutschlands in der Bundesrepublik selbst auf keinerlei Kritik,²⁷⁵ und es gibt keine Anzeichen, dass in Deutschland „Entscheidungen (...) im nationalen Fieber getroffen werden“²⁷⁶, zum anderen beeinträchtigen die Verschlechterung im Wirtschafts- und Währungsbereich und die gestiegene öffentliche Verschuldung den vermeintlichen ‚Wirtschaftsriesen‘ Deutschland.²⁷⁷ Ein möglicher Grund zur Sorge, die Bevölkerungszunahme, wird zudem von Mitterrand selbst aufgenommen und sogleich entkräftet, indem er für Frankreich feststellt:

*„La France est un des grands pays dans le monde, beaucoup plus important par la réalité de son influence que par le nombre de ses habitants.“*²⁷⁸

Entkräftet werden die französischen Sorgen jedoch auch von Helmut Kohl selbst, der immer wieder betont, dass die Freude über die Einheit der Nation nichts mit Nationalismus zu tun habe²⁷⁹, und der in seinen Reden wiederholt zu Augenmaß und Nüchternheit statt zu einem „Überschwang der Gefühle“²⁸⁰ aufruft. In einem

²⁷³ McCarthy, Patrick, France Looks at Germany, or How to Become German (and European) while Remaining French, in: Ders. (Hrsg.), France Germany 1983-1993. The struggle to cooperate, London 1993, S. 64.

²⁷⁴ Vgl. Dohnanyi, Klaus von, Die Normalisierung der deutschen Nation in Europa, in: Deutschland und Frankreich im neuen Europa: Referate – Berichte – Dokumente. Arbeitspapier zur Internationalen Politik. 59. XIV. Deutsch-Französische Konferenz in Berlin vom 28.-30.5.1990, Bonn 1991, S. 116.

²⁷⁵ Vgl. Loth, Wilfried, Europa als nationales Interesse? Tendenzen deutscher Europapolitik von Schmidt bis Kohl, in: Integration 17/1994 3, S. 154.

²⁷⁶ Kolboom, Ingo, Die Vertreibung der Dämonen: Frankreich und das vereinte Deutschland, in: Europa-Archiv 46/1991 15/16, S. 473.

²⁷⁷ Vgl. Rittberger, Volker, Nach der Vereinigung – Deutschlands Stellung in der Welt, in: Hartwich, Hans-Hermann/Wewer, Göttrik (Hrsg.), Regieren in der Bundesrepublik V. Souveränität, Integration, Interdependenz – Staatliches Handeln in der Außen- und Europapolitik, Opladen 1993, S. 121.

²⁷⁸ François Mitterrand auf einer Pressekonferenz am 11. September 1991, in: Martin-Roland, Michel 1995, S. 28.

²⁷⁹ Vgl. Kohl, Helmut, Europäische Gemeinschaft als Konstante der gesamteuropäischen Entwicklung. Rede vor der Industrie- und Handelskammer Nordschwarzwald am 5. Dezember 1989, in: Kohl, Helmut 1992 (I), S. 332.

²⁸⁰ Kohl, Helmut, „Solidarität ist in dieser Stunde unsere selbstverständliche menschliche und nationale Pflicht“. Projekt einer „Währungs- und Wirtschaftsunion“. Erklärung der

Interview vom 30. März 1990 benennt er sogar sehr deutlich den grundlegenden Unterschied zwischen dem deutschen Verhältnis zur Nation und dem französischen, indem er den Begriff des „Verfassungspatriotismus“²⁸¹ ins Spiel bringt:

„Wir reden in der Bundesrepublik praktisch als einzigem Land in der Welt von ‚Verfassungspatriotismus‘. Wenn Sie einem Franzosen etwas von Verfassungspatriotismus erzählen, versteht der das überhaupt nicht. Das ist bei uns ja sozusagen ein Umweg, um über die Probleme unserer jüngsten Geschichte hinwegzukommen.“²⁸²

Als ein zweiter ‚Umweg‘ dieser Art erscheint ebenfalls der „Währungspatriotismus“: In den Debatten über die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und die Aufgabe der nationalen Währungen zugunsten einer einheitlichen europäischen Währung begegnet man auf deutscher Seite einem Widerwillen, die DM als sogenanntes Identitätsmerkmal Deutschlands aufzugeben. Elizabeth Pond bemerkt dazu Folgendes: „Die D-Mark war zu einem entnationalisierten Wahrzeichen von Erfolg, Wohlstand und sogar Wohlverhalten der Deutschen in einer Weise geworden, wie es die deutsche Fahne und die Nationalhymne nie wieder sein konnten.“²⁸³

Zwei Ereignisse, die ebenfalls in die Zeit dieser Vorstudie fallen, machen die Besorgnis und Verwirrung auf französischer Seite komplett, geben jedoch auch weitere Anhaltspunkte für die nicht immer leicht zu durchschauende Idee Mitterrands von der Nation und damit unweigerlich zusammenhängend vom Staat. Die Rede ist von der eher zurückhaltenden Position Deutschlands im Golfkrieg und der schnellen, unilateralen Anerkennung der ehemaligen

Bundesregierung über die Gespräche mit Generalsekretär Gorbatschow und Ministerpräsident Modrow, 15. Februar 1990, in: Kohl, Helmut 1992 (I), S. 415.

²⁸¹ Ausführlicher zum Begriff des Verfassungspatriotismus: Korte, Karl-Rudolf, Nation und Nationalstaat. Bausteine einer europäischen Identität. [Deutschland-Report 18], St. Augustin 1993, S. 20.

²⁸² Kohl, Helmut, „Wir müssen uns etwas zutrauen“. Innen- und außenpolitische Aspekte der deutschen Einheit. Interview mit Joachim Neander und Manfred Schell, in: Kohl, Helmut 1992 (I), S. 462.

²⁸³ Pond, Elizabeth 2000, S. 61. Vgl. dazu auch Katzenstein, Peter J., United Germany in an Integrating Europe, in: Ders. (Hrsg.) Tamed Power. Germany in Europe, Ithaca/London 1997, S.22.

jugoslawischen Republiken Slowenien und Kroatien. Diese aus französischer Sicht ambivalente Haltung trägt wesentlich zur Bestätigung der ohnehin schon befürchteten Vorahnung bei, Deutschland rühme sich erneuter Selbstherrlichkeit und lasse Anzeichen von Großmachtpolitik erkennen.²⁸⁴ Zwei wichtige Konsequenzen leiten sich jedoch aus dieser Situation ab: Zum einen geht es für Mitterrand darum, das wiedervereinigte Deutschland nicht völlig sich selbst zu überlassen, sondern es in europäischen Strukturen einzubinden, um letztlich auch für Frankreich ein Schutzschild aufzubauen. Zum anderen betont er aufgrund der Ereignisse im Jugoslawienkrieg immer wieder die Gefahren, die von einem übersteigerten Nationalgefühl ausgehen können.²⁸⁵ Hassner gibt sogar vor zu wissen, Mitterrand habe „peur de la dynamique des nationalismes, des ‚tribus‘ et des minorités“²⁸⁶ gehabt, und Schubert sieht unter anderem in der Abgabe nationaler Souveränitätsrechte in die EG eine „teilweise Abkehr von hergebrachten Dogmen nationalstaatlichen Denkens“²⁸⁷. Auf der anderen Seite scheint sich Frankreich aber doch noch an seine Nation zu klammern. Picht sieht zum Beispiel in den Vorgängen um den seitens Frankreichs einseitig verkündeten Truppenabzug aus Deutschland ein deutliches Anzeichen, „wie stark (...) unterschiedliche Einschätzungen nationaler Souveränität und nationale Empfindlichkeiten eine Rolle spielten“²⁸⁸. Und Mitterrand wird seinerseits auch nicht wirklich müde, die Rolle und den Rang der französischen Nation zu betonen, wie zum Beispiel in einer Ansprache am 3. März 1991 über die französische Haltung in der Golf-Krise:

„Ich erkläre mit Stolz, daß Frankreich seine Rolle erfüllt und seinen Rang behalten hat. (...) Es lebe die Republik, es lebe Frankreich!“²⁸⁹

²⁸⁴ Vgl. Bruck, Elke, Französische Deutschlandbilder und deutsche Frage: Perzeptionen vor, während und seit der Vereinigung, in: Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande 28/1996 4, S. 613.

²⁸⁵ Vgl. Thomas, Johannes, Die Jahre mit Mitterrand, in: Die politische Meinung 40,1/1995 304, S. 12.

²⁸⁶ Hassner, Pierre, Épilogue à plusieurs voix, in: Cohen, Samy (Dir.), Mitterrand et la sortie de la guerre froide, Paris 1998, S. 456.

²⁸⁷ Schubert, Klaus, ‚Banalisation‘ – auch der Mythen? Wandlungen im politischen Selbstverständnis der Franzosen seit 1789, in: Frankreich-Jahrbuch 1990, S. 84.

²⁸⁸ Picht, Robert, Frankreich 1990/91: Rolle und Rang in einer veränderten Welt, in: Frankreich-Jahrbuch 1991, S. 12.

²⁸⁹ Ansprache des französischen Staatspräsidenten, François Mitterrand, am 3. März 1991 über die französische Haltung in der Golf-Krise, in: Europa-Archiv D46/1991 9, S. 216.

Diese sich doch zum Teil widersprechenden Ideen Mitterrands ergeben ein diffuses Bild, das André Fontaine in einen Satz zusammengefasst hat, der treffender schwer zu formulieren ist: „Denn der Vorwurf der Schizophrenie, den man uns so leicht macht, ist nicht unberechtigt: Unsere Vernunft plädiert für die Sache Europas, unsere Gefühle und unser Konservativismus für die der Nation.“²⁹⁰

Dies leitet nun direkt zu den Betrachtungen über die Ideen von Europa in Deutschland und Frankreich über, und es wird sich zeigen, inwiefern auch dort zwei Seelen in der französischen bzw. der deutschen Brust pochen.

3.2.3 Ideen von Europa in Deutschland und Frankreich

Ein Ergebnis der letzten Vorstudie, dass sich die Europa-Idee wieder in verschiedene Aspekte unterteilen lässt, wird in diesem Abschnitt aufgenommen, der mit der Analyse beginnt, wie Deutschland und Frankreich sich selbst in Europa sehen. Nicht nur nach chronologischen Gesichtspunkten bewertet fällt in diesem Zusammenhang zuerst das Stichwort „Jalta“; in nahezu allen Forschungen über die französischen und deutschen Europa-Ideen und Konzeptionen wird die „Überwindung der Ordnung Jaltas“ als zentrales Merkmal angesehen.

Die Konferenz von Jalta (4.-11.2.1945) bzw. die daraus resultierende Erklärung über das „befreite Europa“ ging von Großbritannien, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion aus, nicht aber von Frankreich, das diese Ordnung nie akzeptierte und fortan seine historische Aufgabe im „repairing the damage of Yalta“²⁹¹ sieht. Trotzdem hat diese Ordnung aber auch Vorteile für Frankreich. Sie schafft ein bipolares Gleichgewicht, in dessen westeuropäischem Teil Frankreich die Führungsrolle zukommt.²⁹² Mit der deutschen Einheit wird dieses bipolare Gleichgewicht aufgehoben und durch ein „vielfältiges Gleichgewicht“ ersetzt; aus

²⁹⁰ Fontaine, André, Frankreichs Europapolitik der Widersprüche, in: Europäische Rundschau 1993, S. 54.

²⁹¹ Tiersky, Roland, France in the New Europe, in: Foreign Affairs 71/1992-93, S. 131.

²⁹² Vgl. Kimmel, Adolf, Frankreich im Europa nach Jalta: Welche Rolle, welcher Rang? in: Frankreich-Jahrbuch 1992, S. 41.

französischer Sicht ist die deutsche Einheit somit „eine Destabilisierung des ‚europäischen Gleichgewichts‘“²⁹³. Gleichzeitig sieht man in Frankreich seine Führungsrolle geschwächt, sowohl in politischer als auch in strategischer Hinsicht. Vor dem Hintergrund dieser Situation – zum einen die Sorge vor einem zu starken Deutschland und zum anderen die geschwächte Stellung Frankreichs – ist das europapolitische Engagement Mitterrands in Richtung einer Währungs- und Politischen Union zu verstehen, da er darin „das geeignete Band [sah], welches das geeinte Deutschland auch künftig fest an die westeuropäische Integration knüpfen sollte“²⁹⁴.

Wie unterschiedlich jedoch die Auffassungen von Gleichgewicht sein können, zeigt sich hier in besonderem Maße, denn in Deutschland kann man nach der Überwindung der deutschen und europäischen Teilung von Gleichwertigkeit mit Frankreich sprechen, während genau dieser Zustand in Frankreich als Ungleichgewicht betrachtet und beargwöhnt wird.²⁹⁵ Mitterrand selbst beurteilt die Auflösung der Ordnung Jaltas zweigesichtig:

*„Eine Ordnung ist verschwunden, es war die von Jalta. Sie war unannehmbar, und ich habe sie nie akzeptiert, doch sie war bequem. Alles war von vornherein geregelt. Das Gleichgewicht der Kräfte erlaubte es denen, die die Vorherrschaft innehatten, die der Abhängigkeit von Staaten innewohnenden Probleme in den Hintergrund treten zu lassen. Eine Ordnung ist verschwunden, sie war unannehmbar, doch sie war bequem, und von der Ordnung, die folgen wird, kann man annehmen, wenn sie auf der Achtung der Souveränität der Staaten beruhen wird, daß sie gerechter und dauerhafter sein wird. Doch stelle ich Ihnen die Frage: Wird sie nicht schwieriger und auf eine gewisse Art gefährlicher sein?“*²⁹⁶

²⁹³ Guérin-Sendelbach, Valérie, Frankreich und das vereinigte Deutschland. Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld, Opladen 1999, S. 54.

²⁹⁴ Bruck, Elke 1996, S. 614.

²⁹⁵ Vgl. Kolboom, Ingo, Dialog mit Bauchgrimmen? Die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen, in: Europa-Archiv 49/1994 9, S. 259 und Picht, Robert, Deutsch-französische Beziehungen nach dem Fall der Mauer: Angst vor „Großdeutschland“? in: Integration 13/1990 2, S. 49.

²⁹⁶ Mitterrand, François, Ansprache des französischen Staatspräsidenten, François Mitterrand, am 11. April 1991 auf der Abschlußveranstaltung eines von der Kriegsschule in Paris veranstalteten

Die Überwindung der Ordnung von Jalta bzw. das Ende des Kalten Krieges bringt eine weitere französische „Europa-Idee“ wieder ans Licht, die aus Zeiten de Gaulles bereits bekannt ist – die Idee eines „europäischen Europas“, also die Zurückdrängung Amerikas vom europäischen Kontinent und der Aufbau einer autonomen europäischen Verteidigungsstruktur unter französischer Führung. In den Augen Frankreichs entbehrt die Präsenz Amerikas in Europa nun noch stärker der Rechtfertigung als sie es in den vergangenen Jahrzehnten tat.²⁹⁷ Doch auch diese Idee einer europäischen Verteidigungsidentität offenbart zunächst einen Widerspruch, denn auf der einen Seite fördert Frankreich diese gemeinschaftlich europäische Initiative, aber auf der anderen Seite weicht es auch nicht von seiner nationalen „force de frappe“ ab.²⁹⁸ In der Forschung wird dies in der Regel damit erklärt, dass Mitterrand zwar von der zentralen Rolle Frankreichs in Europa überzeugt ist²⁹⁹ und die Umsetzung dieses Anliegens zumindest die zweite Etappe seiner Präsidentschaft bestimmt,³⁰⁰ er jedoch dazu – schon ähnlich wie de Gaulle – Deutschland bzw. die Europäische Gemeinschaft insgesamt als Machtbasis braucht.³⁰¹ Und um es mit den Worten Elizabeth Ponds auszudrücken, sei es ein alter gaullistischer Traum gewesen, dass „Frankreich als Hirn die wirtschaftlichen Muskeln Deutschlands“³⁰² steuert.

Aus einem gemeinsamen deutsch-französischen Papier vom 4. Februar 1991 wird auch deutlich, dass sich Frankreich gegen die Vorstellung der WEU als direkter Verbindungslinie zwischen EG und NATO oder gar als Unterabteilung der atlantischen Allianz wehrt, sondern höchstens eine „organische Beziehung“ duldet:

Forums (Auszüge zu den Ost-West-Beziehungen und der künftigen Sicherheitspolitik), in: Europa-Archiv D46/1991 10, S. 252.

²⁹⁷ Vgl. Manfrass-Sirjacques, Françoise, Ein neues Deutschland in einem neuen Europa. Die französische Perspektive, in: Studien zur Internationalen Politik, hrsg. vom Institut für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr Hamburg 2/1998, S. 20 u. 32.

²⁹⁸ Vgl. Kimmel, Adolf 1992, S. 44.

²⁹⁹ Vgl. Haywood, Elizabeth, The European Policy of François Mitterrand, in: Journal of Common Market Studies 31/1993 2, S. 270.

³⁰⁰ Vgl. Clark, Alain, François Mitterrand and the Idea of Europe, in: Nelson, Brian/Roberts, David/Veit, Walter, The Idea of Europe. Problems of National and Transnational Identity, New York/Oxford 1992, S. 153.

³⁰¹ Vgl. Kimmel, Adolf 1992, S. 44 und Manfrass-Sirjacques, Françoise 1998, S. 32.

³⁰² Pond, Elizabeth 2000, S. 62.

„Eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität sollte im Ausbau eines europäischen Pfeilers der Allianz zum Ausdruck kommen. Die Arbeiten der WEU werden in einer Weise ausgerichtet, daß sich eine organische Beziehung zwischen der Politischen Union und der WEU entwickelt, um die WEU in die Lage zu versetzen, zunehmend die gemeinsame Sicherheitspolitik für die Politische Union, deren Teil sie werden soll, zu erarbeiten.“³⁰³

Auf deutscher Seite legt man jedoch großen Wert auf die Freundschaft mit den USA und sieht sich als deren erster Partner in Europa, was durch die Annahme des Angebotes vom amerikanischen Präsidenten Bush deutlich wird, eine „partnership in leadership“ aufzubauen.³⁰⁴ So Helmut Kohl im Februar 1990:

„Die Bundesrepublik Deutschland steht unverbrüchlich zur Atlantischen Allianz, zur Gemeinschaft der freiheitlichen Demokratie, deren Werte wir teilen und die unsere Sicherheit verbürgt. (...) Eckstein dieses Bündnisses ist und bleibt für uns die Freundschaft mit den USA. Wir nehmen die Einladung Präsident Bushs zur Partnerschaft in der Führungsrolle als ernste Verpflichtung wahr. Wir befürworten engste Abstimmung zwischen USA und Europäischer Gemeinschaft.“³⁰⁵

Die Rolle Deutschlands in Europa definiert sich demzufolge also nicht über die Führungsmacht in Europa selbst, sondern indirekt über die Vereinigten Staaten. Was die Führung in Europa angeht, so legt Kohl wiederholt dar, dass sich Deutschland zusammen mit Frankreich politisch als „Motor der Integration“³⁰⁶

³⁰³ Gemeinsames deutsch-französisches Papier vom 4.2.1991, in: Dokumente/Documents/Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hrsg.) 1993, S. 115. Vgl. dazu auch Hoffmann, Stanley, French Dilemmas and Strategies in the New Europe, in: Keohane, Robert O./Nye, Joseph S./Ders. (Hrsg.), After the Cold War. International Institutions and State Strategies in Europe, 1989-1991, Cambridge/London 1993, S. 139.

³⁰⁴ Vgl. Wallace, William, Deutschlands zentrale Rolle: Ein Versuch, die europäische Frage neu zu definieren, in: Integration 13/1990 1, S. 17.

³⁰⁵ Kohl, Helmut, Europa – Die Zukunft aller Deutschen. Rede vom 3. Februar 1990, gehalten auf dem World Economic Forum in Davos, in: Kohl, Helmut 1992 (I), S. 406.

³⁰⁶ Ebd., S. 408.

oder als „treibende Kraft“³⁰⁷ verstehe, wirtschaftlich gesehen hält er indes allein Deutschland für diese Kraft, wie in seiner Rede vom 13. März 1991 deutlich wird:

*„Wir können also mit voller Berechtigung sagen, daß Deutschland dank dem Vereinigungsprozeß die europäische Konjunkturlokomotive ist, die verhindert, daß der europäische Zug nicht allzu stark abgebremst wird.“*³⁰⁸

Und noch eine neue Rolle komme Deutschland seit der Überwindung der deutschen und europäischen Teilung zu, und zwar stehe Deutschland als im Herzen Europas gelegener Staat auch in einer besonderen Verantwortung zu den Mittel-, Ost- und Südosteuropäischen Staaten:

*„Europa hört nicht an Oder und Neiße auf. Auch die Menschen in Mittel- Ost- und Südosteuropa brauchen eine klare europäische Perspektive. Das geeinte Deutschland sieht sich aufgrund seiner geographischen Lage im Herzen Europas, aber auch vor dem Hintergrund unserer Geschichte hier in einer besonderen Verantwortung.“*³⁰⁹

Damit erweist sich die Europa-Idee Kohls im Gegensatz zu der Idee Adenauers zum einen als weitreichender.³¹⁰ Zum anderen wird sichtbar, dass er Deutschland als „Teil des europäischen Integrationssystems [ansieht] und die Erweiterung des Integrationssystems als passende Antwort auf die noch ungelösten ordnungspolitischen Probleme (z. B. Osteuropas) betrachtet“.³¹¹

³⁰⁷ Kohl, Helmut, Deutschlands Einheit vollenden – Die Einheit Europas gestalten – Dem Frieden der Welt dienen. Regierungspolitik 1991-1994. Regierungserklärung zur 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, 30. Januar 1991, in: Kohl, Helmut 1992 (II), S. 789.

³⁰⁸ Kohl, Helmut, „...Solidarität und Bereitschaft zur Verantwortung“. Die Rolle Deutschlands in Europa. Vortrag vom 13. März 1991 anlässlich der Eröffnung der zweiten Tagung des „Forum für Deutschland“ in Berlin, in: Kohl, Helmut 1992 (II), S. 809.

³⁰⁹ Kohl, Helmut, Die innere Einheit stärken, die europäische Einigung vollenden. Beitrag zum Handelsblatt, 31. Oktober 1990, in: Kohl, Helmut 1992 (II), S. 740.

³¹⁰ Vgl. Paterson, William E., Helmut Kohl, 'The Vision Thing' and Escaping the Semi-Sovereignty Trap, in: German Politics 7/1998, S. 28.

³¹¹ Kohler-Koch, Beate, Bundeskanzler Kohl – Baumeister Europas? Randbemerkungen zu einem zentralen Thema, in: Wewer, Göttrik (Hrsg.), Bilanz der Ära Kohl, Opladen 1998, S. 297.

Der zweite in dieser Vorstudie genauer untersuchte Teilaspekt der sehr allgemein gefassten „Europa-Idee“ ist die Idee von der Gestalt bzw. der Finalität Europas, mit dessen Analyse sich der folgende Abschnitt beschäftigen wird.

Untersucht man die Äußerungen Mitterrands, so stellen sich im Wesentlichen drei Begriffe heraus, die Mitterrand wiederholt verwendet, um seine Idee von der Gestalt Europas kundzutun. Es handelt sich dabei um den Begriff der „Vereinigten Staaten von Europa“³¹², des „gemeinsamen Hauses Europa“ und der „Europäischen Konföderation“. Ersterer ist sicherlich der „älteste“ Begriff, da er bereits nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges von Churchill geprägt wurde und von Kohl, wie später noch zu sehen sein wird, auch immer wieder aufgegriffen wird. Die „Vereinigten Staaten von Europa“ drücken nicht nur den Gegensatz zu den „Vereinigten Staaten von Amerika“ aus, sie spiegeln auch Mitterrands Verständnis eines geeinten und starken Europas wider, mit dem er – wie bereits deutlich wurde – Frankreichs Rolle und Rang in der Welt wiederherzustellen hofft. Der zweite Begriff, die Metapher des „gemeinsamen Hauses Europa“ – vom sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow geprägt – taucht lange Zeit in nahezu allen Reden europäischer Staatsmänner auf; Mitterrand benutzt dieses Bild ebenfalls, um auszudrücken, dass Europa weit größer ist als die Europäische Gemeinschaft und dass somit auch die Sowjetunion ihren Platz in Europa habe. Einige Monate vor dem Fall der Berliner Mauer formuliert Mitterrand dies folgendermaßen:

„Europa, das ist nicht nur die Sowjetunion und Frankreich; wir sind nur wenige der zahlreichen zukünftigen Miteigentümer des gemeinsamen Hauses.“³¹³

Mit der Sylvesteransprache des französischen Präsidenten vom Jahre 1989 wird dieses Metapher durch einen konkreten Begriff ersetzt – die „Europäische

³¹² Vgl. Clark, Alan 1992, S. 156.

³¹³ Mitterrand, François in *Le Monde*, 7. Juli 1989, S. 3, zitiert in: Kolboom, Ingo, Vom „Gemeinsamen Haus Europa“ zur „Europäischen Konföderation“ – François Mitterrand und die europäische Neuordnung 1986-1990, in: *Sowi* 19/1990 4, S. 242.

Konföderation“. Allerdings wird dieser Begriff anfangs nicht mit Inhalt gefüllt, war „no more than a vague idea“³¹⁴, was Mitterrand später auch selbst eingesteht:

*„Der Name bedeutet ehrlich gesagt nicht viel, (...). Ich habe den Begriff Konföderation benutzt, weil er den geringsten juristischen Inhalt hat.“*³¹⁵

Diese vage Idee konkretisiert sich jedoch im Laufe der Zeit, im Juli 1990 spricht Mitterrand davon, dass sein Ziel in erster Linie sei, aus ganz Europa einen einzigen Raum zu machen mit einem gemeinsamen Markt und einem starken Kern, der gemeinsame politische Entscheidungen steuern kann. Frankreich soll dabei folgende Funktion zukommen:

*„Und innerhalb der Europäischen Gemeinschaft soll Frankreich ein Modell für die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt sein.“*³¹⁶

Dabei betont Mitterrand gleichwohl, dass die nationalen Eigenheiten der Staaten und ihre Souveränität bestehen bleiben,³¹⁷ was ihm den Vorwurf, er sei ebenso wie de Gaulle ein Gegner supranationaler Institutionen und die Titel „socialiste gaullien“³¹⁸ oder „rosa Gaullist“³¹⁹ einbringt.

³¹⁴ Vernet, Daniel, The dilemma of French foreign policy, in: International Affairs 4/1992, S. 660. Jean-Michel Casa behauptet in diesem Zusammenhang, dass die Debatte zwischen föderalistischen, funktionalistischen und intergouvernementalen Konzeptionen ohnehin müßig sei; Mitterrand habe sich diese Art Fragen nie gestellt. Dies lässt aber dann immerhin die Frage offen, warum über Jahre hinweg der Begriff „confédération“ die Reden nahezu aller französischen Politiker geprägt hat. Vgl.: Casa, Jean-Michel, François Mitterrand et la construction européenne, in: Cohen, Samy (Dir.), Mitterrand et la sortie de la guerre froide, Paris 1998, S. 149.

³¹⁵ Mitterrand, François, Ansprache des französischen Staatspräsidenten, François Mitterrand, auf der Schlußsitzung der Tagung zur Europäischen Konföderation in Prag am 14. Juni 1991, in: Europa-Archiv D46/1991 15-16, S. 392. Vgl. zur Idee der Konföderation Weisenfeld, Ernst, Mitterrands Europäische Konföderation. Eine Idee im Spannungsfeld der Realitäten, in: Europa-Archiv 46/1991 17, S. 514.

³¹⁶ Mitterrand, François, Fernsehinterview des französischen Staatspräsidenten, François Mitterrand, zur Sicherheitspolitik vom 14. Juli 1990, in: Europa-Archiv D46/1991 6, S. 147.

³¹⁷ Vgl. Mitterrand, François, 14. Juni 1991, S. 393.

³¹⁸ Bender, Karl-Heinz, Mitterrand und die Deutschen (1938-1995) oder die Wiedervereinigung der Karolinger, Bonn 1995, S. 50.

³¹⁹ Kolboom, Ingo, Charles de Gaulle und ein deutsch-französisches Mißverständnis über Nation und Europa, in: Loth, Wilfried/Picht, Robert (Hrsg.), De Gaulle, Deutschland und Europa, Opladen 1991, S. 146.

Auch in Helmut Kohls Reden entdeckt man häufig die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“, aber in diesem Zusammenhang auch ebenso häufig die Idee der Föderation; es kann also durchaus sein, dass Mitterrand und Kohl denselben Begriff – in diesem Fall den der Vereinigten Staaten von Europa – verwenden, über die Auslegung des Begriffes jedoch unterschiedlicher Meinung sind.³²⁰ So sagt Kohl kurz nach dem Fall der Berliner Mauer:

„Im freien Teil unseres Kontinents bewegen wir uns mit großen Schritten auf die Europäische Union zu. Unser Fernziel sind die ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ als europäischer Bundesstaat.“³²¹

Dieses Ziel wiederholt Kohl bei nahezu jeder Gelegenheit, betont immer wieder die Notwendigkeit der Einheit Europas³²² und nennt den europäischen Binnenmarkt, der bis zum 31. Dezember 1992 vollendet werden soll, lediglich eine „Zwischenstation“ in Richtung EU, die er auch hin und wieder mit den „Vereinigten Staaten von Europa“ gleichsetzt.³²³ Im oben angeführten Zitat wird allerdings schon deutlich, was ihn von Mitterrand unterscheidet, denn hier ist die Rede von einem Bundesstaat, der in Mitterrands Reden jeglicher Erwähnung entbehrt. Noch deutlicher spricht Kohl an anderer Stelle von einem föderalen Europa³²⁴ und davon, „dass der Weg nach Europa nur ein Weg des Föderalismus sein kann“,³²⁵ was auch bei Kohl nicht heißt, dass er damit nationale Eigenheiten

³²⁰ Wewer betont in diesem Zusammenhang, dass zwischen den Begriffen der Föderation und der Konföderation die Übergänge in der Praxis oft fließend gewesen seien, vgl. Wewer, Göttrik, Vom Zehn-Punkte-Plan des Kanzlers zur Anschluß-Diskussion – die deutsche Frage, alliierte Vorbehaltsrechte und gesamteuropäische Friedensordnung, in: *Gegenwartskunde* 39/1990 1, S. 8.

³²¹ Kohl, Helmut, Vierzig Jahre Arbeit für Deutschland. Die deutschen Heimatvertriebenen. Rede anlässlich des „Tages der deutschen Heimatvertriebenen“ am 21. Oktober 1989 in Bonn, in: Kohl, Helmut 1992 (I), S. 184.

³²² Kohl, Helmut, „...im Zeichen von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie“. Aufgaben deutscher Politik in den neunziger Jahren. Vortrag vom 20. Mai 1991, gehalten auf Einladung von Atlantic Council, Georgetown University, Center for Strategic and International Studies und American Institute for Contemporary German Studies in Washington, in: Kohl, Helmut 1992 (II), S. 897.

³²³ Kohl, Helmut, Die Erfüllung eines geschichtlichen Auftrags. Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Oktober 1990, in: Kohl, Helmut 1992 (II), S. 657.

³²⁴ Vgl. Kohl, Helmut, „...für die Bürger der – sich ausweitenden – Europäischen Gemeinschaft“. Regierungserklärung zum Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der NATO in Rom sowie zur EG-Konferenz in Maastricht, 6. November 1991, in: Kohl, Helmut (II), S. 1094.

³²⁵ Kohl, Helmut, Europäische Gemeinschaft als Konstante der gesamteuropäischen Entwicklung. Rede vor der Industrie- und Handelskammer Nordschwarzwald am 5. Dezember 1989, in: Kohl, Helmut (I), S. 330.

aufzugeben gedenkt.³²⁶ Wie bereits in dem Abschnitt über die Rolle Deutschlands in Europa deutlich wurde, ist für Kohl Europa viel größer als die EG – auch das versteht er mehr noch als Mitterrand unter den „Vereinigten Staaten von Europa“, wie er auch schon vor dem Fall der Mauer bekräftigt:

„Aber ich habe auch nie einen Zweifel daran gelassen, daß dieses Europa der Europäischen Gemeinschaft letztlich nur ein Torso ist. Wir dürfen es niemals mit dem ganzen Europa gleichsetzen.“³²⁷

Im folgenden Fazit werden nun die Ergebnisse dieser zweiten Vorstudie zusammengefasst, und es wird geprüft, ob sich etwaige Anzeichen von Kontinuität und Wandel in Relation zur ersten Vorstudie ausmachen lassen.

3.2.4 Fazit

Als Ergebnis dieser zweiten Vorstudie kann wieder eine gegenläufige Tendenz in den Ideen Deutschlands und Frankreichs festgestellt werden, die sich allerdings anders ausprägt als zu Zeiten de Gaulles und Adenauers. Ist de Gaulle noch überzeugt von der Einzigartigkeit der französischen Nation und vergleicht sie in mythisch-verklärender Weise mit einem Lebewesen, so behandelt Mitterrand die Nation schon weitaus nüchterner und warnt sogar vor übersteigertem Nationalgefühl. Er setzt die Nation nicht in gleicher Weise wie de Gaulle als absoluten Wert. Trotzdem kann Mitterrand sich nicht ganz von der „grandeur“ Frankreichs trennen, betont immer wieder die Rolle und den Rang, die Frankreichs Staatsnation in der Welt innehat und lässt Besorgnis spüren, wenn diese Rolle in Gefahr scheint.³²⁸ Daher scheinen unter anderem auch die Reaktionen Frankreichs auf die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten

³²⁶ Vgl. Kohl, Helmut, Vierzig Jahre Arbeit für Deutschland. Die deutschen Heimatvertriebenen. Rede anlässlich des „Tages der deutschen Heimatvertriebenen“ am 21. Oktober 1989 in Bonn, in: Kohl, Helmut 1992 (I), S. 185.

³²⁷ Kohl, Helmut, Erfahrungen aus der Geschichte als Chance für mehr Freiheit und Frieden in Europa. Begrüßungsansprache anlässlich eines Empfanges zu Ehren der Teilnehmer des Historikerkongresses am 22. August 1989 im Berliner Reichstagsgebäude, in: Kohl, Helmut 1992 (I), S. 145.

³²⁸ Vgl. zur Ambivalenz zwischen nationaler Unabhängigkeit und europäischer Integration Schrader, Lutz 1993, S. 39.

und das Vorpreschen Deutschlands in der Frage der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens plausibel.

In Deutschland versucht man sich zur selben Zeit vom negativen Beigeschmack der Nation zu lösen und strebt eine „Normalisierung“ Deutschlands an, das heißt in diesem Zusammenhang, sich einen ebensolchen Patriotismus anzueignen, wie er in anderen europäischen Ländern gang und gäbe ist. Aber auch hier gelingt es nicht vollkommen, sich von der Vergangenheit zu lösen. Wenn Kohl von der Nation und der staatlichen Einheit spricht, fügt er beinahe jedes Mal rechtfertigend hinzu, dass mit der Freude über die vereinte Nation bzw. den vereinten Staat kein Nationalismus einhergehe. Die Begriffe des „Verfassungspatriotismus“ und des „Währungspatriotismus“ beschreiben die Lage hier sehr passend. In Frankreich will man sich also von alten Dogmen nationalstaatlichen Denkens lösen, fällt aber trotzdem immer wieder in diese zurück, und in Deutschland will man zu Selbstbewusstsein hinsichtlich der vereinten Nation und des vereinten Staates gelangen, wird aber ebenfalls von der eigenen Vergangenheit eingeholt.

Was die Europa-Ideen in Deutschland und Frankreich angeht, so sehen sich sowohl Kohl als auch Mitterrand „in der Tradition europäischer Gründungsväter. Kohl lobt Mitterrand als einen würdigen Nachfolger Robert Schumans. Mitterrand gibt dieses Lob zurück und rühmt Kohl als getreuen Schüler Adenauers“³²⁹. Bedenkt man jedoch, dass sowohl das Gleichgewichtsdenken, als auch die Idee eines „europäischen Europas“ und die Überzeugung einer zentralen Rolle Frankreichs in Europa in Mitterrands wie in de Gaulles Gedankengut einen deutlichen Schwerpunkt einnehmen, scheint Mitterrand nicht nur ein Nachfolger Schumans, sondern auch de Gaulles³³⁰, was er – wie im Folgenden offensichtlich wird – nicht gerne zugibt:

³²⁹ Bender, Karl-Heinz 1995, S. 94.

³³⁰ Vgl. zur Kontinuität in der französischen Außenpolitik Kolboom, Ingo, Frankreich in der Welt oder: der letzte Mohikaner in Europa? in: Frankreich-Jahrbuch 1989, S. 29-30. Vgl. aber auch Hassner, der die „Nuancen“ zwischen Mitterrand und de Gaulle herauszufinden versucht: Hassner, Pierre 1998, S. 456.

„De Gaulle, c’était un grand homme. Mais je n’ai pas besoin de son képi. Quand il fait froid, j’ai mon chapeau. Pour dire vrai, dans les actes de ma vie politique d’aujourd’hui, je n’y pense jamais.“³³¹

Im direkten Vergleich mit Kohl ist Mitterrand weniger bereit, die Europäische Gemeinschaft (z. B. nach Osten) zu öffnen und auch weniger bereit, nationale Entscheidungsbefugnisse abzugeben, wodurch die Verhandlungspositionen in der Frage der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität oder der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) verständlich werden. Während Frankreich für sich selbst die zentrale Rolle in Europa beansprucht, ohne dies näher zu spezifizieren, hält Deutschland sich für das wirtschaftliche Zentrum Europas und zusammen mit Frankreich für die Motoren der europäischen Integration. Im Hinblick auf die transatlantischen Beziehungen nimmt Deutschland das Angebot Bushs an, erster Ansprechpartner in Europa zu sein und nimmt Frankreich somit einen Teil seiner politisch definierten Führungsrolle in Europa. In einem sind sich Mitterrand und Kohl allerdings – zumindest sprachlich – einig:

*„La France est notre Patrie, l’Europe est notre avenir“³³² –
„Deutschland ist unser Vaterland, Europa unsere Zukunft“³³³*

In der nun folgenden Hauptstudie werden französische und deutsche Ideen von Staat, Nation und Europa in den Jahren 1999 und 2000 analysiert, verglichen und auf ihre Komplementarität hin untersucht.

³³¹ Mitterrand, François, Paris-Match, 22. April 1988, in: Martin-Roland, Michel 1995, S. 98.

³³² François Mitterrand am 7. April 1988 in seinem „Lettre à tous les Français“, in: Martin-Roland, Michel 1995, S. 130.

³³³ Kohl, Helmut, „Deutschlands Einheit vollenden – Die Einheit Europas gestalten – Dem Frieden der Welt dienen“. Regierungspolitik 1991-1994. Regierungserklärung zur 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, 30. Januar 1991, in: Kohl, Helmut 1992 (II), S. 789.

3.3 Mai 1999 – Dezember 2000. Vom Inkrafttreten der Amsterdamer Verträge zum Europäischen Gipfel in Nizza

3.3.1 Einordnung in den historischen Kontext – Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer

Nach der Einigung auf die Maastrichter Verträge im Dezember 1991 gerät Europa in eine ernsthafte Krise und erlebt „die schwerste Rezession seit den dreißiger Jahren“³³⁴. Zwar unterzeichnen die Außen- und Finanzminister der Mitgliedstaaten im Februar 1992 den Vertrag über die Europäische Union, seine Ratifizierung gestaltet sich hingegen mühsam, und bis zum Inkrafttreten des Vertrages sollten noch mehr als anderthalb Jahre vergehen. Dänemark gelingt erst im zweiten Anlauf die Ratifizierung³³⁵, die französische Bevölkerung spricht sich in einem Volksentscheid im September 1992 nur sehr knapp für den Vertrag aus³³⁶, und Deutschland – obgleich einer der engagiertesten Befürworter des Vertrages – beschließt erst im Dezember 1992 seine Ratifizierung.³³⁷ Zur europapolitischen Krise gesellt sich in den meisten Mitgliedstaaten eine innenpolitische: Frankreich scheint durch die Kohabitation, in der Staatspräsident François Mitterrand seit März 1993 mit Premierminister Edouard Balladur regiert, gelähmt, und in Deutschland wird bereits die erste Ernüchterung angesichts der deutschen Einheit offensichtlich, gefördert durch die Erkenntnis, dass die soziale und wirtschaftliche Vereinigung doch schwieriger und teurer wird als zuvor vermutet.³³⁸

Das Jahr 1994 setzt der „Europa-Müdigkeit“ jedoch zunächst ein Ende: Im März kommt der vom Maastrichter Vertrag ins Leben gerufene „Ausschuss der

³³⁴ Pond, Elizabeth 2000, S. 74.

³³⁵ Anfang Juni 1992 stimmt Dänemark in einem Referendum gegen die Ratifizierung, bevor es sich bei der zweiten Volksabstimmung im Mai 1993 für eine Ratifizierung ausspricht.

³³⁶ Bei 30,31% Stimmenthaltung votieren 48,96% gegen den Vertrag über die Europäische Union und 51,04% dafür. Der Volksentscheid über die Europäische Union fällt somit im Vergleich zu den anderen fünf Volksentscheiden seit 1959 am knappsten aus. Vgl. Kempf, Udo, Von de Gaulle bis Chirac. Das politische System Frankreichs. 3., neubearbeitete und erweiterte Auflage, Opladen 1997, S. 51.

³³⁷ Die Dauer der Ratifizierung ist auf den Widerstand zweier Richter des Bundesverfassungsgerichtes zurückzuführen.

³³⁸ Vgl. Pond, Elizabeth 2000, S. 76.

Regionen“ (AdR) zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen, drei Monate später spricht Österreich sich für den Beitritt zur EU aus, es folgen im Oktober Finnland und im November Schweden.³³⁹ Allein Norwegen entscheidet sich in einer Volksabstimmung gegen einen Beitritt. Außerdem regen deutsche und französische Konzepte Debatten über die Zukunft der Europäischen Union an. Während das nach ihren Urhebern benannte „Schäuble-Lamers-Papier“ ein Konzept der variablen Geometrie entwirft und die drei Benelux-Länder, Deutschland und Frankreich als fester Kern Europas die Währungsunion bilden und sich intensiver um eine gemeinsame Verteidigungspolitik kümmern sollen³⁴⁰, sieht das von Premierminister Balladur initiierte „Europa der konzentrischen Kreise“ drei verschiedene Integrationsstufen vor.³⁴¹ Im Gegensatz zum französischen Konzept werden im deutschen jedoch bereits konkret Mitgliedstaaten benannt, die zum engsten Kreis der Europäischen Union gehören sollen, was bei nahezu allen anderen EU-Partnern auf heftige Kritik stößt. Vor allem Italien als Gründungsmitglied der EU sieht sich übergangen, und Frankreich stört sich am föderalen Ansatz des deutschen Konzeptes, das mit französischen Traditionen nicht kompatibel scheint.

Bis zur Konferenz des Europäischen Rates in Amsterdam 1997 rücken die Angelegenheiten der Europäischen Union wieder eher in den Hintergrund politischer Aktivität der Mitgliedstaaten – mit Ausnahme des Schengener Abkommens, das im März 1995 zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal und Spanien geschlossen wird³⁴² und der Unterzeichnung des Europol-Übereinkommens im August 1995.³⁴³ „Amsterdam“ markiert dann jedoch eine neue Etappe auf dem Weg zur europäischen Einigung – was nicht allein an der Dauer der Verhandlungen festzumachen ist, die sich von Juni 1997, der Tagung des Europäischen Rates in Amsterdam, bis Mai 1999, dem Inkrafttreten der sogenannten Amsterdamer Verträge, erstrecken.

³³⁹ Österreich, Finnland und Schweden treten am 1. Januar 1995 der EU bei.

³⁴⁰ Vgl. Guérin-Sendelbach, Valérie 1999, S. 206f.

³⁴¹ Vgl. Woyke, Wichard, Deutsch-Französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem fasst wieder Tritt, Opladen 2000, S. 59.

³⁴² Österreich unterzeichnet das Schengener Abkommen im April 1995, Dänemark, Finnland und Schweden im Dezember 1996.

³⁴³ Vgl. Europäische Union, Die Geschichte der Europäischen Union, http://www.europa.eu.int/abc/history/1995/1995_de.html [30.05.2001].

Die Ziele des Amsterdamer Vertrages, nämlich „to create the political and institutional conditions to enable the European Union to meet the challenges of the future such as the rapid evolution of the international situation, the globalisation of the economy and its impact on jobs, the fight against terrorism, international crime and drug trafficking, ecological problems and threats to public health“³⁴⁴ sind hoch gesteckt und bedürfen grundlegender Reformen: Kommission und Rat sollen modernisiert, die Stimmengewichtung revidiert, die Effektivität europäischer Entscheidungen gewährleistet und die Zusammenarbeit in der Außen-, Innen- und Rechtspolitik formal geregelt werden. Gemessen an den Zielen sind die Ergebnisse des Vertrages nicht zufriedenstellend; nur die Mehrheitsentscheidungen werden unwesentlich ausgedehnt und die prinzipielle Vergemeinschaftung der Innen- und Rechtspolitik innerhalb von fünf Jahren entschieden.³⁴⁵ Die restlichen Ziele bzw. Reformen bleiben ungeklärt und tragen fortan den Namen „left-overs“ oder „Restposten“ von Amsterdam.³⁴⁶ Trotzdem wird der Vertrag im Oktober 1997 von allen Außenministern der Mitgliedstaaten unterzeichnet und tritt am 1. Mai 1999 – nach der offiziellen Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung³⁴⁷ und der Einigung auf die Agenda 2000³⁴⁸ – in Kraft.

Inzwischen haben sich sowohl in Frankreich als auch in Deutschland neue Regierungen gebildet. Seitdem Staatspräsident Jacques Chirac im April 1997 die Nationalversammlung aufgelöst hat und die Linkskoalition – bestehend aus Sozialisten, Radikalsozialisten, Kommunisten, Grünen und Linksozialisten – bei den vorgezogenen Neuwahlen überraschend die Wahl gewonnen haben, „teilen“ sich Premierminister Lionel Jospin und Staatspräsident Jacques Chirac die Regierung. In Deutschland wird Helmut Kohl nach sechzehn Jahren 1998 als Bundeskanzler von Gerhard Schröder abgelöst. Neuer Außenminister wird der Grünen-Politiker Joschka Fischer.

³⁴⁴ European Commission, *The Amsterdam Treaty. A comprehensive guide*, Brüssel 1999, S. 5.

³⁴⁵ Vgl. Pond, Elizabeth 2000, S. 247.

³⁴⁶ Vgl. Balmer, Rudolf 2001.

³⁴⁷ Am 1. Januar 1999 führen Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien den Euro als offizielle Währung ein.

³⁴⁸ Auf dem Europäischen Gipfel in Berlin im März 1999 wird eine Einigung über die Agenda 2000 erzielt. Sie enthält Bestimmungen über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), der Strukturpolitik, Empfehlungen zur Erweiterung und zum finanziellen Rahmen der EU. Vgl. European Commission, *Glossary. Institutions, policies and enlargement of the European Union*, Brüssel 2000, S. 6.

In der nun folgenden Analyse französischer und deutscher Ideen von Staat, Nation und Europa wurden auf deutscher Seite Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer, auf französischer Seite aufgrund der Kohabitation Staatspräsident Jacques Chirac und Premierminister Lionel Jospin und außerdem Außenminister Hubert Védrine als „Sprachrohre“ der Europapolitik und daher als am besten geeignete Akteure ausgewählt.³⁴⁹

3.3.2 Ideen von Staat und Nation in Deutschland und Frankreich

Bei der Beschäftigung mit deutschen und französischen Ideen vom Staat und der Nation stellen sich vier Aspekte heraus, die die Diskurse inhaltlich bestimmen. Es handelt sich dabei erstens um das generelle Wesen des Staates und der Nation, zweitens um Identitätsmerkmale vom Staat und der Nation, das heißt, um die Frage, worüber Deutschland und Frankreich sich und ihre Nationen definieren und identifizieren. Es geht ferner um die Frage, welche Bedeutung Nation und Staat gegenwärtig und zukünftig zukommen – sowohl national als auch international betrachtet. Die gegenseitige Wahrnehmung des anderen bildet schließlich den vierten Aspekt.

3.3.2.1 *Über das Wesen des Staates und der Nation*

Selten wurde die Frage, wie die Deutschen mit ihrer Nation umgehen und was sie als Wesen ihrer Nation definieren so klar und deutlich beantwortet wie im Streitgespräch zwischen dem deutschen Außenminister Joschka Fischer und dem damaligen französischen Innenminister Jean-Pierre Chevènement. Die Debatte – entfacht aufgrund des Vorwurfs Chevènements, Deutschlands träume noch immer vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und habe sich noch nicht von der Entgleisung des Nationalsozialismus erholt – erhitzte auf beiden Seiten des

³⁴⁹ Zur Begründung dieser Auswahl s. 2.2. Der französische Europaminister wird aus zwei Gründen nicht zur Analyse herangezogen: Erstens äußert er sich spärlich und nur gegen Ende dieser Studie zu den hier untersuchten Ideen und ist somit für die Analyse nicht sehr „ergiebig“. Zweitens sollte in beiden Ländern „Gleiches mit Gleichem“ verglichen werden. Da es in Deutschland das Amt des Europaministers aber nicht gibt, wäre diese einheitliche Vergleichsgrundlage nicht gegeben gewesen.

Rheins zumindest die Gemüter der Politiker und wurde sowohl in der deutschen Wochenzeitung DIE ZEIT als auch in der französischen Tageszeitung LE MONDE vollständig abgedruckt.³⁵⁰ Fischer behauptet darin, dass die Deutschen nunmehr „genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen“³⁵¹ seien, und dass „die ganze Debatte, ob wir ein gebrochenes Verhältnis zum Nationalstaat haben“³⁵² beendet werden könne. Er geht außerdem auf den wesenseigenen Unterschied zwischen deutscher und französischer Nation ein und stellt somit direkt die Verbindung zum Staat her, indem er hinzufügt, dass es in Deutschland einen deutlichen Unterschied zwischen Nation und Nationalstaat gebe, während „das Besondere an der französischen modernen Identität (...) die Verbindung von Nation und Staat“³⁵³ sei. Diesen Aspekt der Abgrenzung von Nation und Nationalstaat formuliert Gerhard Schröder wenig später folgendermaßen:

„Spätestens mit der nationalen – und internationalen – Katastrophe, in die das Hitler-Regime Deutschland geführt hatte, war klar geworden, dass unser Land seine nationale Identität nur als ‚Kulturnation‘ finden konnte, wie es deutsche Denker seit Johann Gottfried Herder immer wieder angeboten haben. Wir wissen heute besser denn je, dass Hinterpommern, Ostpreußen oder Schlesien, dass Königsberg, Stettin, Breslau und Danzig wie auch das Sudetenland zu unserem historischen und kulturellen Erbe gehören, aber eben nicht zu unserem Staat.“³⁵⁴

Gleichzeitig betont er jedoch, dass Deutschland sich auf dem Weg zu einer selbstbewussten Kulturnation befinde. In diesem Zusammenhang findet sowohl bei Schröder als auch bei Fischer der Begriff der „Normalität“ Erwähnung. Beide weisen darauf hin, dass damit nicht ein Schlussstrich unter die deutsche Vergangenheit gezogen werden soll, sondern das Bewusstsein ausdrückt, seine

³⁵⁰ Hénard, Jacqueline/Vernet, Daniel/De Weck, Roger, Streitgespräch Joschka Fischer contra Jean-Pierre Chevènement, in: DIE ZEIT vom 21.06.2000, 26/2000, S. 13-18.

³⁵¹ Ebd., S. 14.

³⁵² Ebd., S. 14.

³⁵³ Ebd., S. 16.

³⁵⁴ Schröder, Gerhard, Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich des 50. Jahrestages der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am Tag der Heimat am 03.09.2000 in Berlin, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Geschichte zu akzeptieren und mit ihr und der daraus resultierenden Verantwortung zu leben.³⁵⁵

Das Wesen der französischen Nation ist – wie von Fischer bereits bemerkt – von dem des französischen Staates nicht zu trennen. In einem Atemzug nennt Staatspräsident Jacques Chirac die wichtigsten Prinzipien der französischen Staatsnation:

„Pour autant, n’oublions jamais que la France est une et indivisible, et que les principes qui fondent notre République ne sont pas négociables: l’autorité de l’État, l’égalité de tous devant la loi, la défense des libertés, la sécurité de chacun, le respect dû à chaque femme, à chaque homme, la tolérance, la laïcité.“³⁵⁶

Premierminister Lionel Jospin beschreibt die Nation als den Ort, an dem das Herz der Demokratie schlägt und wo sich die Solidarität am stärksten ausdrückt.³⁵⁷ Alle Staatsbürger Frankreichs bilden – anders als in Deutschland – demnach auch die französische Nation³⁵⁸ und um mit Jospins Worten zu reden: „L’Etat, la nation et la langue française se sont bâtis de concert.“³⁵⁹ Verglichen mit de Gaulles und auch Mitterrands Einstellung zur französischen Staatsnation sind bislang wenig oder sogar keine Unterschiede festzustellen; Chiracs Äußerungen zum „notre génie national“³⁶⁰ oder zum „rayonnement de la France“³⁶¹ scheinen durchaus der Vorstellung de Gaulles vom lebendigen Wesen der französischen Nation entlehnt zu sein. Untersucht man allerdings die Haltung Chiracs, Jospins und Védrynes zum Wesen des heutigen französischen Staates, werden deutliche Unterschiede augenfällig. Alle drei stellen fest, dass Frankreich im Begriff ist, sich zu ändern

³⁵⁵ Vgl. Hénard/Vernet/De Weck 2000, S. 18.

³⁵⁶ Chirac, Jacques, Allocution de monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l’occasion de l’inauguration de la statue du Général de Gaulle, Paris, 09.11.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

³⁵⁷ Vgl. Jospin, Lionel, Allocution lors de l’ouverture du colloque „L’identité de l’Europe“, 30.11.2000, <http://www.premier-ministre.gouv.fr/> [21.06.2001].

³⁵⁸ Vgl. Chirac, Jacques, Discours de monsieur Jacques Chirac, Président de la République, aux maires de la Charente, Rouillac, 21.09.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

³⁵⁹ Jospin, Lionel, Intervention à l’occasion de l’installation du Conseil supérieur de la langue française, Paris, 16.11.1999, <http://www.premier-ministre.gouv.fr/> [21.06.2001].

³⁶⁰ Chirac, Jacques 21.09.2000.

³⁶¹ Chirac, Jacques 09.11.2000.

und längst nicht mehr „le pays centralisé de Napoléon“³⁶² ist. So auch Lionel Jospin im Oktober 2000:

*„Pour autant, et contrairement à ce que l'on a longtemps cru, l'Etat unitaire, garant du principe d'égalité et de la cohésion nationale, n'est pas synonyme de centralisation ou d'uniformité. L'unité nationale dépend d'abord de l'attachement des citoyens à un ensemble de valeurs communes.“*³⁶³

Staatspräsident Chirac wird sogar noch deutlicher und fordert mehr Eigenverantwortlichkeit der Bürger, da der Staat weit mehr Aufgaben habe, als den Wohlstand der Nation und das Gleichgewicht der Bezirke zu sichern.³⁶⁴ Trotzdem wird gleichzeitig auch immer die Stärke des Staates betont; der Staat dürfe nicht geschwächt werden, da er gleichsam als „loi égale“³⁶⁵ für alle Franzosen agiere und die soziale Kohäsion und nationale Solidarität beschütze.³⁶⁶ Auch der französische Außenminister Hubert Védrine schreibt in einem Beitrag für die LE MONDE DIPLOMATIQUE, dass er die moderne Glaubensvorstellung, Staaten seien „kalte, undurchsichtige, repressive Ungetüme“ und die Zivilgesellschaft habe Vorrang gegenüber dem Staat, so nicht teilen könne.³⁶⁷ Es scheint, dass zwar die Notwendigkeit einer Dezentralisierung erkannt wurde ebenso wie die Gefahr der Ineffizienz, sollte der Staat weiterhin die Wirtschaft bestimmen, sich diese Erkenntnis jedoch eher auf den wirtschaftlichen Sektor beschränkt, während der Staat politisch und ideologisch weiterhin federführend bleiben und sozusagen als ‚emotionale Stütze‘ die Einheit von Staat und Nation festigen will.

³⁶² Chirac, Jacques, Allocution prononcée par monsieur Jacques Chirac, Président de la République, devant le Bundesverband der Deutschen Industrie, Berlin, 27.06.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

³⁶³ Jospin, Lionel, Discours sur la décentralisation, Lille, 27.10.2000, <http://www.premier-ministre.gouv.fr/> [21.06.2001].

³⁶⁴ Vgl. Chirac, Jacques 21.09.2000.

³⁶⁵ Ebd.

³⁶⁶ Vgl. Jospin, Lionel 27.10.2000.

³⁶⁷ Védrine, Hubert, Neue französische Außenpolitik, in: Le Monde diplomatique, 15.12.2000.

Während also auf französischer Seite der Begriff der „Zivilgesellschaft“ eher gemieden wird, gehört er auf deutscher Seite zu einem der zentralen Konzepte. So fordert Bundeskanzler Gerhard Schröder bereits kurz nach Amtsantritt:

„Wir brauchen neue und bessere Ideen, neue Verfahren, neue Produkte – aber auch einen neuen Umgang mit Problemen. Dabei sollten wir mehr auf den Erfindungsreichtum und die Eigenverantwortung der Bürger setzen, als immer nur zu hoffen, der Staat werde es schon richten.“³⁶⁸

Er betont zwar auch, dass der Staat weiterhin den Anspruch verfolge, Chancengerechtigkeit zu garantieren und sozial Schwache zu unterstützen,³⁶⁹ weist jedoch gleichzeitig darauf hin, dass auch die Etablierung einer Zivilgesellschaft zu Gemeinwohl führe. Es gehe keineswegs darum, den Staat abzuschaffen, sondern vielmehr darum, sowohl einen starken Staat als auch eine starke Zivilgesellschaft aufzubauen, die sich wechselseitig bedingen und die eigene Kompetenzen und auch eigene Aufgaben haben. In einem Aufsatz über die zivile Bürgergesellschaft argumentiert Schröder folgendermaßen:

„Nur ein starker, glaubwürdiger Staat hat übrigens auch die Möglichkeit, das Engagement der wirtschaftlich Mächtigen einzufordern. Aber was ist ein starker, glaubwürdiger Staat? Mit Sicherheit nicht der Staat, der überall ist. Nicht der omnipräsente Staat ist stark, sondern der aktive und aktivierende Staat. [...] Der Staat muss den Wettbewerb der Versicherungen überwachen, [...] Gegenüber der Gesellschaft aber müsste er wohl eher Verhandlungspartner sein [...]“³⁷⁰

³⁶⁸ Schröder, Gerhard, Regierungserklärung abgegeben von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Plenum des Deutschen Bundestages am 16.06.1999 zum Thema „Globalisierung gemeinsam gestalten“, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

³⁶⁹ Vgl. Schröder, Gerhard, Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Stand der deutschen Einheit vor dem Deutschen Bundestag, 11.11.1999 in Berlin, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

³⁷⁰ Schröder, Gerhard, Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft [erschieden in: Die neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte 4/2000], 01.04.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001]. Ulrich Beck kritisiert in diesem Zusammenhang Schröder, „der seine zentrifugale politische Pragmatik mit ‚Zivilgesellschaft‘ zu glätten und zu kitten versucht. ‚Zivilgesellschaft‘ ist also eine echte Wollmilchsau (oder bayerisch gesprochen: ein lebender ‚Wolpertinger‘), also eines jener

Außenminister Fischer befürwortet ebenso das Konzept einer Zivilgesellschaft und stellt ihr Verhältnis zur Demokratie in den Mittelpunkt. Seiner Meinung nach sei die Zivilgesellschaft das „Rückgrat der Demokratie“ und stabilisiere als „Gegengewicht zur staatlichen Macht“ die Demokratie.³⁷¹ Somit kommt dem Staat nicht nur auf wirtschaftlicher, sondern auch auf politischer und gesellschaftlicher Ebene ein – positiv ausgedrückt „offenerer“ und „toleranterer“, kritisch bewertet ein „neoliberaler“ – Charakter zu.

Bevor jedoch beurteilt werden kann, ob sich deutsche und französische Ideen einander angenähert oder voneinander entfernt haben, setzt sich die Analyse mit den folgenden die Diskurse bestimmenden Aspekten fort.

3.3.2.2 Identitätsmerkmale der Nation und des Staates

Für die Evaluierung deutscher und französischer Nation- und Staatsideen ist die Frage, worüber sich beide Staaten definieren bzw. welche Identitätsmerkmale sie ihrer Nation bzw. ihrem Staat zusprechen, unerlässlich. Eine Antwort auf diese Frage kann unter Umständen Aufschluss über Selbstverständnis, Motivationen und auch Selbstbewusstsein des jeweiligen Landes geben. Letzteres meint man deutlich zu erkennen, wenn Gerhard Schröder die Charakteristika der deutschen Nation nennt:

„Geist, Kultur und Sprache sind tragende Säulen einer Identität, die uns hilft, einander zu verstehen und ohne Überheblichkeit ‚gern Deutsche zu sein‘. Wir sollten das ohne übertriebenen Pathos, aber auch ohne quälerischen Selbstzweifel sein.“³⁷²

Begriffswunder, deren Erhaltung man der UNO ans Herz legen sollte.“, Beck, Ulrich, Zivilgesellschaft light? Die Gefahr wächst, dass die Reformidee verwässert wird – oder gar zu einer Parole des Neoliberalismus verkommt, in: Süddeutsche Zeitung vom 23./24.06.2001, S. 15.

³⁷¹ Vgl. Fischer, Joschka, Rede von Bundesminister Fischer bei der Konferenz „Zu einer Gemeinschaft der Demokratien“ in Warschau, 26.06.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

³⁷² Schröder, Gerhard, Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Tag der deutschen Einheit am 3.10.1999 in Wiesbaden, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

In derselben Rede unterstreicht Schröder ferner, dass zur Identität einer Nation auch Emotionen, Freude und Stolz gehörten – Begriffe, die Adenauer und Kohl in dieser Deutlichkeit noch nicht mit der deutschen Nation in Verbindung gebracht hatten und die Einblick in das vielzitierte und ebenso häufig beargwöhnte „neue deutsche Selbstbewusstsein“ gewähren. Geprägt sei die deutsche Nation – laut Schröder – außerdem von der Vielfalt der Kulturen und den regionalen Besonderheiten, und einen „einheitlichen ‚deutschen Nationalcharakter‘ habe es glücklicherweise immer nur in der Karikatur gegeben“.³⁷³ Es sind jedoch nicht nur positive Merkmale Teil der nationalen Identität; gerade in Deutschland wird die Nation auch über die Abgrenzung zur nationalsozialistischen Vergangenheit definiert. Schröder beispielsweise spricht von der „unvergänglichen Scham“ und „unvergesslichen Schande“,³⁷⁴ die der Nationalsozialismus über Deutschland und die Welt gebracht habe. Fischer artikuliert sich folgendermaßen:

„Dieser Schatten wird nicht verblassen. Wie wir uns zu unserer Geschichte stellen, sagt sehr viel über uns aus. Die deutsche Demokratie hat sich und wird sich auch in Zukunft definieren aus dem Gegensatz zum Unrechtsregime des Nationalsozialismus.“³⁷⁵

Daher ist es auch verständlich, dass zum Beispiel die Debatte um die „deutsche Leitkultur“, die seitens einiger CDU-Bundestagsabgordneter Ende letzten Jahres entfacht wurde, sowohl in Deutschland selbst als auch im Ausland auf heftige Kritik stieß. Dass sich die Deutschen der Lehren und der Konsequenzen aus der Vergangenheit bewusst, aber im Vergleich mit anderen Ländern nicht selbstbewusst sind, stellte auch Joschka Fischer fest:

„Zu dieser Debatte um die Leitkultur kann ich Ihnen nur sagen: Nennen Sie mir ein anderes Volk, eine andere Nation in der Europäischen Union oder unter den Beitrittskandidaten, die sich innerlich so schwach fühlt, dass sie es nötig hätte, diese Debatte um

³⁷³ Schröder, Gerhard 11.11.1999.

³⁷⁴ Schröder, Gerhard, Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Festakt am 9.11.1999 im Reichstag, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

³⁷⁵ Fischer, Joschka, Interview mit Bundesminister Fischer zur Fremdenfeindlichkeit in Deutschland [erschienen im Tagesspiegel am 02.08.2000], <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

die Leitkultur zu führen. Sie müssten einmal einen Franzosen fragen, einen Belgier, einen Niederländer, einen Italiener, einen Polen, einen Tschechen!“³⁷⁶

Über die Identität des Staates bzw. zu der Frage, ob die Deutschen sich über ihren Staat definieren, äußern sich Schröder und Fischer nur sehr spärlich. So ist Schröder zwar der Meinung, dass sich der Nationalstaat auch im Gefolge der Globalisierung nicht auflösen werde, gibt jedoch zu Bedenken, dass „die Vorstellung eines möglichst homogenen Staatsgebildes weniger denn je die Identität der Menschen ausmacht“.³⁷⁷

Auf französischer Seite erhält man eine umfassende und deutliche Antwort, was die Identität der französischen Staatsnation ausmacht. Védrine und Jospin zählen dazu in erster Linie die Kultur³⁷⁸ und die Sprache und verweisen darauf, dass die Beibehaltung der französischen Sprache – neben der englischen – als Amtssprache in der EU eines ihrer wichtigsten Anliegen sei. Anhaltspunkte für das bereits legendäre Selbstbewusstsein der Franzosen in Bezug auf ihre Nation und eines ihrer Identitätsmerkmale – ihre Sprache – liefert beispielsweise Premierminister Jospin:

*„La langue française est présente sur les cinq continents. Plus de cent dix millions d’hommes et de femmes la parlent. [...] Pour que notre langue vive avec son temps. Pour qu’elle s’affirme dans la diversité: langue de la République, le français ne perdra ni droit, ni force, ni fonctions, ni prérogatives si les langues régionales sont mieux confortées. Et pour que notre langue tienne son rang en Europe et dans le monde [...]“*³⁷⁹

³⁷⁶ Fischer, Joschka, Bundesminister Fischer zum Europäischen Rat in Nizza – Rede im Bundestag, 28.11.2000, <http://www.auswaertiges-amt.de/> [04.01.2001].

³⁷⁷ Schröder, Gerhard 03.09.2000.

³⁷⁸ Vgl. Védrine, Hubert, Conférence de l’Institut Français des Relations Internationales (IFRI). „L’Entrée dans le XXIème siècle“ Discours d’ouverture du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, 3.11.1999, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [20.06.2001].

³⁷⁹ Jospin, Lionel, Intervention à l’occasion de l’installation du Conseil supérieur de la langue française, Paris 16.11.1999, <http://www.premier-ministre.gouv.fr/> [21.06.2001].

Staatspräsident Chirac hält sich in diesem Zusammenhang eher zurück und konstatiert nüchtern und allgemein formuliert, dass sich aus den Nationen auch die Identitäten schöpfen.³⁸⁰ Ein Aspekt der französischen Staatsnation, der bereits zum Allgemeingut geworden war, die „exception française“, wird jedoch von Außenminister Védrine aufgenommen und revidiert. Er hält ihn unter anderem für veraltet, anti-amerikanisch und zudem für wenig überzeugend. Aus diesem Grund hat man die Idee der „exception française“ durch die der „diversité“ ersetzt, die Védrine so erklärt:

„Il faut avoir une capacité à convaincre d'autres partenaires, on ne peut pas faire cela uniquement en faisant des déclarations pompeuses et prétentieuses à la française, il faut convaincre, [...] et que sur ce sujet en particulier, le terme 'exception' ne convainquait personne. [...] et c'est comme cela qu'on est venu au terme de diversité, parce que ce terme de diversité parle énormément, il parle à tous les cultures.“³⁸¹

Diese vermeintliche „Ausnahmestellung Frankreichs“ versucht Védrine auch im rhetorischen Bereich zu überwinden, indem er sich gegen die – von ihm selbst als oft hochtrabend und schwülstig bezeichneten – französischen Reden wendet, die der restlichen Welt Lehren erteilen würden. Dies sei nicht effektiv und entspräche ebenso wenig dem Zeitgeist.³⁸² Das Selbstverständnis hinsichtlich der eigenen Nation hat sich demnach – zumindest laut Védrine – gewandelt. Frankreich ist zwar nach wie vor eine selbstbewusste Nation, definiert sich jedoch nicht mehr über die „exception“ und geriert sich nicht als „Lehrmeister“, sondern setzt verstärkt auf kulturelle Kooperation und Vielfalt.

³⁸⁰ Vgl. Chirac, Jacques, „Unser Europa“, Rede von Staatspräsident Jacques Chirac vor dem Deutschen Bundestag am 27.06.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

³⁸¹ Védrine, Hubert, Colloque „Mondialisation et identités“ à l'Unesco. Discours du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, 7.11.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [19.06.2001].

³⁸² Vgl. Védrine, Hubert, Entretien du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec le quotidien allemand DIE WOCHE, 21.10.1999, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [20.06.2001].

3.3.2.3 Bedeutung und Zukunft der Nation und des Staates

Der Grad des Selbstbewusstseins bezüglich der eigenen Nation und des eigenen Staates steht in engem Zusammenhang mit der Bedeutung, die Nation und Staat beigemessen wird. Diese Bedeutung wiederum sagt viel darüber aus, welche Rolle Staat und Nation in Zukunft spielen können und sollen. Vergleicht man allein die Bezeichnung, die in Deutschland und Frankreich für den jeweiligen Staat bzw. Nationalstaat gewählt wird, tritt ein deutlicher Unterschied in der Selbsteinschätzung zu Tage. Fischer bezeichnet die Bundesrepublik zwar als „großen und bedeutenden Mitgliedstaat“³⁸³ und Schröder glaubt erkannt zu haben, dass „dieses Land [gemeint ist Deutschland, eigene Anmerkung] größer, international auch wichtiger geworden ist“³⁸⁴ aber trotzdem wählt Fischer die Bezeichnung „europäische Mittelmacht“³⁸⁵ für Deutschland. Frankreich hingegen wird von Jospin auch als „grande et vieille nation“³⁸⁶ beschrieben, in der Folge hält Védrine Frankreich aber für eine der fünf oder sechs „puissances d’influence mondiale“³⁸⁷ und lehnt folglich die Bezeichnung der Mittelmacht entschieden ab:

*„Je récuse [...] le terme ‚puissance moyenne‘ pour qualifier la France. Nous ne sommes pas au 90^{ème} rang, mais l’une des cinq ou six puissance d’influence mondiale. Ce n’est pas rien.“*³⁸⁸

Für Frankreich ist der Rang, den es unter den Staaten der Welt einnimmt, sehr wichtig, während auf deutscher Seite der Begriff des Ranges nicht ein einziges Mal Erwähnung findet. So heben Chirac und Jospin in einer gemeinsamen Pressekonferenz hervor, dass Frankreich im Kosovokrieg „a tenu son rang“³⁸⁹ und

³⁸³ Fischer, Joschka, Bundesminister Fischer am 10.07.1999 in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau zur Bedeutung des Kosovo-Konflikts für die Außenpolitik Deutschlands und Europas, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

³⁸⁴ Schröder, Gerhard, Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder zu aktuellen politischen Fragen, 27.08.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

³⁸⁵ Fischer, Joschka, Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer am 05.11.1999 in New York, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

³⁸⁶ Jospin, Lionel, Déclaration sur les orientations de la Présidence française de l’Union Européenne à l’Assemblée Nationale, 09.05.2000, <http://www.premier-ministre.gouv.fr/> [21.06.2001].

³⁸⁷ Védrine, Hubert 21.10.1999.

³⁸⁸ Védrine, Hubert, Entretien du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec l’hebdomadaire „Marianne“, 20.11.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [19.06.2001].

³⁸⁹ Chirac, Jacques/Jospin, Lionel, Conférence de presse conjointe de monsieur Jacques Chirac, Président de la République et de monsieur Lionel Jospin, Premier Ministre à l’issue du conseil européen de Cologne, 04.06.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001]. Dieselbe Formulierung

verwenden somit exakt denselben Wortlaut wie François Mitterrand nach dem Golfkrieg. Für den deutschen Außenminister Fischer stellt sich in diesem Zusammenhang indes eine ganz andere Frage, und zwar:

„Die Frage, die sich stellt, ist also nicht, ob das vereinte Deutschland mehr Macht und Einfluß besitzt, sondern wie es damit so verantwortlich und klug wie möglich umgehen kann und soll.“³⁹⁰

Auch den Deutschen – so jedenfalls Bundeskanzler Schröder – gehe es nicht darum, nationale Identitäten aufzugeben.³⁹¹ Fischer bezeichnet die Nationalstaaten sogar als „unsere Häuser“ und bekräftigt, dass auch er am Nationalstaat hänge und man diesen nicht „für irgendein abstraktes Europa aufopfern“ könne.³⁹² Gleichzeitig stellt er jedoch fest, dass der klassische europäische Nationalstaat nicht mehr in der Lage sei, die Probleme und Schicksale Europas alleine zu meistern,³⁹³ mit anderen Worten:

„Zum anderen ist die Rolle des Nationalstaats durch die gestiegene Bedeutung der Menschenrechte und die Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft erheblich relativiert worden.“³⁹⁴

Relativiert wird sodann auch die Bedeutung, die den Nationalstaaten in der Zukunft zukommt: Zwar betont Fischer, dass die Nationalstaaten auch zukünftig weiterbestehen und dass sie – im Vergleich zu den Bundesstaaten der USA – eine ganz andere, kulturell eigenständigere Rolle einnehmen würden.³⁹⁵ Gleichzeitig

verwendet Chirac kurz später noch einmal, vgl.: Chirac, Jacques, Discours du Président, 14.07.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

³⁹⁰ Fischer, Joschka, Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer bei der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 24.11.1999 in Berlin, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

³⁹¹ Vgl. Schröder, Gerhard 30.11.1999.

³⁹² Beide Zitate: Fischer, Joschka, Mutiger, Europa! Interview mit Bundesminister Fischer in der GAZETA WYBORCZA vom 3.-4.06.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

³⁹³ Vgl. Fischer, Joschka 21.06.2000.

³⁹⁴ Fischer, Joschka, Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer vor der 54. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 22.09.1999 in New York, in: Stichworte zur Sicherheitspolitik 9/1999, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, S. 3.

³⁹⁵ Vgl. Fischer, Joschka, „The United States, Germany and Europe in an era of global challenges“. „Herbert Quandt“-Lecture des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer am 15.09.2000 vor der Georgetown-Universität Washington D. C., <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

verweist er jedoch darauf, dass eine Übertragung wesentlicher Souveränitätsrechte der einzelnen Nationen auf die EU in Zukunft unerlässlich³⁹⁶ sei und ein vereintes Europa die Unterordnung der nationalen Interessen unter gemeinschaftliche, europäische Interessen fordere.³⁹⁷

Auch in Frankreich ist man der Überzeugung, dass der Nationalstaat in Zukunft noch existieren wird. So Staatspräsident Chirac – als Antwort auf die Grundsatzrede Joschka Fischers über die Finalität der Europäischen Union und die Stellung der Nationalstaaten in einem vereinten Europa:

„Je ne vois rien dans le processus de construction européenne qui mette en cause l'identité et la force des nations.“³⁹⁸ und „Chacun conservera et gardera, bien sûr, sa force et son identité. Les nations ne disparaîtront pas, [...]“³⁹⁹

Trotz dieses starken Festhaltens am eigenen Nationalstaat ist Chirac sich der Notwendigkeit eines vereinten Europas bewusst, da nur im gemeinschaftlichen Rahmen globale Probleme gelöst werden könnten.⁴⁰⁰ ‚Europäische Angelegenheiten‘ – so Premierminister Jospin – seien keine ‚auswärtigen Angelegenheiten‘ mehr,⁴⁰¹ Frankreich könne nicht mehr von Europa getrennt werden.⁴⁰² Fischers Forderung, nämlich die Unterordnung nationaler unter gemeinschaftliche Interessen, scheint die französische Seite nicht zu unterstützen. Zwar will Frankreich eine starke und moderne Nation in Europa und auch für Europa sein, gleichzeitig soll Europa jedoch als ‚Plattform‘ zur Verwirklichung

³⁹⁶ Vgl. Fischer, Joschka, Bundesminister Joschka Fischer am 03.12.1999 vor dem Deutschen Bundestag, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

³⁹⁷ Vgl. Fischer, Joschka, Bundesminister Joschka Fischer am 17.02.2000 vor dem Deutschen Bundestag zur Eröffnung der Regierungskonferenz über institutionelle Reformen der EU und zu den Ergebnissen des Allgemeinen Rates am 14./15.02.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

³⁹⁸ Chirac, Jacques/Schröder, Gerhard, Interview conjointe de monsieur Jacques Chirac, Président de la République et du chancelier Schröder à la ZDF, Hanovre, 25.06.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

³⁹⁹ Chirac, Jacques, Allocution prononcée par monsieur Jacques Chirac, Président de la République, Berlin, 26.06.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

⁴⁰⁰ Ebd.

⁴⁰¹ Vgl. Jospin, Lionel, Intervention lors du congrès extraordinaire du SPD à Berlin, 07.12.1999, <http://www.premier-ministre.gouv.fr/> [21.06.2001].

⁴⁰² Vgl. Jospin, Lionel 09.05.2000.

seiner nationalen Interessen fungieren. Lionel Jospin führt diesen Gedanken wie folgt aus:

„L’Europe nous a apporté beaucoup depuis cinquante ans et reste une promesse pour la grande et vieille nation qu’est la France. Avec l’Europe, notre pays se donne des atouts pour se projeter vers le monde, pour défendre ses intérêts, pour faire vivre les valeurs qui fondent son identité.“⁴⁰³

Auch die auf deutscher Seite so selbstverständlich klingende Übertragung nationalstaatlicher Souveränitätsrechte auf die EU stößt in Frankreich nur bedingt auf Zustimmung. Außenminister Védrine gibt zwar zu, dass die klassische Konzeption absoluter nationalstaatlicher Souveränität nicht mehr zu vertreten sei, gibt gleichwohl zu Bedenken, dass man nichts überstürzen sollte, und er folglich nur einer „kontrollierten und schrittweisen Weiterentwicklung“⁴⁰⁴ gemeinsam ausgeübter Souveränität zustimmen werde.

3.3.2.4 Die Wahrnehmung des anderen

Auffällig ist im Hinblick auf die Frage, wie sich Deutschland und Frankreich in Bezug auf ihre Nation und ihren Staat gegenseitig beurteilen, dass französische Politiker sich weit häufiger über Deutschland äußern als deutsche Politiker über Frankreich. So wiederholen Védrine und Chirac des Öfteren, dass Deutschland stärker und selbstbewusster geworden sei und den Rang einer Großmacht innehabe. In diesem Zusammenhang wird allerdings gleichzeitig auch immer auf den Rang Frankreichs verwiesen, der sich mit dem Deutschlands auf derselben Höhe befinde. Dies ist sowohl ein Indiz dafür, dass die Parität zwischen Frankreich und Deutschland für die Franzosen sehr wichtig ist als auch ein Zeichen, dass in die deutsch-französischen Beziehungen eine gewisse „Normalität“ eingekehrt ist, geprägt von Vertrauen und gegenseitiger, objektiver Einschätzung und nicht von historisch motiviertem Misstrauen und Ressentiments, die zu Zeiten der Wende teilweise noch einmal ans Tageslicht

⁴⁰³ Ebd.

⁴⁰⁴ Védrine, Hubert 15.12.2000.

kamen. Dass diese beiden „Seelen“ in der französischen Brust pochen, wird an folgenden Äußerungen Védrynes und Chiracs deutlich. So sagt einerseits Védryne:

*„Les Allemands retrouvent un rôle plus large, avec une vision plus mondiale des problèmes. Ce pays considère qu’il n’a plus de raison de limiter son action. C’est très bien. Nous approuvons cet engagement nouveau de l’Allemagne.“*⁴⁰⁵

Und andererseits Chirac:

*„En disant que l’Allemagne est une grande puissance mondiale, je n’ai pas l’impression d’avoir inventé l’eau chaude. C’est tout simplement une évidence. Elle n’est pas la seule grande puissance. Je considère, pour ne parler de personne d’autre, que la France est aussi une grande puissance mondiale.“*⁴⁰⁶

Die Parität zwischen Deutschland und Frankreich ist vor allem hinsichtlich der Diskussion um die Stimmengewichtung im Rat in Frage gestellt worden. Obwohl Deutschland ungefähr 20 Millionen Einwohner mehr hat, hat es genauso viele bzw. wenige Stimmen wie Frankreich. Wie viel Wert man in Frankreich auf die Parität der Stimmen legt, wurde an der Hartnäckigkeit deutlich, mit der Frankreich den Status-quo der Stimmenanzahl auf der Gipfelkonferenz in Nizza verteidigte. Bereits ein Jahr vor dem Gipfel legte Védryne seine Position dazu eindeutig fest und brachte zur Rechtfertigung andere als die demographischen Aspekte ins Spiel:

„L’Allemagne est un grand pays, ce n’est pas un géant qui nous écrase, nous sommes également un grand pays. Il y a une différence d’à peu près 20 millions d’individus entre l’Allemagne et la France, ce n’est pas une différence de 1 à 10, et aujourd’hui, de plus, la population n’est pas une différence déterminante concernant la

⁴⁰⁵ Védryne, Hubert 21.10.1999.

⁴⁰⁶ Chirac, Jacques, Conférence de Presse de monsieur Jacques Chirac, Président de la République à l’office fédéral de Presse, Berlin, 27.06.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001]. In ähnlichem Wortlaut vgl.: Chirac, Jacques, Entretien de monsieur Jacques Chirac, Président de la République avec la radio DEUTSCHLANDFUNK et la télévision ARD à l’occasion du 10^e anniversaire de la chute du mur de Berlin, 9.11.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001] und Chirac, Jacques, Discours du Président, 09.11.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

puissance ou l'influence dans le monde, le poids dans les relations internationales, l'aptitude à défendre ses intérêts. ⁴⁰⁷

Das Festhalten am Status quo und somit derselben Stimmenanzahl wie Deutschland brachte der französischen Seite mehrfach den Vorwurf des Prestigedenkens ein. Besorgt, dass dieser Vorwurf auch die deutsche Seite treffen könnte, gab der deutsche Außenminister Fischer bereits vor der Konferenz in Nizza Entwarnung:

„Wir brauchen eine stärkere Orientierung an der Bevölkerungszahl. Aber das ist keine Prestigefrage, weil etwa das wiedervereinigte Deutschland seine Größe im Verhältnis zu Frankreich unbedingt durch mehr Stimmen dokumentiert sehen möchte. ⁴⁰⁸

Zugleich äußert er jedoch auch Verständnis für die französische Position und bringt damit einerseits das französische Selbstverständnis, andererseits die deutsche Wahrnehmung Frankreichs zum Ausdruck:

„Wir (gemeint sind Deutschland und Frankreich, eigene Anmerkung) haben ganz unterschiedliche Traditionen und Ausrichtungen. Frankreich ist es gewohnt, eine eigene weltpolitische Rolle zu spielen. Wir sind daran zweimal grauenhaft gescheitert. Frankreich ist Atommacht, Frankreich ist im UN-Sicherheitsrat, die französische Selbstdefinition ist eine völlig andere. ⁴⁰⁹

Während Deutschland sich selbst – wie in vorangegangenem Abschnitt erwähnt – als Mittelmacht bezeichnet und sich auch aufgrund seiner Geschichte nicht zu pathetischen Bekundungen des Selbstwertgefühls hinreißen lässt, wird es von Frankreich als starke und selbstbewusste Großmacht bezeichnet. Das klingt auf den ersten Blick paradox, ist Deutschland gegenüber Frankreich doch sowohl

⁴⁰⁷ Védrine, Hubert, Dixième anniversaire de la chute du mur de Berlin. Entretien du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec „LCI“, 09.11.1999, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [20.06.2001].

⁴⁰⁸ Fischer, Joschka, Bundesaußenminister Fischer zur Europapolitik. Interview in der Frankfurter Rundschau vom 01.12.2000, <http://www.auswaertiges-amt.de/> [04.01.2001].

⁴⁰⁹ Fischer, Joschka 22.12.2000.

wirtschaftlich als auch demographisch gesehen im Vorteil und müsste sich objektiv betrachtet seiner Sache genauso sicher sein wie Frankreich. Deutlich wird aber hier, wie schwer die Vergangenheit wiegt – belastend für die deutsche Seite, trotz der Bekundung, die Deutschen seien genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen und stärkend für die französische Seite, die noch immer von ihrer Rolle als einstiger Weltmacht zehrt und durch die Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat und als Atommacht auch reales Gewicht erfährt.

3.3.3 Ideen von Europa in Deutschland und Frankreich

Während der Bearbeitung der beiden Vorstudien stellte sich bereits deutlich heraus, dass es nicht *die eine* Idee von Europa gibt, sondern mehrere einzelne Aspekte, die erst zusammengesetzt ein Ganzes ergeben. Die Diskurse der hier untersuchten deutschen und französischen Akteure waren hauptsächlich von den vier folgenden Aspekten geprägt: Erstens der Frage, welche Rolle Deutschland und Frankreich sich selbst in Europa zuweisen, das heißt einerseits, was sie von Europa erwarten können und andererseits, welche Pflichten oder welche Verantwortung sie gegenüber Europa haben. Auch der Stellenwert der deutsch-französischen Partnerschaft für Europa wird in diesem Zusammenhang Erwähnung finden. Es geht dann zweitens um die Rolle und das Wesen Europas selbst, um die Frage, welches Ziel, welche Finalität die Europäische Union anstreben sollte und welchen Stellenwert Europa im internationalen Maßstab erreichen wird. Anschließend behandelt ein dritter Aspekt die Erweiterung der Europäischen Union, bevor der vierte und letzte die Frage einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität und somit auch das Verhältnis Europas zu den USA beleuchtet.⁴¹⁰

⁴¹⁰ Etwaige Überschneidungen in den jeweiligen Punkten können jedoch aufgrund der thematischen Nähe nicht ausgeschlossen werden.

3.3.3.1 Die Rolle Deutschlands und Frankreichs in Europa

Hinter dieser Überschrift verbergen sich die Fragen, ob und wie die beiden Länder ihre Rolle in Europa klar definieren, welche Pflichten sich gemäß dieser Rollendefinition für sie in Europa ergeben und welchen Nutzen sie daraus ziehen.

Ogleich Außenminister Fischer der Meinung ist, es „gibt immer noch Fragezeichen, was die Rolle des vereinigten Deutschlands in Europa betrifft“,⁴¹¹ so ist er sich jedoch sicher, dass „die Rollenzuweisungen, die sich für unser Land ergeben, [...] immer europäische“⁴¹² sind. Das heißt, Deutschland vertritt nicht primär seine eigenen, nationalen Interessen, sondern gemeinschaftliche, europäische, auch wenn es für sich selbst die Rolle, die es dabei spielt, noch nicht klar definiert hat, bzw. – oder gerade weil – diese sich nach dem deutschen Einsatz im Kosovo-Krieg „zu verändern beginnt“.⁴¹³ Zu dieser auf der einen Seite überzeugten europäischen Haltung und auf der anderen Seite noch zu undeutlich scheinenden Rolle in Europa äußert sich Bundeskanzler Schröder wie folgt:

„Von Berlin aus muss deutsche Außenpolitik womöglich noch klarer als bisher erkennbar sein als das, was ihr Wesen ausmacht: als Politik in Europa, für Europa und von Europa aus.“⁴¹⁴

Der Verantwortung gegenüber Europa scheint sich die deutsche Seite bewusst; sie äußert sich zum einen im Engagement für die Vollendung der europäischen Integration und zum anderen in der Rolle des ‚Anwalts‘ für die Osterweiterung der Union. Die Vollendung der europäischen Integration, so Fischer, sei eine „Berufung“⁴¹⁵ Deutschlands – eine Berufung, die Schröder vor allem in der Verpflichtung aus der Deutschen Einheit, für Europas Einheit zu kämpfen,

⁴¹¹ Fischer, Joschka, Rede des Bundesministers Fischer in der Haushaltsdebatte des Bundestages am 29.11.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

⁴¹² Fischer, Joschka 10.07.1999.

⁴¹³ Fischer, Joschka, Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer „Multilateralismus als Aufgabe deutscher Außenpolitik“ bei der ersten Konferenz der Leiterinnen und Leiter deutscher Auslandsvertretungen am 04.09.2000 in Berlin, hrsg. vom Pressereferat des Auswärtigen Amtes.

⁴¹⁴ Schröder, Gerhard, Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur offiziellen Eröffnung des Sitzes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik – „Außenpolitische Verantwortung in der Welt“, 02.09.1999, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

⁴¹⁵ Fischer, Joschka 24.11.1999.

begründet sieht.⁴¹⁶ Er argumentiert somit aus der Position desjenigen, dem selbst Unterstützung zuteil wurde und der sich nun in der Verpflichtung sieht, für andere dasselbe zu leisten, wobei „andere“ in diesem Fall Europa ist. In dieselbe Richtung geht auch die Rolle als „Anwalt“ der EU-Osterweiterung. Auch hier wird historisch und aus der Idee der Chancengleichheit heraus argumentiert, nämlich genau das für die osteuropäischen Länder tun zu müssen, was nach 1945 für die Deutschen getan wurde.⁴¹⁷ Die Vollendung der Integration, die Einheit Europas und das Einsetzen für die Aufnahme der osteuropäischen Staaten in die EU wird somit als Verpflichtung Deutschlands in und für Europa betrachtet.

Mit der Verpflichtung geht indes auch der Nutzen einher, den Deutschland aus Europa zieht. Vor dem Deutschen Bundestag stellt Fischer dieses wechselseitige Verhältnis so dar:

„Die Vollendung der europäischen Einheit ist nicht nur eine historische Verpflichtung; sie liegt vielmehr auch im Interesse der Zukunft unseres Landes. Deutschland hat nicht nur große Lasten zu übernehmen, sondern wir sind auch die großen Gewinner des europäischen Einigungsprozesses – nicht nur ökonomisch, sondern auch sicherheitspolitisch, kulturell und unter vielen anderen Gesichtspunkten.“⁴¹⁸

Diese ‚vielen anderen Gesichtspunkte‘ werden allerdings weder von Fischer noch von Schröder explizit genannt, während wiederholt unterstrichen wird, dass Deutschland der „große Gewinner“⁴¹⁹ Europas sei und wirtschaftliche Vorteile habe, „was die Handelsbilanz Deutschlands und Bayerns zeigt“⁴²⁰.

⁴¹⁶ Vgl. Schröder, Gerhard, Ansprache von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich des festlichen Mittagessens zum 10. Jahrestag der deutschen Einheit am 03.10.2000 in Dresden, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

⁴¹⁷ Diese Argumentation findet ihren Ausdruck auch bei der Erklärung des Engagements für den Balkan-Stabilitätspakt, vgl.: Fischer, Joschka, Rede bei der Vorbereitungskonferenz zum Stabilitätspakt für Südosteuropa, Petersberg am 27.05.1999, <http://www.auswaertiges.amt.de/> [13.09.2000].

⁴¹⁸ Fischer, Joschka 03.12.1999.

⁴¹⁹ Vgl. z. B. Fischer, Joschka, Interview mit Joschka Fischer. „Ich habe nichts gegen Volksentscheide“, in: Süddeutsche Zeitung vom 09.09.2000, S. 13 und ähnlich in Fischer, Joschka 22.12.2000.

⁴²⁰ Fischer, Joschka, Interview von Bundesminister Fischer mit LE MONDE, 18.04.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

Im Zusammenhang mit der Frage, wie Deutschland und Frankreich sich in Europa sehen, ist die deutsch-französische Partnerschaft ein zentraler und gemeinsamer Bestandteil. Sowohl Deutschland als auch Frankreich sehen sich selbst als „Schwungräder der europäischen Einigung“⁴²¹, als „Motor“⁴²² oder auch als „Herz Europas“⁴²³ und bezeichnen ihre Partnerschaft als „*lien privilégié*“⁴²⁴.

Vor allem von französischer Seite wird die besondere Verantwortung hervorgehoben, die Deutschland und Frankreich gemeinsam für Europa haben und aus der sich auch folglich eine besondere Rolle der beiden in Europa ergibt.⁴²⁵ Diese besondere Verantwortung begründet Staatspräsident Chirac historisch, indem er immer wieder auf die Anfänge europäischer Einigung und deutsch-französischer Verständigung Bezug nimmt.⁴²⁶ Anders als Chirac fügt Außenminister Védrine indes hinzu, dass der ohne Zweifel unersetzbare deutsch-französische Motor nicht mehr ausreiche, um Europa voranzutreiben, sondern der Abkommen mit weiteren Staaten bedürfe.⁴²⁷ Und Premierminister Jospin weist darauf hin, dass Frankreich nicht nur im eigenen Land, sondern auch in der deutschen und englischen Presse als die Lokomotive Europas angesehen werde.⁴²⁸ Inwiefern auch Frankreich von Europa Nutzen hat, wird in den Reden Chiracs, Védrines und Jospins gänzlich vernachlässigt. Es wird zwar ständig die besondere

⁴²¹ Schröder, Gerhard 02.09.1999.

⁴²² Fischer, Joschka, Bundesminister Joschka Fischer im Gespräch mit dem französischen Außenminister Hubert Védrine, mit DIE ZEIT und mit LE MONDE, erschienen am 28.10.1999, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001], Fischer, Joschka 24.11.1999 und Védrine, Hubert, Entretien du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec le quotidien OUEST FRANCE, 20.04.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [20.06.2001].

⁴²³ Schröder, Gerhard, Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor der französischen Nationalversammlung am 30.11.1999 in Paris, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

⁴²⁴ Chirac, Jacques/Rau, Johannes, Déclaration à la presse de monsieur Jacques Chirac, Président de la République et de monsieur Johannes Rau, Président de la République Fédérale d'Allemagne à l'issue de leur déjeuner, 27.07.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

⁴²⁵ Vgl. Chirac, Jacques, Discours prononcée par monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion des cérémonies commémorant le 10^e anniversaire de la réunification de la République fédérale d'Allemagne, Dresde, 03.10.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

⁴²⁶ Chirac, Jacques, Allocution prononcée par monsieur Jacques Chirac, Président de la République à l'occasion du dîner d'état offert en honneur par son excellence monsieur Johannes Rau, Président de la République fédérale d'Allemagne, Berlin, 26.06.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

⁴²⁷ Vgl. Védrine, Hubert 20.04.2000 und Védrine, Hubert, Rencontre du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec les correspondants de la presse européenne – extraits, 25.10.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [19.06.2001].

⁴²⁸ Vgl. Jospin, Lionel in: Chirac, Jacques/Jospin, Lionel, Conférence de presse conjointe de monsieur Jacques Chirac, Président de la République et de monsieur Lionel Jospin, Premier Ministre à l'issue du conseil extraordinaire des chefs d'état et de gouvernement de l'Union Européenne, 24.03.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Verantwortung für Europa betont, worin diese jedoch genau besteht, bzw. in welchen Politikfeldern sie sich äußert, lässt die französische Seite nicht durchblicken.

Während sich Deutschland auf der einen Seite also über seine Rolle in Europa noch nicht im Klaren ist, aber auf der anderen Seite die Pflichten und den Nutzen für bzw. von Europa relativ bestimmt benennen kann, zweifelt Frankreich nicht an seiner Rolle als Lokomotive Europas, äußert sich jedoch nicht im Detail über die Verantwortung und gar nicht über den Nutzen, den auch Frankreich zumindest im agrarpolitischen und wirtschaftlichen Bereich von Europa hat.

3.3.3.2 Rolle und Wesen Europas

Die Ideen Deutschlands und Frankreichs zur zukünftigen Rolle Europas in der Welt gleichen sich sowohl sprachlich als auch inhaltlich so sehr, dass es sich hier anbietet, die Positionen nicht getrennt voneinander darzustellen, sondern als ein Ganzes zu behandeln. So sind Staatspräsident Chirac und Bundeskanzler Schröder beide der Meinung, dass Europa zukünftig eine wichtigere Rolle auf der internationalen Bühne spielen wird – oder mit ihren eigenen Worten:

„Damit⁴²⁹ wird Europa international erheblich an Gewicht gewinnen. Europa wird außenpolitisch mit einer Stimme sprechen und wird weltweit mehr Gehör finden.“⁴³⁰ und „[...] nous avons, aussi bien les Allemands que les Français, une autre idée, qui est notre volonté de participer à un monde multipolaire. Et il va de soi que l’Union européenne représente un pôle extrêmement important de ce monde multipolaire de demain. [...] Donc, le monde qui se prépare est en réalité un monde multipolaire et l’Europe doit y avoir une place tout à fait éminente, [...]“⁴³¹

⁴²⁹ Gemeint ist hier die Einsetzung des Hohen Beauftragten für die GASP, Javier Solana.

⁴³⁰ Schröder, Gerhard, Regierungserklärung abgegeben von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Plenum des Deutschen Bundestages am 8. Juni 1999 zu den Ergebnissen des Europäischen Rates am 3./4. Juni 1999 in Köln zum Stand der Friedensbemühungen im Kosovo-Konflikt, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

⁴³¹ Chirac, Jacques, Entretien de monsieur Jacques Chirac, Président de la République avec la radio DEUTSCHLANDFUNK et la télévision ARD à l’occasion du 10^e anniversaire de la chute du

Auch wird von beiden Seiten gefordert, Europa dürfe nicht mehr nur passiver Beobachter sein, sondern ein starker und selbstbewusster Akteur werden, der sich gegenüber seinen Konkurrenten behaupten kann.⁴³² Durch Begriffe wie „Europe puissance“⁴³³, „globales Kraftzentrum“⁴³⁴ oder auch „Europe plus forte et plus efficace“⁴³⁵ demonstrieren Deutschland und Frankreich Einigkeit in ihren Vorstellungen über die zukünftige Rolle Europas in der Welt.

Über die Frage, in welcher Gestalt die Europäische Union dieser Rolle gerecht werden soll, besteht hingegen keine einheitliche Meinung. Am 12. Mai 2000 entfachte Joschka Fischer⁴³⁶ mit seiner Grundsatzrede „Vom Staatenverbund zur Föderation. Gedanken über die Finalität der europäischen Integration“ eine Diskussion, die bis jetzt andauert und die beiderseits des Rheins klare Positionen forderte. Ausgangspunkt seiner Rede bildet die Annahme, dass die jetzige Gestalt Europas die künftigen Probleme und Herausforderungen – z. B. Osterweiterung, geringe Akzeptanz des Europäischen Parlaments, Entwicklung der GASP – nicht mehr wird meistern können. Zusammengefasst und nach Zielen, Institutionen, Methode und Zeitplan unterteilt sieht Fischers Europa-Konzept folgendermaßen aus:⁴³⁷

mur de Berlin, 09.11.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001]. Vgl. in ähnlichem Wortlaut: Védrine, Hubert 07.11.2000 und Védrine, Hubert, Forum sur les priorités de la présidence française de l'Union européenne. Discours du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, 28.03.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [20.06.2001].

⁴³² Vgl. Schröder, Gerhard 30.11.1999 und Chirac, Jacques/Jospin, Lionel/Schröder, Gerhard, Conférence de presse conjointe de monsieur Jacques Chirac, Président de la République, de monsieur Gerhard Schröder, Chancelier de la République Fédérale d'Allemagne et de monsieur Lionel Jospin, Premier Ministre, 74^{es} consultations franco-allemandes, 30.11.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

⁴³³ Schröder in Anlehnung an Chirac, vgl. Schröder, Gerhard 30.11.1999.

⁴³⁴ Fischer, Joschka 04.09.2000.

⁴³⁵ Jospin, Lionel, Discours devant le Bureau du groupe parlementaire du Parti des socialistes européens, présentant la Présidence française d l'Union Européenne, à Paris, 29.06.2000, <http://www.premier-ministre.gouv.fr/> [21.06.2001].

⁴³⁶ Joschka Fischer hielt diese Rede zwar als „Privatmann“, dadurch, dass er sich später aber auch als Außenminister immer wieder auf diese Rede beruft, gehört sie dennoch zu einem wichtigen Bestandteil des Diskurses.

⁴³⁷ Diese Angaben beziehen sich auf die Rede Fischers vom 12.05.2000.

Ziele

- Föderation, die die Nationalstaaten mit ihren Institutionen beibehält, und zwar auf der Basis einer
- Souveränitätsteilung, wobei wesentliche Souveränitätsbefugnisse auf die europäische Ebene übergehen. Voraussetzung dafür ist ein
- Verfassungsvertrag, der Grund-, Menschen- und Bürgerrechte und eine klare Zuständigkeitsregelung verankert.

Institutionen

- Europäisches Parlament u. europäische Regierung mit legislativer und exekutiver Gewalt,
- Zweikammerparlament (Vertretung der Bürger und der Nationalstaaten);
- Möglichkeit der Regierung:
 - a) Fortentwicklung des Europäischen Rates zu einer europäischen Regierung, also ausgehend von nationalen Regierungen
 - b) Ausgehend von der Kommission und einem direkt gewählten Präsidenten mit Exekutivgewalt.

Methode

- Avantgarde einer kleinen Anzahl von Mitgliedstaaten (auch anderen Staaten offen), die
- innerhalb oder außerhalb der Verträge gebildet wird und unter dem Zeichen einer
- deutsch-französischen Partnerschaft entsteht.

Zeitplan (Zeitraum eines Jahrzehnts)

- Entwicklung einer verstärkten Zusammenarbeit (angelehnt an WWU oder Schengen), danach
- Bildung eines Gravitationszentrums mit Institutionen (Regierung, Parlament, Präsident) und schließlich
- Bildung einer Europäischen Föderation, ausgehend vom Gravitationszentrum.

Die Nationalstaaten sollen also – laut Fischer – keineswegs in einer Europäischen Union untergehen; auch die Vorstellung eines europäischen Bundesstaates lehnt er

ab. Als realistisch erscheint ihm vielmehr eine Föderation, ein ‚gemeinsames europäisches Haus‘ – ein Bild, das Michail Gorbatschow bereits mehr als ein Jahrzehnt zuvor geprägt hatte, und das so visionär, wie es in manchen Ohren klingt, nicht ist, handelt es sich bei der EU doch in wesentlichen Elementen bereits um eine Föderation, was die Einführung des Euro, das Schengener Abkommen oder die europäische Staatsangehörigkeit beweisen.⁴³⁸ Somit könnte man die EU zum jetzigen Zeitpunkt sozusagen als eine ‚Föderation im Werden‘ bezeichnen oder wie Fischer:

„Das ist das Wesen der Entwicklung dieser Union. In diesem Stadium [weder Nation noch Föderation] befinden wir uns.“⁴³⁹

Um allerdings zu vergleichen, ob und inwiefern sich hinsichtlich des Wesens der Europäischen Union deutsche und französische Ideen unterscheiden, erscheint eine Darstellung der französischen Position und der Reaktionen auf Fischers Rede unerlässlich.

Staatspräsident Chirac benutzt ebenso wie Fischer das Bild des ‚gemeinsamen europäischen Hauses‘, um das zukünftige Wesen der Europäischen Union zu verdeutlichen, betont zugleich aber auch, dass in diesem Haus die Nationalstaaten weiterhin ihren festen Platz haben und die nationalen Identitäten gewahrt bleiben sollen.⁴⁴⁰ Die Idee des Staatenbundes findet auf französischer Seite sowohl beim Staatspräsidenten als auch beim Premierminister in der ‚union de Nations‘⁴⁴¹ oder im ‚Europe des nations‘⁴⁴² ihren Ausdruck. Die Europäische Union der Zukunft sollte demnach nicht die Negation der Nationalstaaten beinhalten, sondern deren Stärkung.⁴⁴³ Die Vision der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘, also die eines

⁴³⁸ Vgl. dazu auch Fischer, Joschka 21.06.2000 und Fischer, Joschka, „Sünde wider die Zukunft“. Bundesaußenminister Joschka Fischer über die Raketenabwehrpläne der USA, die EU-Erweiterung und eine europäische Verfassung, in: DER SPIEGEL vom 15.05.2000.

⁴³⁹ Ebd.

⁴⁴⁰ Vgl. Chirac, Jacques, Discours de monsieur Jacques Chirac, Président de la République à l’occasion de l’inauguration du nouveau bâtiment du Parlement européen, Strasbourg, 14.12.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

⁴⁴¹ Jospin, Lionel 09.05.2000.

⁴⁴² Chirac, Jacques, Interview Télévisée de monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l’occasion de la fête nationale, interrogée par Élise Lucet, Patrick Poivre d’Arvor et Béatrice Schönberg, 14.07.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

⁴⁴³ Im Französischen mit „prolongement et l’approfondissement“ beschrieben, vgl. Jospin, Lionel 09.05.2000.

Bundesstaates, wird von Chirac – wie zuvor auch schon von Joschka Fischer – abgelehnt. Dazu der französische Staatspräsident:

„Je crois que l’image ‚Etats-Unis d’Europe’ est une image confuse et qui n’est pas une bonne image. C’est en réalité non pas les Etats Unis d’Europe qui sont en question, c’est l’Europe unie des Etats. C’est différent.“⁴⁴⁴

Auch einer Stärkung des supranationalen Elementes in der Europäischen Union steht Frankreich – im Gegensatz zu Deutschland – ablehnend gegenüber; einer supranationalen Regierung im Sinne Fischers wird sogar eine klare Absage erteilt.⁴⁴⁵ Im Einzelnen und gegliedert in Ziele, Methode und Zeitplan sieht das französische Konzept wie folgt aus:

Ziele

- Stärkung des demokratischen Elementes in der Europäischen Union über die Stärkung des Europäischen Parlamentes und der nationalen Parlamente;
- Klare Kompetenzenregelung;
- Mächtiges Europa mit starken Institutionen und effizientem Entscheidungsmechanismus.

Methode

- Bildung einer Pioniergruppe bzw. Avantgarde um Frankreich und Deutschland herum (mit Sekretariat ausgestattet);
- Erstellen einer Grundrechte-Charta, die später zu europäischer Verfassung wird.

⁴⁴⁴ Chirac, Jacques/Schröder, Gerhard, Interview conjointe de monsieur Jacques Chirac, Président de la République et du chancelier Schröder à la ZDF, Hanovre, 25.06.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

⁴⁴⁵ Vgl. Chirac, Jacques, Conférence de Presse de monsieur Jacques Chirac, Président de la République à l’office fédéral de Presse, Berlin, 27.06.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Zeitplan

- Abschließen der institutionellen Reformen bis Ende 2000;
- Ab 2001 Phase der Vertiefung der wesentlichen Politikfelder (Wirtschaft, Währung, Verteidigung, Sicherheit). Diese Phase soll mehrere Jahre dauern.

Hier wird deutlich, dass die Ideen Frankreichs zum Wesen Europas noch nicht so klar definiert wurden wie beispielsweise in Fischers Grundsatzrede zur Finalität Europas. Obwohl Chirac noch kurz vor dem Gipfeltreffen in Nizza unterstreicht, dass „sur la vision de l’Europe de demain, je ne dirai pas qu’il y a des divergences“,⁴⁴⁶ so äußert sich Außenminister Védrine skeptischer über die Visionen seines deutschen Kollegen und sieht in einigen Punkten noch erheblichen Diskussionsbedarf. In einem offenen Brief an Fischer fragt Védrine beispielsweise, wie die Mitglieder eines ‚festen Kerns‘ bestimmt werden oder wie genau die Kompetenzen der einzelnen Ebenen in einem föderal organisierten Europa aussehen sollten. Auch wird allenthalben auf die unterschiedliche Verwendung des – traditionell belasteten – Begriffes „Föderation“ verwiesen, so zum Beispiel von Hubert Védrine:

„[...] parce que les mêmes mots n’ont pas du tout le même sens, et donc, lorsque l’on emploie des mots comme fédération ou confédération ou constitution, intégration etc. ce n’est pas perçu de la même façon dans les différents pays.“⁴⁴⁷

Ein weiterer Aspekt, der in De Gaulles Ideen vom Wesen Europas noch einen zentralen Platz einnahm, nämlich das europäische Gleichgewicht, rückt bei Chirac, Jospin und Védrine zwar nicht direkt in den Hintergrund, wird aber auch nicht mehr im Zusammenhang mit dem Wesen Europas, sondern vielmehr mit der

⁴⁴⁶ Chirac, Jacques/Schröder, Gerhard, Point de Presse conjoint de monsieur Jacques Chirac, Président de la République, et de monsieur Gerhard Schröder, Chancelier de la République Fédérale d’Allemagne, à l’occasion de la tournée des pays membres de l’UE, Hanovre, 2.12.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

⁴⁴⁷ Védrine, Hubert, Réunion informelle des ministres des Affaires Etrangères de l’UE. Conférence de Presse finale du ministre des Affaires Etrangères, M. Hubert Védrine, 03.09.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr> [19.06.2001]. Ähnlich vgl. Chirac, Jacques/Jospin, Lionel/Schröder, Gerhard, Conférence de presse conjointe de monsieur Jacques Chirac, Président de la République, de monsieur Lionel Jospin, Premier Ministre et de monsieur Gerhard Schröder, chancelier fédéral d’Allemagne [sic!], Mayence, 09.06.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Erweiterungsfrage diskutiert. Aus diesem Grund schließt sich nun ein kleiner Abschnitt über die Ideen Deutschlands und Frankreichs zur Erweiterung der Europäischen Union an, was unweigerlich auch die Werte Europas sowie seine politischen und geographischen Grenzen berührt.

3.3.3.3 Die Erweiterung Europas

Deutschland versteht sich selbst als Anwalt der Beitrittskandidaten⁴⁴⁸ und als Land, das „am deutlichsten dem Osten zugewandt“⁴⁴⁹ ist; es setzt sich ein für eine rasche Aufnahme der osteuropäischen Länder und der Türkei in die Europäische Union und bezeichnet die Erweiterung als das „wichtigste strategische Ziel“⁴⁵⁰. Die Motive, die sich hinter dem starken Engagement Deutschlands für die Beitrittsländer verbergen, sind sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Natur und oftmals verbunden mit den Werten Europas. An diese appelliert Bundeskanzler Schröder, indem er sagt:

„Europa ist unteilbar. Seine Werte und seine demokratischen Errungenschaften dürfen an den Grenzen der Europäischen Union nicht halt machen.“⁴⁵¹

Auch Fischer betont an anderer Stelle, dass die Europäische Union nicht an der ehemaligen Blockgrenze aufhören sollte und dass die Einigungsidee eine gesamteuropäische sei.⁴⁵² Mit dieser Forderung setzt er – inhaltlich und sprachlich – die Linie fort, die bereits von Adenauer und Kohl vorgezeichnet war. Politisch argumentierend hält er die Erweiterung aus folgenden Gründen für unverzichtbar:

„Die Erweiterung der Union ist unverzichtbar, denn Europa wird zwei unterschiedliche Konzeptionen der Sicherheit nicht aushalten. Es

⁴⁴⁸ Vgl. z. B. Fischer, Joschka, Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer zur Verleihung des Deutsch-Polnischen Preises an die Außenminister a. D. Hans-Dietrich Genscher und Krzysztof Skubiszewski am 9. November 1999 in Berlin, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

⁴⁴⁹ Fischer, Joschka 17.02.2000.

⁴⁵⁰ Fischer, Joschka 24.11.1999.

⁴⁵¹ Schröder, Gerhard 08.06.1999.

⁴⁵² Vgl. Fischer, Joschka, Fischer in der Haushaltsdebatte am 12.09.2000 im Bundestag, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

*kann nicht auf der einen Seite die Integration Europas geben und auf der anderen Seite ein Europa des Gleichgewichts der Kräfte. Diese künstliche Teilung hätte fatale Konsequenzen für beide Seiten.*⁴⁵³

Nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich betrachtet stehe Deutschland – so Fischer und Schröder – in der Verantwortung gegenüber den Beitrittskandidaten.⁴⁵⁴ Und nicht nur gegenüber den Beitrittskandidaten, sondern auch gegenüber sich selbst, da sich Deutschland einen enormen wirtschaftlichen Gewinn von der EU-Erweiterung erhofft.⁴⁵⁵

Auf französischer Seite tritt man zwar auch für die Erweiterung der Europäischen Union ein und weist darauf hin, dass sie der „vocation naturelle de l’Union“⁴⁵⁶ entspreche, mahnt aber zugleich zur Besonnenheit und strebt eine kontrolliertere und wohlüberlegte Aufnahme der osteuropäischen Länder in die EU an.⁴⁵⁷ Die Türkei wird als Beitrittskandidat selten oder gar nicht erwähnt. Im Gegensatz zu Deutschland wird in Frankreich die Erweiterung der Union nicht als erste Priorität betrachtet. Begründet wird dies folgendermaßen:

*„Die Erweiterung darf keine Flucht nach vorne sein. Wir werden nicht zulassen, dass das europäische Aufbauwerk zunichte gemacht wird, an dem Sie und wir gemeinsam mit unseren Partnern seit fast einem halben Jahrhundert mit soviel Willen und Energie gearbeitet haben [...]“*⁴⁵⁸

Diese eher zurückhaltende Position Frankreichs gegenüber der EU-Erweiterung könnte auf die traditionelle französische Sorge um das

⁴⁵³ Fischer, Joschka 3./4.06.2000.

⁴⁵⁴ Vgl. z. B. Schröder, Gerhard 30.11.1999.

⁴⁵⁵ Vgl. z. B. Fischer, Joschka 12.05.2000 oder Schröder, Gerhard, Bundeskanzler Schröder zu aktuellen politischen Fragen (BPA-Mitschrift). Interview im ZDF – Berlin Direkt – am 19.11.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

⁴⁵⁶ Chirac, Jacques/Jospin, Lionel, Conférence de presse conjointe de monsieur Jacques Chirac, Président de la République et de monsieur Lionel Jospin, Premier Ministre, Santa Maria de Feira, 20.06.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

⁴⁵⁷ Vgl. Védrine, Hubert, Entretien du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec LE CLUB DE LA PRESSE D’EUROPE 1, 16.04.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [20.06.2001].

⁴⁵⁸ Chirac, Jacques, „Unser Europa“, Rede von Staatspräsident Jacques Chirac vor dem Deutschen Bundestag am 27.06.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

europäische Gleichgewicht zurückgeführt werden. Während auf deutscher Seite also mit der Erweiterung Europas die Überwindung eines europäischen Gleichgewichtes zugunsten eines integrierten Europas angestrebt wird, so steht man auf französischer Seite der Erweiterung skeptischer gegenüber, da diese das Gleichgewicht in Europa und somit die Grundlage der europäischen Integration bedrohen könnte. Aus diesem Grund – so Védrine – könne Russland auch nicht Mitglied der EU werden, weil dies das Wesen der europäischen Konstruktion durcheinander brächte.⁴⁵⁹ Hier sieht man Frankreich eindeutig in der Tradition gaullistischer Prinzipien, die unter anderem – wie bereits in der ersten Vorstudie deutlich wurde – in der Idee des europäischen Gleichgewichtes und des ‚europäischen Europas‘ ihren Ausdruck fanden. Inwiefern letztere auch heute noch eine Rolle in den Ideen der französischen Akteure spielt und ob bzw. wie die deutschen Akteure zu einem europäischen Europa stehen, wird im folgenden Abschnitt behandelt. Dabei geht es um das Verhältnis zu den USA im Zusammenhang mit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) – ein Aspekt, den zu beleuchten für das Verstehen vor allem französischer Europapolitik notwendig ist.

3.3.3.4 Die ESVI und das Verhältnis zu den USA

Auf dem EU-Gipfel in Helsinki im Dezember 1999 kam es vor allem auf Initiative Frankreichs zur Bildung einer ‚Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität‘. Demnach soll die Europäische Union bis spätestens 2003 eine eigene Eingreiftruppe bilden, die im Krisenfall innerhalb von 60 Tagen 50.000 bis 60.000 Soldaten einsetzen kann. Die WEU soll dabei in die EU integriert werden. Den Hintergrund einer eigenen europäischen Eingreiftruppe bildet vor allem die Einsicht, dass Europa zwar politisch und wirtschaftlich handlungsfähig, im militärischen Bereich jedoch immer noch von den Vereinigten Staaten abhängig ist, was zuletzt im Kosovo-Krieg deutlich wurde. Die USA hingegen stehen einer eigenständigen Verteidigungspolitik Europas ablehnend gegenüber, weil sie darin eine Konkurrenz und damit eine Schwächung der

⁴⁵⁹ Védrine, Hubert, Entretien du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec l'hebdomadaire allemand DER SPIEGEL, 17.07.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [19.06.2001].

NATO sehen und befürchten, dass sich Europa vom amerikanischen Einfluss entziehen könnte.⁴⁶⁰

Das Eintreten sowohl Frankreichs als auch Deutschlands für den Aufbau einer eigenen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) entspricht der Idee von der zukünftigen Rolle Europas, aktiver und international gestaltunfähig zu werden. Das Ziel ist somit bei beiden Ländern dasselbe; allein die Motive sind unterschiedlich, reichen in die Vergangenheit zurück und lassen wiederum Schlüsse auf das Selbstverständnis Deutschlands und Frankreichs zu.

Auf deutscher Seite wird zwar die Notwendigkeit eigener militärischer Kapazitäten für Europa betont, zugleich aber immer unterstrichen, dass die ESVI keine Alternative, keine Konkurrenz zur NATO darstelle, sondern sie im Gegenteil stärke.⁴⁶¹ Auch die Freundschaft zu und die Zusammenarbeit mit den USA wird uneingeschränkt als bedeutsam hervorgehoben. Diese zwei Seiten – zum einen die Forderung nach einem stärkeren und auch militärisch handlungsfähigeren Europa und zum anderen die Betonung, dass Deutschland ein „elementares Interesse an der amerikanischen Präsenz in Europa“⁴⁶² habe und es keine „Alternative zum Atlantischen Bündnis“⁴⁶³ gebe – resultieren aus folgenden Entwicklungen: Europa soll stärker werden, schneller und unabhängig handeln und Konflikte in Europa notfalls auch ohne die Hilfe der USA bewältigen können. Fischer geht davon aus, dass die Streitkräfte der einzelnen europäischen Staaten Konflikten wie beispielsweise dem Kosovo-Krieg nicht mehr gerecht werden, sondern diesen nur mit einer gemeinsamen Eingreiftruppe wirksam begegnen können.⁴⁶⁴ Das Engagement Deutschlands für eine ESVI resultiert aber auch aus der Überzeugung oder dem Willen, nicht mehr nur wirtschaftliche und politische

⁴⁶⁰ Vgl. Joffe, Josef, Der Ehrgeiz Europas, in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 07.02.2000, S. 4.

⁴⁶¹ Vgl. Schröder, Gerhard 08.06.1999, 02.09.1999 und Schröder, Gerhard, Ansprache von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich des 4. Forums „Fazit: Deutschland“ am 22.09.1999, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

⁴⁶² Fischer, Joschka, Rede des Bundesaußenminister des Auswärtigen Joschka Fischer auf der 36. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 05.02.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

⁴⁶³ Schröder, Gerhard 22.09.1999.

⁴⁶⁴ Vgl. Fischer, Joschka 21.06.2000.

Verantwortung für Europa zu übernehmen, sondern auch militärische.⁴⁶⁵ Das Ziel eines starken Europa verknüpft Fischer dann mit dem Eintreten für die NATO und die amerikanische Präsenz in Europa und argumentiert folgendermaßen:

„Europa muss sich entwickeln: nicht damit es sich von den USA abkoppelt, sondern damit die USA in Europa einen verlässlichen Partner haben können.“⁴⁶⁶

In diesem Zusammenhang weist Fischer auch darauf hin, dass gerade Deutschland den USA sehr viel zu verdanken habe und deshalb für die Unterstützung der USA Sorge trage, die er im Aufbau eines starken Partners, eines starken Europas sieht.⁴⁶⁷ An anderer Stelle bezeichnet Gerhard Schröder die USA und Europa gar als „globale Partner“⁴⁶⁸. Besonderes Gewicht wird des Weiteren auf die amerikanische Präsenz in Europa gelegt. Fischer spricht sogar davon, dass es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine „Europäisierung der USA“⁴⁶⁹ gegeben habe, von der Europa jedoch nur profitiere, da es für seine innere und äußere Sicherheit auf jeden Fall auf die USA – die „europäische Macht“⁴⁷⁰ – angewiesen sei. Ein interessanter, die Rolle Deutschlands in Europa betreffender Aspekt kommt jedoch noch hinzu, den Fischer wie folgt formuliert:

„[...] Insofern werden wir auch in Zukunft immer auf die Präsenz der USA angewiesen sein. Aber ich behaupte: nicht nur aus sicherheitspolitischen Gründen. Die USA haben sich innereuropäisch immer als entscheidendes Gewicht zum innereuropäischen Ausgleich erwiesen. Und gerade die Bundesrepublik Deutschland hat ein großes Interesse an der Präsenz der USA, denn sonst würden wir in eine

⁴⁶⁵ Vgl. Schröder, Gerhard, Ansprache von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor der Parlamentarischen Versammlung der NATO anlässlich ihrer 46. Jahrestagung, 21.12.2000 in Berlin, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede> [30.05.2001].

⁴⁶⁶ Fischer, Joschka 05.11.1999.

⁴⁶⁷ Vgl. Fischer, Joschka 21.06.2000.

⁴⁶⁸ Schröder, Gerhard, Laudation von Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der Verleihung des Internationalen Karlspreises an William Jefferson Clinton, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, 02.06.2000 in Aachen, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

⁴⁶⁹ Fischer, Joschka, Bundesminister Fischer zu Fragen der EU-Osterweiterung – Interview in der WIRTSCHAFTSWOCHE vom 16.11.2000.

⁴⁷⁰ Vgl. Fischer, Joschka 15.09.2000.

Rolle gedrückt, die wir nicht ausfüllen können und nicht ausfüllen wollen.“⁴⁷¹

Auf französischer Seite spricht man sich noch stärker als auf der deutschen für die Entwicklung der ESVI aus, unterstreicht zwar auch deutlich, dass ein militärisch eigenständiges Europa kein Konkurrent der NATO sei, sondern sie vielmehr stärke.⁴⁷² Die Betonung der Notwendigkeit einer amerikanischen Präsenz in Europa fehlt jedoch gänzlich. Auch gibt Védrine zu Bedenken, dass die Amerikaner ihre Freunde, ihre „alliés“ und nicht ihre „alignés“ seien, und dass sie, die Franzosen, immer noch gerne selbst entschieden, was zu tun und zu lassen sei.⁴⁷³ Es scheint manchmal, als sei Védrine ‚eifersüchtig‘ auf die letzte noch existierende Weltmacht, ist er doch von der Gleichwertigkeit seiner, der französischen Nation ebenso überzeugt. Fast verärgert, aber zumindest spöttisch bemerkt er:

„Fidèles à ce que pense l’Amérique d’elle même et du reste du monde depuis deux siècles, la plupart des grands responsables ou des grands analystes américains ne doutent pas un instant que les Etats-Unis sont la ‘nation indispensable’ et que celle-ci doit, dans l’intérêt de l’humanité, rester prépondérante.“⁴⁷⁴ und an anderer Stelle *„Il y a des bases américains partout. Et, quand il n’y a pas de bases, il a Microsoft, Hollywood ou CNN!*“⁴⁷⁵

Somit scheint auch dieses gaullistische Prinzip, das Befürworten eines europäischen Europas, auch zur heutigen Zeit noch aktuell zu sein, auch wenn

⁴⁷¹ Fischer, Joschka, Bundesminister Fischer anlässlich des Festaktes zum 30. Jahrestag des Warschauer Vertrages am 05.12.2000 im Auswärtigen Amt, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

⁴⁷² Vgl. Chirac, Jacques/Jospin, Lionel/Blair, Tony, Conférence de presse conjointe de monsieur Jacques Chirac, Président de la République, de monsieur Tony Blair, Premier Ministre du Royaume Uni de Grande-Bretagne et d’Irlande du Nord et de monsieur Lionel Jospin, Premier Ministre lors du sommet franco-britannique, 25.11.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001] und Védrine, Hubert, Colloque „Le Monde – El Pais – Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Discours du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, 03.12.1999, <http://www.diplomatie.gouv.fr/europe/politique/defense/vedrine1.html> [19.06.2001].

⁴⁷³ Vgl. Védrine, Hubert 21.10.1999.

⁴⁷⁴ Védrine, Hubert 03.11.1999.

⁴⁷⁵ Védrine, Hubert 20.11.2000.

Frankreich jetzt nicht mehr explizit die Führungsrolle dieses europäischen Europas für sich beansprucht.

In dem nun folgenden Fazit werden die deutschen und französischen Ideen vom Staat, der Nation und Europa in ihren wesentlichen Aspekten zusammengefasst und verglichen, um dem sich daran anschließenden vierten Kapitel, dem Schluss, die letzte noch fehlende Grundlage zu liefern.

3.3.4 Fazit

Deutschland hat sich zu einer selbstbewussten Kulturnation entwickelt, die sich über Geist, Kultur und Sprache definiert. Auch wird die deutsche Nation erstmals wieder mit den Begriffen der Freude, der Emotionen und des Stolzes in Verbindung gebracht und drückt somit aus, dass sie mit sich selbst und ihrer Geschichte im Reinen ist. Dies schließt jedoch nicht aus, dass Deutschland seine Nation und seinen Staat immer noch über die Abgrenzung zur nationalsozialistischen Vergangenheit definiert. Bei der Betrachtung des französischen Falles trifft man auf eine nach wie vor selbstbewusste Staatsnation – *une et indivisible* – und geprägt von der Autorität des Staates. Auch hier definiert man sich sehr stark über Kultur, Sprache und Geist, geriert sich jedoch nicht mehr als „Vorbild für den Rest der Welt“ und nimmt zusehends Abstand von der „*exception française*“. Bis hierher ist man somit geneigt, eine Annäherung deutscher und französischer Ideen zu konstatieren.

Das Bild des Staates unterscheidet sich jedoch nach wie vor: Während Deutschland das Konzept einer Zivilgesellschaft entwirft, nach dem die Bürger mehr Eigenverantwortung nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen und gesellschaftlichen Bereich übernehmen sollen, vertritt man in Frankreich die Auffassung, der Staat müsse stark und als Hüter der nationalen Solidarität und sozialen Kohäsion auftreten. Nur der wirtschaftliche Sektor bildet hier eine Ausnahme und entfernt sich vom zentralisierten Staat. Diesem Bild entsprechend hängt Frankreich noch viel stärker an seinem Staat als Deutschland und verwehrt sich gegen eine Übertragung wesentlicher Souveränitätsrechte vom Nationalstaat auf die EU. Deutschland indes ist auf dem Weg, die Bedeutung des

Nationalstaates zu relativieren und plädiert entschieden für eine Souveränitätsübertragung. Auch die Selbsteinschätzung in Bezug auf den Staat ist bei beiden Ländern unterschiedlich. Obwohl Deutschland sowohl wirtschaftlich als auch demographisch betrachtet im Vorteil ist, bezeichnet es sich als Mittelmacht und Frankreich sich selbst als Großmacht, indem es auf seinen internationalen Einfluss als Atommacht und Sicherheitsratsmitglied verweist.

Die Rolle Deutschlands in Europa beginnt sich – laut Schröder – zu verändern, weil es nicht nur im wirtschaftlichen und politischen, sondern auch im militärischen Bereich verstärkt bereit ist, gesamteuropäisch Verantwortung zu übernehmen. Es sieht sich selbst als Anwalt der Beitrittskandidaten und zusammen mit Frankreich als Wegbereiter der Europäischen Integration. Aber auch die Vorteile, die Deutschland vor allem im wirtschaftlichen Bereich aus der EU zieht, werden nicht verschwiegen. Frankreich zweifelt ebenso wenig an seiner Rolle als Lokomotive Europas, betont aber auch die unersetzliche Zusammenarbeit mit Deutschland. Anders als Deutschland äußert Frankreich sich indes nicht im Detail über die Verantwortung gegenüber Europa und gar nicht über die Vorteile, die ihm aus Europa erwachsen. Es sieht Europa vielmehr als Plattform, um eigene, französische Interessen besser zur Geltung zu bringen, und man kommt kaum umhin, hierin eine versteckte Sehnsucht zu erkennen, frühere Größe und Bedeutung wieder zu erlangen. Beide Länder sind sich allerdings in ihrer Vorstellung von der zukünftigen Rolle Europas in der Welt einig: Europa soll stärker, international wichtiger und handlungsfähiger werden.

Am deutlichsten sind die Unterschiede in den Ideen Deutschlands und Frankreichs zur Finalität der Europäischen Union. Deutschland strebt eine Föderation mit klarer Kompetenzenregelung zwischen Europa und den Nationalstaaten an und entwirft bereits konkrete institutionelle Reformen. Frankreich hingegen verwahrt sich gegen die Föderation und auch gegen zu starke supranationale Elemente und plädiert für einen Staatenbund. Auch gegenüber der Erweiterung ist Frankreich skeptischer als Deutschland. Hier verbirgt sich wohl die Sorge um das europäische Gleichgewicht, das durch die Aufnahme der osteuropäischen Staaten in Gefahr gebracht werden könnte, zumal Deutschland dann mehr ins Zentrum Europas rückt, während Frankreich sich weiter vom Zentrum entfernt. Die Idee

des europäischen Gleichgewichtes findet auf deutscher Seite kaum Beachtung; in Konkurrenz zur Idee eines Europas der Integration muss erstere den Kürzeren ziehen. Auch das Ziel eines ‚europäischen Europas‘ – also eines Europas unter europäischer Führung und ohne amerikanische Einmischung – wird auf französischer Seite eindeutig stärker vertreten. Die Idee einer ESVI wird zwar auf beiden Seiten befürwortet, die Motivlage ist jedoch eine andere. Deutschland setzt sich – unter anderem historisch argumentierend – dafür ein, dass die USA einen starken europäischen Partner haben, während Frankreich das Gewicht auf die Unabhängigkeit Europas von den Vereinigten Staaten legt.

Die Betrachtung, wie und ob sich die Ideen Deutschlands und Frankreichs zum Staat, der Nation und Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verändert haben und inwiefern sie sich im Vergleich aufeinander zu bewegen oder abstoßen, erfolgt nun im Schluss.

4 Schluss

Noch einmal zurück zum Anfang, und damit zur Fragestellung: Sind die Ideen Deutschlands und Frankreichs komplementär und bewegen sie sich eher aufeinander zu oder stoßen sie sich ab? Um auf diese Frage eine Antwort zu finden, wurden im Hauptteil die Ideen beider Länder hinsichtlich ihrer Nation, ihres Staates und Europa dargestellt und verglichen. Die Ergebnisse dieses Hauptteiles sollen nun in ihren wichtigsten Stationen rekapituliert werden. Den Anfang bildet dabei ein vertikaler Vergleich deutscher Ideen über die untersuchten drei Zeiträume hinweg.

4.1.1.1 Deutsche Ideen im Vergleich

Die deutsche Nation hat sich kontinuierlich emanzipiert. Während sie zu Zeiten Adenauers kaum Erwähnung findet und durchweg negative Konnotationen im In- und Ausland hervorruft, taucht der Begriff der Nation in den Reden Helmut Kohls bereits häufiger auf. Nach der deutschen Einheit soll der deutschen Nation wieder zu einem positiven Anstrich und dem geeinten Deutschland zum „gelassenen Selbstbewusstsein anderer europäischer Staaten“ verholfen werden. In diesem Zusammenhang ist die Rede vom ‚geläuterten Patriotismus‘, der sich jedoch vorerst in einem Verfassungs- und Währungspatriotismus äußert. Die Betrachtung der dritten, aktuellen Studie zeigt dann die Entwicklung des Versuches, sich und sein Selbstverständnis anderen Staaten anzupassen. Laut Fischer könne die Debatte über den gebrochenen Nationalstaat nun endgültig beendet werden; man habe sich mit seiner Kulturnation abgefunden und sei auf dem Weg zu einer selbstbewussten Nation, die sich über Geist, Kultur und Sprache definiere und auch Anlass zu Freude, Stolz und öffentlichen Emotionen geben könne. Ein wichtiges Identitätsmerkmal der deutschen Nation, die Abgrenzung zur nationalsozialistischen Vergangenheit, wird jedoch immer noch in den Vordergrund gestellt, und der doch noch oftmals – aus Rücksicht vor der Vergangenheit und den negativen Assoziationen der Nachbarländer – vorsichtige Umgang mit der Nation führen zu der Vermutung, dass Deutschland immer noch

nicht denselben Grad des Selbstbewusstseins und der „Normalisierung“ anderer Länder erreicht hat.

Die Idee vom Staat hat sich zwar naturgemäß im Laufe der Zeit verändert, weist jedoch gewisse Kontinuitäten auf: Der Staat war bei Adenauer eine „willkürliche Bindung“, ein bloßes Konstrukt und keine sinnvolle Antwort auf die Probleme Europas, bei Kohl tritt er vollkommen in den Hintergrund und nimmt eher einen „neutralen“ Status ein. Bei Schröder und Fischer macht er noch nicht einmal mehr die Identität der Menschen aus. Ihm wird vielmehr das Konzept der Zivilgesellschaft gegenübergestellt, das nun als Rückgrat der Demokratie und als Quelle bürgerlicher Eigenverantwortung dient. Der Staat – gleichwohl stark und fürsorgend – übernimmt die Rolle des „Aktivierers“ für die Gesellschaft, fällt aber als „Übervater“ aus. Begriffe wie ‚Macht‘ und ‚Einfluss‘ kommen in Verbindung mit dem Staat nicht in Frage, auch der Rang Deutschlands in der Welt wird nicht thematisiert. Nüchtern wird konstatiert, dass Deutschland seit der Einheit größer und international wichtiger geworden, aber immer noch „europäische Mittelmacht“ sei.

Auch in den Europa-Ideen kann man von einer starken Kontinuität sprechen. Nach dem Zweiten Weltkrieg sucht Deutschland in Europa sein neues Vaterland und stellt somit europäische Interessen vor deutsche, die aufgrund des semi-souveränen Status Deutschlands ohnehin nicht unabhängig von den Alliierten definiert werden können. Auf lange Sicht strebt Adenauer einen europäischen Bundesstaat, eine Europäische Union an, für die auch Kohl sich dann im Zuge der Maastrichter Verträge stark macht. Um die Zeit der Wende definiert Deutschland seine Rolle in Europa nicht über die Führungsmacht in Europa, sondern indirekt über die Vereinigten Staaten von Amerika, deren erster Ansprechpartner in Europa Deutschland ist. Wirtschaftlich gesehen avanciert Deutschland zur Konjunkturlokomotive, im politischen Bereich wird es zum Fürsprecher der Mittel-, Ost- und Südosteuropäischen Staaten. Somit ist Kohls Europa-Konzept im Gegensatz zu dem Adenauers zumindest geographisch weitreichender. Was die Finalität Europas angeht, so ist hier noch die Rede vom europäischen Bundesstaat und von den ‚Vereinigten Staaten von Europa‘. Diese Bilder tauchen in der dritten Studie gar nicht mehr auf; ein europäischer Bundesstaat wird als illusorisch und

unrealistisch abgetan, während eine Föderation der Nationalstaaten machbar erscheint. Ansonsten setzen Fischer und Schröder jedoch die europapolitische Linie ihrer Vorgänger fort. Auch sie geben sich betont europäisch, geben Europa den Vortritt vor nationalstaatlichen Interessen und sehen sich zusammen mit Frankreich in der Verantwortung für die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union. Die Rolle, die Deutschland in Europa einnimmt, beginnt sich seit dem Kosovo-Krieg indes zu verändern: Es engagiert sich nunmehr nicht nur wirtschaftlich und politisch, sondern auch militärisch.

4.1.1.2 Französische Ideen im Vergleich

Die französische Nation – und damit auch der französische Staat, weil untrennbar miteinander verbunden – werden nach wie vor als groß und bedeutend betrachtet, allein ihre mythische Verklärung und Personalisierung tritt in den Hintergrund. Während bei de Gaulle Staat sowie Nation als Wesen betrachtet werden, als einzige Quelle demokratischer Legitimation, ausgestattet mit einer Seele und mit dem alleinigen Recht, sich Gehorsam zu verschaffen, warnt Mitterrand aufgrund der Erfahrungen aus dem Golf- und Jugoslawienkrieg vor einem übersteigerten Nationalgefühl. Auch er scheint sich noch an seine Nation zu klammern, betont allenthalben den Rang und die Rolle der französischen Staatsnation in der Welt, lässt zugleich jedoch eine zumindest teilweise Abkehr traditioneller, gaullistischer Dogmen nationalstaatlichen Denkens erkennen. Diese Tendenz setzt sich auch bei Chirac, Jospin und Védrine fort: Auf der einen Seite wird das „génie national“ betont und die Nation als Ort beschrieben, wo das Herz der Demokratie schlägt. Auch die Erwähnung des Ranges Frankreichs in der Welt, das mit einem fünften oder sechsten Platz darauf besteht, Großmacht genannt zu werden, festigt den Eindruck, dass Frankreich noch immer an seinem Nationalstaat hängt. Auf der anderen Seite nimmt man Abstand von dem Begriff der ‚exception française‘ und geriert sich – zumindest rhetorisch – nicht mehr als Vorbild und Lehrmeister für den Rest der Welt. Es wird des Weiteren angekündigt, dass der Staat sich zu verändern beginne; die Bürger sollen stärker zur Eigenverantwortung gezogen werden. Dies bezieht sich jedoch zur Zeit erst auf den wirtschaftlichen Sektor, im gesellschaftlichen agiert der Staat immer noch als Garant nationaler Solidarität

und sozialer Kohäsion und nimmt somit eine starke und beschützende Rolle für die Gesellschaft ein.

Was allerdings die Europa-Ideen angeht, so sind leichte Veränderungen auszumachen. De Gaulle sieht in Europa nur ein Mittel, Frankreichs Rolle als Weltmacht wiederherzustellen, verdrängt aus diesem Grund die Briten vom Kontinent und verhält sich extrem anti-amerikanisch. Er prägt unter anderem die Prinzipien des ‚europäischen Europas‘ und des ‚europäischen Gleichgewichtes‘, die sowohl Mitterrand als auch Chirac, Jospin und Védrine aufgreifen. Mitterrand sieht in der deutschen Einheit eine Destabilisierung des europäischen Gleichgewichtes und unterstützt mit der Förderung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität die Entwicklung eines europäischen Europas. Chirac, Jospin und Védrine begegnen der Osterweiterung skeptisch, da sie eine zentralere Rolle Deutschlands zu Ungunsten Frankreichs befürchten und damit auch das europäische Gleichgewicht in Gefahr sehen. Als Initiator der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP) setzt Frankreich sich zudem für die Unabhängigkeit Europas von den USA und für eine aktivere, stärkere und auch militärisch handlungsfähigere Europäische Union ein. Im Bereich der institutionellen Reformen ist kaum eine Entwicklung zu betrachten. De Gaulle vertritt das Konzept des Staatenbundes und setzt sich gegen jegliche Stärkung der Supranationalität ein. Mitterrand hüllt diese Vorstellung rhetorisch zwar in die Begriffe ‚gemeinsames europäisches Haus‘ oder ‚europäische Konföderation‘, inhaltlich meint er jedoch nichts anderes als de Gaulle. Chirac, Jospin und Védrine schließen sich dann den beiden an, plädieren für einen Staatenbund, geben sich skeptisch gegenüber der Stärkung supranationaler Elemente und verkünden geradeheraus, dass Europa für Frankreich eine Bühne sei, auf der nationale Interessen besser zu vertreten seien. Allein in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik machen sie sich für einen hohen Grad an Vergemeinschaftung stark. Insgesamt gilt aber nach wie vor, dass zwar die Vernunft für Europa plädieren müsste, das Herz indes noch zu stark am eigenen Nationalstaat hängt.

4.1.1.3 *Deutsche und französische Ideen im Vergleich*

Im Laufe der Analyse deutscher und französischer Ideen kristallisierten sich drei zentrale Ergebnisse heraus, die im Folgenden überblicksartig dargestellt werden.

(1) Das Selbstbewusstsein der deutschen Nation nähert sich dem der französischen Nation zusehends an. Allerdings haben die Deutschen noch immer die Last ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit zu tragen, während Frankreich von der Rolle als früherer Weltmacht zehrt und sich als Atommacht und UN-Sicherheitsratmitglied international gewichtiger sieht. Mit der Einheit der Nation wird in Frankreich zugleich die Stärke des Staates verbunden, was in Deutschland aufgrund seiner Identität als Kulturnation nicht der Fall ist.

(2) Die Staatsideen Frankreichs nähern sich teilweise den Ideen Deutschlands an. Beide Länder plädieren für mehr Eigenverantwortung des Bürgers. Im Falle Frankreichs bezieht sich dies jedoch erst auf den wirtschaftlichen Bereich, während Deutschland die Eigenverantwortung auch im gesellschaftlichen Bereich fordert. Somit soll in Deutschland die Gesellschaft lernen, sich selbst zu führen, während in Frankreich der Staat diese Rolle übernimmt. Hieraus resultiert wiederum das stärkere Festhalten Frankreichs am Nationalstaat, da diesem essentielle Aufgaben für Gesellschaft und Nation zugedacht sind, die im deutschen Fall zunehmend an Bedeutung verlieren.

(3) Europa sehen Deutschland und Frankreich als künftigen globalen Partner der USA, als aktiven und starken Pol, der auch militärisch handlungsfähiger werden soll. Beide Länder verstehen sich selbst als Motoren der Europäischen Integration, speisen ihre Motive für das europäische Engagement indes aus unterschiedlichen Quellen: Deutschland sieht sich in der – auch historischen – Verantwortung für die osteuropäischen Staaten und fungiert somit als Initiator und starker Befürworter der Erweiterung. Frankreich treibt vor allem in der GASP die europäische Integration voran und tritt als Initiator der GESVP für eine eigenständige europäische Eingreiftruppe ein. Hier verbirgt sich das Ziel eines europäischen Europas ohne Einmischung der USA. Im institutionellen Bereich divergieren deutsche und französische Ideen stark: Das Konzept einer Föderation von Nationalstaaten mit europäischer Regierung und wesentlicher Übertragung

nationalstaatlicher Souveränität auf die EU trifft auf das Konzept des Staatenbundes und einer skeptischen Haltung gegenüber der Souveränitätsabgabe.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass beide Länder Europa zugewandt sind, Deutschland aber stärker bereit ist, den Nationalstaat zu überwinden und gemeinsamen Interessen Vorrang gegenüber nationalen zu geben. Frankreich dagegen hält am Nationalstaat fest und lässt nur hin und wieder Tendenzen zum Multilateralismus und zur Vergemeinschaftung nationaler Bereiche erkennen. Auch die Sorge vor einem zu starken Deutschland in Europa und damit einer Schwächung Frankreichs steht in der französischen Europapolitik noch immer im Vordergrund.

4.1.1.4 Ausblick

Stellt man diese Ergebnisse den Verhandlungspositionen Deutschlands und Frankreichs auf der Gipfelkonferenz in Nizza gegenüber, so erkennt man zumindest Parallelen, die bestimmte Entscheidungen verständlich und plausibel machen: Deutschlands höchste Priorität ist es, die Europäische Union institutionell bereit für die Osterweiterung zu machen. Gleichzeitig stellt es europäische Interessen vor deutsche und verleiht daher der deutsch-französischen Partnerschaft als Motor Europas mehr Gewicht als eigenen, nationalstaatlichen Präferenzen. So verzichtet Deutschland zu Gunsten der deutsch-französischen Freundschaft und damit zu Gunsten Europas auf die Angleichung der Stimmen im Rat proportional zur Bevölkerungszahl, nach der es mehr Stimmen als Frankreich haben müsste. Exakt denselben Punkt macht Frankreich zur höchsten Priorität in Nizza, nämlich die Parität Deutschlands und Frankreichs. Hier tritt unter anderem die Sorge vor einem zu starken Deutschland zu Tage, ebenso wie die Befürchtung, Frankreichs Rolle in Europa könne geschwächt werden. Die oftmals als starrköpfige und allen Erwartungen an eine Präsidentschaft widersprechende Verhandlungsführung wird plausibel, ruft man sich die Idee Frankreichs von Europa vor Augen, die als Bühne zur Durchsetzung französischer Interessen dienen soll. Die Franzosen werden also vor die Wahl gestellt: Entweder gewähren sie Deutschland eine zusätzliche „symbolische“ Stimme im Rat oder mehr Stimmen im EP und geben sich darüber hinaus noch mit einer neuen Bestimmung

über die Entscheidungsfindung zufrieden, nach der mit 62% der europäischen Gesamtbevölkerung eine Entscheidung blockiert werden kann – eine Mehrheit, die Deutschland künftig mit zwei anderen großen Staaten auch hätte. Frankreich entscheidet sich für die zweite Möglichkeit, und es ist nachvollziehbar, diese Entscheidung zumindest partiell auf die Ideen Frankreichs zurück zu führen.

Eine Zukunftsprognose zu entwickeln ist auf der Basis einer Ideen-Analyse sehr schwierig, da sie zwar Entscheidungen – wie gerade deutlich wurde – ex post nachvollziehbar und verständlich macht, sie aber nicht eindeutig erklären kann und sich somit für eine Prognose immer verschiedene Möglichkeiten offen lassen muss. Unter anderem erscheinen folgende Szenarien für die Zukunft plausibel.

- a) Die deutsch-französischen Beziehungen werden enger und vor allem fruchtbarer, da Deutschland und Frankreich aufgrund der zumindest teilweisen Annäherung in ihren Ideen vom Staat und der Nation eine größere Empathie füreinander entwickeln, aus der Respekt vor nationalen Befindlichkeiten und größeres Vertrauen entsteht.
- b) Die deutsch-französischen Beziehungen leiden unter der Tatsache, dass die deutsche Nation selbstbewusster geworden ist und sich der französischen angenähert hat, weil in Frankreich die Angst vor einem Erstarren Deutschlands wiederbelebt wird.
- c) Europa wird künftig mehr gemeinsames deutsch-französisches Engagement erwarten dürfen, da deutsche und französische Ideen von der zukünftigen Rolle Europas und ihrer eigenen Rolle in Europa kompatibel sind.
- d) In Europa kommt es zu einer Stagnation deutsch-französischer Initiativen, da die Motive, aus denen sich ein europäisches Engagement speist, bei beiden Ländern unterschiedlich sind.

Die Szenarien b) und d) halte ich im Falle Nizzas für plausibel. Die Tatsache, dass Deutschland und Frankreich auf Vorschlag des französischen Staatspräsidenten

Chirac für den Januar 2001 einen deutsch-französischen Gipfel außerhalb des üblichen Turnus vereinbart und somit die Bedeutung der deutsch-französischen Partnerschaft für Europa hervorgehoben haben, ließen durchaus auch die Möglichkeit des Szenarios c) zu. Nach den Wahlen im Jahr 2002, die oftmals für die starre Haltung sowohl des Staatspräsidenten als auch des Ministerpräsidenten und damit einhergehend für das verstärkte nationale und geschwächte europäische Interesse verantwortlich gemacht werden, wäre neben Szenario c) gar die Tendenz zu Szenario a) nachvollziehbar.

Hiermit versichere ich, Britta Joerißen, geboren am 29. März 1977, dass ich diese Arbeit alleine und nur unter Verwendung der angegebenen Hilfsmittel geschrieben habe.

Trier, im Juli 2001

5 Literaturverzeichnis

Primärliteratur

Adenauer, Konrad, Bundestagsreden, hrsg. von Josef Selbach, Bonn 1967.

Adenauer, Konrad, Erinnerungen 1959-1963. Fragmente, Stuttgart 1968.

Auswärtiges Amt (Hrsg.), Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: Dokumente von 1949-1994, Köln 1995.

Chirac, Jacques/Schröder, Gerhard, Point de Presse conjoint de monsieur Jacques Chirac, Président de la République, et de monsieur Gerhard Schröder, Chancelier de la République Fédérale d'Allemagne, à l'occasion de la tournée des pays membres de l'UE, Hanovre, 2.12.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques/Schröder, Gerhard/Jospin, Lionel, Conférence de presse conjointe de monsieur Jacques Chirac, Président de la République Française, de monsieur Gerhard Schröder, Chancelier de la République Fédérale d'Allemagne, et de monsieur Lionel Jospin, Premier Ministre, 76^e consultations franco-allemandes, Vittel, 10.11.2000, <http://www.elysee.fr/> [07.06.2001].

Chirac, Jacques, Allocution de monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de l'inauguration de la statue du Général de Gaulle, Paris, 09.11.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques, Discours prononcée par monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion des cérémonies commémorant le 10^e anniversaire de la réunification de la République fédérale d'Allemagne, Dresde, 03.10.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques, Discours de monsieur Jacques Chirac, Président de la République, aux maires de la Charente, Rouillac, 21.09.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques, Interview Télévisée de monsieur Jacques Chirac, Président de la République, à l'occasion de la fête nationale, interrogée par Élise Lucet, Patrick Poivre d'Arvor et Béatrice Schönberg, 14.07.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques, Conférence de Presse de monsieur Jacques Chirac, Président de la République à l'office fédéral de Presse, Berlin, 27.06.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques, Allocution prononcée par monsieur Jacques Chirac, Président de la République, devant le Bundesverband der Deutschen Industrie, Berlin, 27.06.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques, „Unser Europa“, Rede von Staatspräsident Jacques Chirac vor dem Deutschen Bundestag am 27.06.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Chirac, Jacques, Allocution prononcée par monsieur Jacques Chirac, Président de la République, Berlin, 26.06.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques, Allocution prononcée par monsieur Jacques Chirac, Président de la République à l'occasion du dîner d'état offert en honneur par son excellence monsieur Johannes Rau, Président de la République fédérale d'Allemagne, Berlin, 26.06.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques/Schröder, Gerhard, Interview conjointe de monsieur Jacques Chirac, Président de la République et du chancelier Schröder à la ZDF, Hanovre, 25.06.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques/Jospin, Lionel, Conférence de presse conjointe de monsieur Jacques Chirac, Président de la République et de monsieur Lionel Jospin, Premier Ministre, Santa Maria de Feira, 20.06.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques/Jospin, Lionel/Schröder, Gerhard, Conférence de presse conjointe de monsieur Jacques Chirac, Président de la République, de monsieur Lionel Jospin, Premier Ministre et de monsieur Gerhard Schröder, chancelier fédéral d'Allemagne [sic!], Mayence, 09.06.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques/Jospin, Lionel, Conférence de presse conjointe de monsieur Jacques Chirac, Président de la République et de monsieur Lionel Jospin, Premier Ministre à l'issue du conseil extraordinaire des chefs d'état et de gouvernement de l'Union Européenne, 24.03.2000, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques, Discours de monsieur Jacques Chirac, Président de la République à l'occasion de l'inauguration du nouveau bâtiment du Parlement européen, Strasbourg, 14.12.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques/Jospin, Lionel/Schröder, Gerhard, Conférence de presse conjointe de monsieur Jacques Chirac, Président de la République, de monsieur Gerhard Schröder, Chancelier de la République Fédérale d'Allemagne et de monsieur Lionel Jospin, Premier Ministre, 74^{es} consultations franco-allemandes, 30.11.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques/Jospin, Lionel/Blair, Tony, Conférence de presse conjointe de monsieur Jacques Chirac, Président de la République, de monsieur Tony Blair, Premier Ministre du Royaume Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et de monsieur Lionel Jospin, Premier Ministre lors du sommet franco-britannique, 25.11.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques, Discours du Président, 09.11.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques, Entretien de monsieur Jacques Chirac, Président de la République avec la radio DEUTSCHLANDFUNK et la télévision ARD à l'occasion du 10^e anniversaire de la chute du mur de Berlin, 9.11.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques/Jospin, Lionel, Conférence de presse conjointe de monsieur Jacques Chirac, Président de la République Française, et de monsieur Lionel Jospin, Premier Ministre, au conseil européen extraordinaire, Tampere, 16.10.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques/Rau, Johannes, Déclaration à la presse de monsieur Jacques Chirac, Président de la République et de monsieur Johannes Rau, Président de la République Fédérale d'Allemagne à l'issue de leur déjeuner, 27.07.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques, Discours du Président, 14.07.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Chirac, Jacques/Jospin, Lionel, Conférence de presse conjointe de monsieur Jacques Chirac, Président de la République et de monsieur Lionel Jospin, Premier Ministre à l'issue du conseil européen de Cologne, 04.06.1999, <http://www.elysee.fr/> [08.06.2001].

Couve de Murville, Maurice, Zu den deutsch-französischen Beziehungen, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Nachdenken. Über Konrad Adenauer und seine Politik. Internationales wissenschaftliches Symposium am 27. April 1992 aus Anlaß des 25. Todestages von Konrad Adenauer, Bonn/Berlin 1993, S. 108-117.

Dantes, Edmond, Mitterrand par lui-même. Critique et analyse d'une vie politique, Paris 1992.

Dokumente/Documents/Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hrsg.),

Deutschland – Frankreich. Ein neues Kapitel ihrer Geschichte. 1948-1963-1993, Bonn 1993.

Faure, Maurice, Zwischenbilanz der Europa-Politik Ende 1961, in: Europa-Archiv 16/1961 24, S. 711-716.

Fischer, Joschka, “Wir wollen kein deutsches Europa”. Interview mit Joschka Fischer, in: Süddeutsche Zeitung, 22.12.2000, S. 11.

Fischer, Joschka, Bundesminister Fischer anlässlich des Festaktes zum 30. Jahrestag des Warschauer Vertrages am 05.12.2000 im Auswärtigen Amt, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

Fischer, Joschka, Bundesaußenminister Fischer zur Europapolitik. Interview in der Frankfurter Rundschau vom 01.12.2000, <http://www.auswaertiges-amt.de/> [04.01.2001].

Fischer, Joschka, Bundesminister Fischer zum Europäischen Rat in Nizza – Rede im Bundestag, 28.11.2000, <http://www.auswaertiges-amt.de/> [04.01.2001].

Fischer, Joschka, Bundesminister Fischer zu Fragen der EU-Osterweiterung – Interview in der WIRTSCHAFTSWOCHE vom 16.11.2000.

Fischer, Joschka, Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer im belgischen Parlament am 14. November 2000 in Brüssel, <http://www.auswaertiges-amt.de/> [29.11.2000].

Fischer, Joschka, „The United States, Germany and Europe in an era of global challenges“. “Herbert Quandt”-Lecture des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer am 15.09.2000 vor der Georgetown-Universität Washington D. C., <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

Fischer, Joschka, Fischer in der Haushaltsdebatte am 12.09.2000 im Bundestag, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

Fischer, Joschka, Interview mit Joschka Fischer. „Ich habe nichts gegen Volksentscheide“, in: Süddeutsche Zeitung vom 09.09.2000, S. 13.

Fischer, Joschka, Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer „Multilateralismus als Aufgabe deutscher Außenpolitik“ bei der ersten Konferenz der Leiterinnen und Leiter deutscher Auslandsvertretungen am 04.09.2000 in Berlin, hrsg. vom Pressereferat des Auswärtigen Amtes.

Fischer, Joschka, Interview mit Bundesminister Fischer zur Fremdenfeindlichkeit in Deutschland [erschieden im Tagesspiegel am 02.08.2000], <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

Fischer, Joschka, Rede von Bundesminister Fischer bei der Konferenz „Zu einer Gemeinschaft der Demokratien“ in Warschau, 26.06.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

Fischer, Joschka, Mutiger, Europa! Interview mit Bundesminister Fischer in der GAZETA WYBORCZA vom 3.-4.06.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

Fischer, Joschka, „Sünde wider die Zukunft“. Bundesaußenminister Joschka Fischer über die Raketenabwehrpläne der USA, die EU-Erweiterung und eine europäische Verfassung, in: DER SPIEGEL vom 15.05.2000.

Fischer, Joschka, Vom Staatenverbund zur Föderation. Gedanken über die Finalität der europäischen Integration. 12.05.2000, <http://www.whi-berlin.de/fischer.htm>, [13.09.2000].

Fischer, Joschka, Interview von Bundesminister Fischer mit LE MONDE, 18.04.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

Fischer, Joschka, Bundesminister Joschka Fischer am 17.02.2000 vor dem Deutschen Bundestag zur Eröffnung der Regierungskonferenz über institutionelle Reformen der EU und zu den Ergebnissen des Allgemeinen Rates am 14./15.02.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

Fischer, Joschka, Rede des Bundesaußenminister des Auswärtigen Joschka Fischer auf der 36. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 05.02.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

Fischer, Joschka, Bundesminister Joschka Fischer am 03.12.1999 vor dem Deutschen Bundestag, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

Fischer, Joschka, Rede des Bundesministers Fischer in der Haushaltsdebatte des Bundestages am 29.11.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

Fischer, Joschka, Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer bei der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 24.11.1999 in Berlin, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

Fischer, Joschka, Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer zur Verleihung des Deutsch-Polnischen Preises an die Außenminister a. D. Hans-Dietrich Genscher und Krzysztof Skubiszewski am 9. November 1999 in Berlin, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

Fischer, Joschka, Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer am 05.11.1999 in New York, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

Fischer, Joschka, Bundesminister Joschka Fischer im Gespräch mit dem französischen Außenminister Hubert Védrine, mit DIE ZEIT und mit LE

MONDE, erschienen am 28.10.1999,
<http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

Fischer, Joschka, Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer vor der 54. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 22.09.1999 in New York, in: Stichworte zur Sicherheitspolitik 9/1999, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, S. 3.

Fischer, Joschka, Bundesminister Fischer am 10.07.1999 in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau zur Bedeutung des Kosovo-Konflikts für die Außenpolitik Deutschlands und Europas,
<http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [31.05.2001].

Fischer, Joschka, Rede bei der Vorbereitungskonferenz zum Stabilitätspakt für Südosteuropa, Petersberg am 27.05.1999, <http://www.auswaertiges.amt.de/> [13.09.2000].

Gaulle, Charles de, Memoiren der Hoffnung. Die Wiedergeburt 1958-1962, Wien 1971.

Hénard, Jacqueline/Vernet, Daniel/De Weck, Roger, Streitgespräch Joschka Fischer contra Jean-Pierre Chevènement, in: DIE ZEIT vom 21.06.2000, 26/2000, S. 13-18.

Jospin, Lionel, Allocution lors de l'ouverture du colloque „L'identité de l'Europe“, 30.11.2000, <http://www.premier-ministre.gouv.fr/> [21.06.2001].

Jospin, Lionel, Discours sur la décentralisation, Lille, 27.10.2000, <http://www.premier-ministre.gouv.fr/> [21.06.2001].

Jospin, Lionel, Discours devant le Bureau du groupe parlementaire du Parti des socialistes européens, présentant la Présidence française d l'Union Européenne, à Paris, 29.06.2000, <http://www.premier-ministre.gouv.fr/> [21.06.2001].

Jospin, Lionel, Déclaration sur les orientations de la Présidence française de l'Union Européenne à l'Assemblée Nationale, 09.05.2000, <http://www.premier-ministre.gouv.fr/> [21.06.2001].

Jospin, Lionel, Intervention lors du congrès extraordinaire du SPD à Berlin, 07.12.1999, <http://www.premier-ministre.gouv.fr/> [21.06.2001].

Jospin, Lionel, Intervention à l'occasion de l'installation du Conseil supérieur de la langue française, Paris 16.11.1999, <http://www.premier-ministre.gouv.fr/> [21.06.2001].

Kohl, Helmut, Bilanzen und Perspektiven. Regierungspolitik 1989-1991, Band 1, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1992.

Kohl, Helmut, Bilanzen und Perspektiven. Regierungspolitik 1989-1991, Band 2, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1992.

Martin-Roland, Michel, „Il faut laisser le temps au temps“. Les mots d'histoire, les mots d'esprit, les mots assassins du Président François Mitterrand, Paris 1995.

Mitterrand, François, Ansprache des französischen Staatspräsidenten, François Mitterrand, am 3. März 1991 über die französische Haltung in der Golf-Krise, in: Europa-Archiv D46/1991 9, S. 216-218.

Mitterrand, François, Ansprache des französischen Staatspräsidenten, François Mitterrand, am 11. April 1991 auf der Abschlußveranstaltung eines von der Kriegsschule in Paris veranstalteten Forums (Auszüge zu den Ost-West-Beziehungen und der künftigen Sicherheitspolitik), in: Europa-Archiv D46/1991 10, S. 248-253.

Mitterrand, François, Ansprache des französischen Staatspräsidenten, François Mitterrand, auf der Schlußsitzung der Tagung zur Europäischen

Konföderation in Prag am 14. Juni 1991, in: Europa-Archiv D46/1991 15-16, S. 390-394.

Mitterrand, François, Fernsehinterview des französischen Staatspräsidenten, François Mitterrand, zur Sicherheitspolitik vom 14. Juli 1990, in: Europa-Archiv D46/1991 6, S. 143-149.

Schröder, Gerhard, Ansprache von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor der Parlamentarischen Versammlung der NATO anlässlich ihrer 46. Jahrestagung, 21.12.2000 in Berlin, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede> [30.05.2001].

Schröder, Gerhard, Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder in der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag am 29. November 2000 in Berlin, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Schröder, Gerhard, Bundeskanzler Schröder zu aktuellen politischen Fragen (BPA-Mitschrift). Interview im ZDF – Berlin Direkt – am 19.11.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Schröder, Gerhard, Ansprache von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich des festlichen Mittagessens zum 10. Jahrestag der deutschen Einheit am 03.10.2000 in Dresden, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Schröder, Gerhard, Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich des 50. Jahrestages der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am Tag der Heimat am 03.09.2000 in Berlin, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Schröder, Gerhard, Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder zu aktuellen politischen Fragen, 27.08.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Schröder, Gerhard, Laudation von Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der Verleihung des Internationalen Karlspreises an William Jefferson Clinton, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, 02.06.2000 in Aachen, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Schröder, Gerhard, Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Einbringung eines Gesetzesentwurfes zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ vor dem Deutschen Bundestag, 14.04.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Schröder, Gerhard, Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft [erschieden in: Die neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte 4/2000], 01.04.2000, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Schröder, Gerhard, Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf der Eröffnungsveranstaltung des Internationalen Holocaust-Forums am 26. Januar 2000 in Stockholm, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Schröder, Gerhard, Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor der französischen Nationalversammlung am 30.11.1999 in Paris, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Schröder, Gerhard, Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Stand der deutschen Einheit vor dem Deutschen Bundestag, 11.11.1999 in Berlin, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Schröder, Gerhard, Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Festakt am 9.11.1999 im Reichstag, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Schröder, Gerhard, Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Tag der deutschen Einheit am 3.10.1999 in Wiesbaden, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Schröder, Gerhard, Ansprache von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich des 4. Forums „Fazit: Deutschland“ am 22.09.1999, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Schröder, Gerhard, Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur offiziellen Eröffnung des Sitzes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik – „Außenpolitische Verantwortung in der Welt“, 02.09.1999, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Schröder, Gerhard, Regierungserklärung abgegeben von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Plenum des Deutschen Bundestages am 16.06.1999 zum Thema „Globalisierung gemeinsam gestalten“, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Schröder, Gerhard, Regierungserklärung abgegeben von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Plenum des Deutschen Bundestages am 8. Juni 1999 zu den Ergebnissen des Europäischen Rates am 3./4. Juni 1999 in Köln zum Stand der Friedensbemühungen im Kosovo-Konflikt, <http://www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/> [30.05.2001].

Védrine, Hubert, Neue französische Außenpolitik, in: Le Monde diplomatique, 15.12.2000.

Védrine, Hubert/Moscovici, Pierre, Audition commune du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, et du ministre délégué chargé des affaires européennes, M. Pierre Moscovici, devant la commission des affaires étrangères et la délégation de l'Union Européenne de l'Assemblée Nationale, 13.12.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [19.06.2001].

Védrine, Hubert/Moscovici, Pierre, Conseil Européen de Nice. Point de presse conjoint du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, et du ministre délégué chargé des affaires européennes, M. Pierre Moscovici, 09.12.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [19.06.2001].

- Védrine, Hubert**, Préparation du conseil européen de Nice. Entretien du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, devant le Parlement Européen, 29.11.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [19.06.2001].
- Védrine, Hubert**, Entretien du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec l'hebdomadaire „Marianne“, 20.11.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [19.06.2001].
- Védrine, Hubert**, Colloque „Mondialisation et identités“ à l'Unesco. Discours du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, 7.11.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [19.06.2001].
- Védrine, Hubert**, Rencontre du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec les correspondants de la presse européenne – extraits, 25.10.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [19.06.2001].
- Védrine, Hubert**, Déjeuner-rencontre du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec la presse allemande, 04.09.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [19.06.2001].
- Védrine, Hubert**, Réunion informelle des ministres des Affaires Etrangères de l'UE. Conférence de Presse finale du ministre des Affaires Etrangères, M. Hubert Védrine, 03.09.2000, http://www.doc.diplomatie.gouv.fr [19.06.2001].
- Védrine, Hubert**, Entretien du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec l'hebdomadaire allemand DER SPIEGEL, 17.07.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [19.06.2001].
- Védrine, Hubert**, „Cap sur la présidence française de l'Union Européenne“. Tribune du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, publiée dans la presse européenne, 28.06.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [19.06.2001].

- Védrine, Hubert**, „Morale et relations internationales“. Colloque de l’Institut de Relations Internationales et Strategiques. Discours d’ouverture du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, 16.05.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [19.06.2001].
- Védrine, Hubert**, Conseil informel des ministres des affaires étrangères (Gymnich). Point de presse du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, 06.05.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [20.06.2001].
- Védrine, Hubert**, Entretien du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec le quotidien OUEST FRANCE, 20.04.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [20.06.2001].
- Védrine, Hubert**, Entretien du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec LE CLUB DE LA PRESSE D’EUROPE 1, 16.04.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [20.06.2001].
- Védrine, Hubert**, Entretien du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec „TV5“ - Extraits, 29.03.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [20.06.2001].
- Védrine, Hubert**, Forum sur les priorités de la présidence française de l’Union européenne. Discours du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, 28.03.2000, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [20.06.2001].
- Védrine, Hubert**, Colloque „Le Monde – El Pais – Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Discours du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, 03.12.1999, <http://www.diplomatie.gouv.fr/europe/politique/defense/vedrine1.html> [19.06.2001].
- Védrine, Hubert**, Dixième anniversaire de la chute du mur de Berlin. Entretien du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec „LCI“, 09.11.1999, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [20.06.2001].

Védrine, Hubert, Conférence de l'Institut Français des Relations Internationales (IFRI). „L'Entrée dans le XXIème siècle“ Discours d'ouverture du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, 3.11.1999, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [20.06.2001].

Védrine, Hubert, Entretien du ministre des affaires étrangères, M. Hubert Védrine, avec le quotidien allemand DIE WOCHE, 21.10.1999, <http://www.doc.diplomatie.gouv.fr/> [20.06.2001].

Weisenfeld, Ernst, de Gaulle sieht Europa. Reden und Erklärungen: 1958 – 1966, Frankfurt a. M./Hamburg 1966.

Presse

[Aus folgenden deutschen und französischen Zeitungen wurden Artikel für die Fertigstellung dieser Arbeit verwandt]

Badische Zeitung

Berliner Morgenpost

Berliner Zeitung

Das Parlament

Der Tagesspiegel

Die Welt

Die Zeit

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Frankfurter Rundschau

Le Figaro

Le Monde

Le Monde diplomatique

Libération

Neue Zürcher Zeitung

Sonntagszeitung

Stuttgarter Zeitung

Süddeutsche Zeitung

Tageszeitung

Sekundärliteratur

Abelein, Manfred, Frankreichs Vertrag mit der Bundesrepublik – Vorgeschichte und Bedeutung, in: Europa-Archiv 18/1963 4, S. 125-134.

Adler, Emanuel, Seizing the Middle Ground: Constructivism in World Politics, in: European Journal of International Relations 3/1997 3, S. 319-363.

Albert, Mathias, „Postmoderne“ und Theorie der internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/1994 1, S. 45-63.

Arnold, Hans, Europa neu denken, Bonn 1999.

Attali, Jacques, Welches Europa? Vier Szenarien für die Zukunft der europäischen Integration, in: Graf, Wilfried/Unterseher, Lutz (Hrsg.), Europäische Friedensordnung. Konturen einer Sicherheitsarchitektur, Münster 1998, S. 98-106.

Axt, Heinz-Jürgen, Frankreich in der Europäischen Union, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hrsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft, Bonn 1999, S. 465-483.

Balmer, Rudolf (27.12.2000), Bilanz der französischen EU-Präsidentschaft. Für Frankreich „so verheerend wie die Suez-Krise“, <http://home.worldnet.fr/balmer.suez.html> [09.01.2001].

Bariéty, Jacques, Konrad Adenauer: Sein Wirken aus französischer Sicht, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Nachdenken. Über Konrad Adenauer und seine Politik. Internationales wissenschaftliches Symposium am 27. April 1992 aus Anlaß des 25. Todestages von Konrad Adenauer, Bonn/Berlin 1993, S. 54-63.

Baring, Arnulf/Tautil, Christian, Charles de Gaulle. Größe und Grenzen, Köln/Berlin 1963.

Beck, Ulrich, Zivilgesellschaft light? Die Gefahr wächst, dass die Reformidee verwässert wird – oder gar zu einer Parole des Neoliberalismus verkommt, in: Süddeutsche Zeitung vom 23./24.06.2001, S. 15.

Bender, Karl-Heinz, Mitterrand und die Deutschen (1938-1995) oder die Wiedervereinigung der Karolinger, Bonn 1995.

Bloes, Robert, Le „Plan Fouchet“ Et Le Probleme De L'Europe Politique, Brügge 1970.

Boekle, Henning/Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang, Normen und Außenpolitik: Konstruktivistische Außenpolitiktheorie. [Tübinger

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung Nr. 34, 1999], <http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/taps/tap34.htm> [05.03.2001].

Bofinger, Peter, Braucht die gemeinsame Währung die Politische Union? in: Internationale Politik 5/1995, S. 43-48.

Börzel, Tanja A., Europäisierung und innerstaatlicher Wandel. Zentralisierung und Entparlamentarisierung? in: Politische Vierteljahresschrift 41/2000, S. 225-250.

Börzel, Tanja A., Zur (Ir-)Relevanz der „Postmoderne“ für die Integrationsforschung. Eine Replik auf Thomas Diez' Beitrag „Postmoderne und europäische Integration“, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4/1997 1, S. 125-137.

Brandt, Ahasver von, Werkzeug des Historikers: eine Einführung in die historischen Hilfswissenschaften, Berlin/Köln¹⁵ 1998.

Braun, Sigismund Freiherr von, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland als europäischer Partner, in: Manfrass, Klaus (Hrsg.), Paris – Bonn. Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner. Beiträge zum deutsch-französischen Verhältnis in Kultur, Wirtschaft und Politik seit 1949, Sigmaringen 1984, S. 229-235.

Bruck, Elke, Französische Deutschlandbilder und deutsche Frage: Perzeptionen vor, während und seit der Vereinigung, in: Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande 28/1996 4, S. 605-618.

Brunner, Otto et al. (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe: historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1992.

Buchheim, Hans, Die Deutschland- und Außenpolitik Konrad Adenauers, in: Politische Bildung 4/1971, S. 31-42.

Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Perspektiven und Grenzen des europäischen Integrationsprozesses (Arbeitsgruppe A des Kernseminars 1999), <http://www.baks.com/4199.htm> [11.12.2000].

Carlsnaes, Walter, The Agency-Structure Problem in Foreign Policy Analysis, in: *International Studies Quarterly* 36/1992, S. 245-270.

Casa, Jean-Michel, François Mitterrand et la construction européenne, in: Cohen, Samy (Dir.), *Mitterrand et la sortie de la guerre froide*, Paris 1998, S. 148-150.

Cassen, Bernard, Neoliberale Zwangsjacke für Europa. Scheitert Fischers Europäische Föderation an der Wirklichkeit? in: *Le Monde Diplomatique*, 16.6.2000.

Cerny, Philipp G., The politics of grandeur. Ideological aspects of de Gaulle's foreign policy, Cambridge et al. 1980.

Checkel, Jeff, Ideas, Institutions, And The Gorbachev Foreign Policy Revolution, in: *World Politics* 45/1993, S. 271-300.

Checkel, Jeffrey T., Ideas and International Political Change. Soviet/Russian Behavior and the End of the Cold War, New Haven/London 1997.

Checkel, Jeffrey T., The Constructivist Turn in International Relations Theory, in: *World Politics* 50/1997, S. 324-348.

Clark, Alain, François Mitterrand and the Idea of Europe, in: Nelson, Brian/Roberts, David/Veit, Walter, *The Idea of Europe. Problems of National and Transnational Identity*, New York/Oxford 1992, S. 152-170.

Conolly, William E., Identity and Difference in Global Politics, in: DerDerian, James/Shapiro, Michael J. (Hrsg.), *International/Intertextual Relations. Postmodern Readings of World Politics*, Toronto 1989, S. 323-342.

- Craig, Gordon A.**, Konrad Adenauer: Staatsmann im 20. Jahrhundert, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Nachdenken. Über Konrad Adenauer und seine Politik. Internationales wissenschaftliches Symposium am 27. April 1992 aus Anlaß des 25. Todestages von Konrad Adenauer, Bonn/Berlin 1993, S. 21-31.
- DerDerian, James/Shapiro, Michael J.**, International/Intertextual Relations. Postmodern Readings of World Politics, Toronto 1989.
- Deutsch, Karl W.**, Nationenbildung – Nationalstaat – Integration, hrsg. von Ashkenasi, A. und Schulze, P., Düsseldorf 1972.
- Diez, Thomas**, Neues Europa, altes Modell. Die Konstruktion von Staatlichkeit im politischen Diskurs zur Zukunft der europäischen Gemeinschaft, Frankfurt a. M. 1995.
- Diez, Thomas**, Perspektivenwechsel. Warum ein „postmoderner“ Ansatz für die Integrationsforschung doch relevant ist, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5/1998 1, S. 139-148.
- Diez, Thomas**, Postmoderne und europäische Integration. Die Dominanz des Staatsmodells, die Verantwortung gegenüber dem Anderen und die Konstruktion eines alternativen Horizonts, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3/1996 2, S. 255-281.
- Dijk, Teun A. van**, The Study of Discourse, in: Ders. (Hrsg.), Discourse As Structure And Process, London 1997.
- Dohnanyi, Klaus von**, Die Normalisierung der deutschen Nation in Europa, in: Deutschland und Frankreich im neuen Europa: Referate – Berichte – Dokumente. Arbeitspapier zur Internationalen Politik. 59. XIV. Deutsch-Französische Konferenz in Berlin vom 28.-30.5.1990, Bonn 1991, S. 113-119.

Europäische Union, Die Geschichte der Europäischen Union, http://www.europa.eu.int/abc/history/1995/1995_de.html [30.05.2001].

European Commission, Glossary. Institutions, policies and enlargement of the European Union, Brüssel 2000.

European Commission, The Amsterdam Treaty. A comprehensive guide, Brüssel 1999.

Fischer, Per, Der diplomatische Prozess der Entstehung des deutsch-französischen Vertrages von 1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41/1993, S. 101-116.

Fontaine, André, Frankreichs Europapolitik der Widersprüche, in: Europäische Rundschau 1993, S. 51-56.

Foucault, Michel, Archäologie des Wissens, Frankfurt a. M. 1973.

François, Etienne, Von der wiedererlangten Nation zur „Nation wider Willen“. Kann man eine Geschichte der deutschen „Erinnerungsorte“ schreiben? in: Dies./Siegrist, Hannes/Vogel, Jakob (Hrsg.), Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1995, S. 93-107.

Freudenstein, Roland, Nachdenken über den Europa-Begriff. Integrationsmotivation einst und jetzt, in: Internationale Politik 11/1997, S. 43-49.

Fritsch-Bournazel, Renata, German unification: views from Germany's neighbours, in: Heisenberg, Wolfgang (Hrsg.), German Unification in European Perspective, London et al. 1991, S. 70-87.

Garrett, Geoffrey/Weingast, Barry R., Ideas, Interests, and Institutions: Constructing the European Community's Internal Market, in: Goldstein,

Judith/Keohane, Robert O. (Hrsg.), Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change, Ithaca/London 1993, S. 173-206.

Gerhard, Wilfried, Nationalstaat und Europäisierung: Frankreich und Deutschland im Vergleich, in: Graf, Wilfried/Unterseher, Lutz (Hrsg.), Europäische Friedensordnung. Konturen einer Sicherheitsarchitektur, Münster 1998, S. 153-176.

Giering, Claus/Jung, Christian, Reform der Europäischen Union, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Europa-Handbuch, Bonn 1999, S. 424-444.

Goethe, Johann Wolfgang, Faust. Eine Tragödie. Erster und zweiter Teil, München 1993¹⁴.

Goetz, Hans-Werner, Proseminar Geschichte: Mittelalter, Stuttgart 1993.

Göhler, Gerhard (Hrsg.), Grundfragen der Theorie politischer Institutionen: Forschungsstand – Probleme – Perspektiven, Opladen 1987.

Göhler, Gerhard (Hrsg.), Institutionenwandel, Opladen 1997.

Göhler, Gerhard et al. (Hrsg.), Institution – Macht – Repräsentation. Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken, Baden-Baden 1997.

Goldstein, Judith, Ideas, institutions, and American trade policy, in: International Organization 42/1998 1, S. 179-217.

Goldstein, Judith/Keohane, Robert O., Ideas and Foreign Policy: An Analytical Framework, in: Dies. (Hrsg.), Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change, Ithaca/London 1993, S. 3-30.

Goulard, Sylvie, Die Quadratur des Dreiecks. Deutschland, Frankreich und Großbritannien in einer engeren Union? in: Internationale Politik 8/2000, S. 23-28.

Greimas, Algirdas Julien, *On Meaning. Selected Writings in Semiotic Theory*, Minnesota 1987.

Grosser, Alfred, *Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute*, München/Wien 1986.

Guérin-Sendelbach, Valérie, *Frankreich und das vereinigte Deutschland. Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld*, Opladen 1999.

Güllner, Lutz, *Motor für die europäische Integration. Neue Impulse für die deutsch-französische Zusammenarbeit*, in: *Die neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte* 46/1999 1, S. 91-93.

Guymarch, Alain/Machin, Howard/Ritchie, Ella, *France in the European Union*, New York 1998.

Haas, Peter M. (Hrsg.), *Knowledge, Power, and International Policy Coordination*, Cambridge 1992.

Hägele, Michael P., *Deutschland – Frankreich im Jahre 1963*, in: *Außenpolitik* 14/1963, S. 151-157.

Hall, John A., *Ideas and the Social Sciences*, in: Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. (Hrsg.), *Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change*, Ithaca/London, S. 31-54.

Hanrieder, Wolfram F., *Die stabile Krise. Ziele und Entscheidungen der bundesrepublikanischen Außenpolitik 1949-1969*, New York 1970.

Hasenclever, Andreas/Mayer, Peter/Rittberger, Volker, *Theories of international regimes*, Cambridge 1997.

Hassner, Pierre, *Épilogue à plusieurs voix*, in: Cohen, Samy (Dir.), *Mitterrand et la sortie de la guerre froide*, Paris 1998, S. 453-458.

Hauriou, Maurice, Die Theorie der Institution und der Gründung (Essay über den sozialen Vitalismus), in: Schnur, Roman (Hrsg.), Die Theorie der Institution und zwei andere Aufsätze von Maurice Hauriou, Berlin 1965, S. 27-66.

Haywood, Elizabeth, The European Policy of François Mitterrand, in: Journal of Common Market Studies 31/1993 2, S. 269-282.

Hazareesingh, Sudhir, Political traditions in modern France, Oxford 1994.

Hellmann, Gunther, Für eine problemorientierte Grundlagenforschung: Kritik und Perspektiven der Disziplin „Internationale Beziehungen“ in Deutschland, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/1994 1, S. 65-90.

Hermann, Charles F., Changing Course: When Governments Choose to Redirect Foreign Policy, in: International Studies Quarterly 34/1990 3, S. 3-21.

Herrmann, Theo, Sprechen und Sprachverstehen, in: Spada, Hans (Hrsg.), Lehrbuch Allgemeine Psychologie, Bern/Stuttgart/Toronto 1990, S. 281-322.

Hickmann, Thorsten, Einheit oder Vielfalt in Europa. Die Wirtschaftsstile Frankreichs, Deutschlands und Russlands in ihrer Binnen- und Außenwirkung, Wiesbaden 1996.

Hoffmann, Stanley, Decline or Renewal? France since the 1930's, New York 1974.

Hoffmann, Stanley, French Dilemmas and Strategies in the New Europe, in: Keohane, Robert O./Nye, Joseph S./Ders. (Hrsg.), After the Cold War. International Institutions and State Strategies in Europe, 1989-1991, Cambridge/London 1993, S. 127-147.

Hollis, Martin/Smith, Steve, Explaining and Understanding International Relations, Oxford 1990.

Holm, Ulla, The French Garden is no longer what it used to be, in: Jørgensen, Knud Eric (Hrsg.), *Reflective Approach to European Governance*, Basingstoke 1997, S. 128-145.

Holsti, Kalevi J. (Hrsg.), *Why Nations Realign: Foreign Policy Restructuring in the Postwar World*, London 1982.

Holt, Robert T./Turner, John E., *The Methodology of Comparative Research*, New York/London 1970.

Horst, Günther, *Versuche, europäisch zu denken. Deutschland und Frankreich*, Frankfurt a. M. 1990.

Jachtenfuchs, Markus, *Ideen und Integration. Verfassungsideen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien und die Entwicklung der EU*, Mannheim 1999.

Jachtenfuchs, Markus, *Ideen und internationale Beziehungen*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2/1995 2, S. 419.

Jaeger, Hans-Martin, *Konstruktionsfehler des Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3/1996 2, S. 313-340.

Janning, Josef, *Politische und institutionelle Konsequenzen der Erweiterung*, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), *Reform der Europäischen Union. Materialien zur Revision des Maastrichter Vertrages 1996*, Gütersloh 1995, S. 265-280.

Jansen, Thomas, *Maastricht – das heißt: Europa auf seine Zukunft vorbereiten*, in: *Studienzentrum Weikersheim (Hrsg.), Europa und die Zukunft der Nationalstaaten. Weikersheim-Dokumentation XXV*, Stuttgart 1994, S. 161-167.

Jetschke, Anja/Liese, Andrea, Kultur im Aufwind. Zur Rolle von Bedeutungen, Werten und Handlungsrepertoires in den internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5/1998 1, S. 149-179.

Joffe, Josef, Der Ehrgeiz Europas, in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 07.02.2000, S. 4.

Jóhannesdóttir, Anna, Vergleich als Methode. PAFE-Arbeitspapier 3, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pafe.htm> [05.02.2001].

Jung, Sabine, Europa, made in France. Eine Analyse des politischen Diskurses Frankreichs zur Zukunft der Europäischen Gemeinschaft – von den Anfängen bis heute, Baden-Baden 1999.

Katzenstein, Peter J., United Germany in an Integrating Europe, in: Ders. (Hrsg.) Tamed Power. Germany in Europe, Ithaca/London 1997, S. 1-48.

Kempf, Udo, Von de Gaulle bis Chirac. Das politische System Frankreichs. 3., neubearbeitete und erweiterte Auflage, Opladen 1997.

Kessler, Marie-Christine, La Politique Etrangère de la France. Acteurs et processus, Paris 1999.

Kiersch, Gerhard, Nationalismus, nationale Ideen und Interessen als Bestimmungsfaktoren der französischen Europapolitik, in: Vorstand des Arbeitskreises Europäische Integration e. V. (Hrsg.), Politische Grundströmungen im europäischen Integrationsprozess, Baden-Baden 1982, S. 153-176.

Kimmel, Adolf, Frankreich im Europa nach Jalta: Welche Rolle, welcher Rang? in: Frankreich-Jahrbuch 1992, S. 37-46.

Kindermann, Gottfried-Karl, Die historische und kulturelle Dimension im Denken Konrad Adenauers, in: Meier-Walser, Reinhard C./Rill, Bernd

(Hrsg.), *Der europäische Gedanke. Hintergrund und Finalität. Sonderausgabe Politische Studien*, o. J., S. 207-217.

Kneuer, Marianne, Bilanz der EU-Ratspräsidentschaft. Deutsche Europapolitik auf dem Prüfstand, in: *Die politische Meinung* 359/1999, S. 35-44.

Kohler-Koch, Beate, Bundeskanzler Kohl – Baumeister Europas? Randbemerkungen zu einem zentralen Thema, in: Wewer, Göttrik (Hrsg.), *Bilanz der Ära Kohl*, Opladen 1998, S. 283-307.

Kohler-Koch, Beate/Edler, Jakob, Ideendiskurs und Vergemeinschaftung: Erschließung transnationaler Räume durch europäisches Regieren, in: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), *Regieren in entgrenzten Räumen. PVS-Sonderheft* 29/1998, S. 169-206.

Kohler-Koch, Beate/Ulbert, Cornelia, Internationalisierung, Globalisierung und Entstaatlichung, in: Hasse, Rolf (Hrsg.), *Nationalstaat im Spagat: Zwischen Suprastaatlichkeit und Subsidiarität*, Stuttgart 1997, S. 53-88.

Kolboom, Ingo, Charles de Gaulle und ein deutsch-französisches Missverständnis über Nation und Europa, in: Loth, Wilfried/Picht, Robert (Hrsg.), *De Gaulle, Deutschland und Europa*, Opladen 1991, S. 135-150.

Kolboom, Ingo, Dialog mit Bauchgrimmen? Die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen, in: *Europa-Archiv* 49/1994 9, S. 257-264.

Kolboom, Ingo, Die Vertreibung der Dämonen: Frankreich und das vereinte Deutschland, in: *Europa-Archiv* 46/1991 15/16, S. 470-475.

Kolboom, Ingo, Frankreich in der Welt oder: der letzte Mohikaner in Europa? in: *Frankreich-Jahrbuch* 1989, S. 29-47.

- Kolboom, Ingo**, Vom „Gemeinsamen Haus Europa“ zur „Europäischen Konföderation“ – François Mitterrand und die europäische Neuordnung 1986-1990, in: *Sowi* 19/1990 4, S. 237-246.
- Kolodziej, Edward A.**, French International Policy Under De Gaulle And Pompidou. The Politics of Grandeur, Ithaca/London 1974.
- Korte, Karl-Rudolf**, Nation und Nationalstaat. Bausteine einer europäischen Identität. [Deutschland-Report 18], St. Augustin 1993.
- Koslowski, Rey/Kratochwil, Friedrich V.**, Understanding change in international politics: the Soviet empire's demise and the international system, in: *International Organization* 48/1994 2, S. 215-247.
- Krasner, Stephen D.**, Westphalia and All That, in: Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. (Hrsg.), *Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change*, Ithaca/London 1993, S. 235-264.
- Kratochwil, Friedrich**, The embarrassment of changes: neo-realism as the science of Realpolitik without politics, in: *Review of International Studies* 19/1993, S. 63-80.
- Kratochwil, Friedrich/Ruggie, John Gerard**, International Organization: a state of the art on an art of the state, in: *International Organization* 40/1986 4, S. 753-775.
- Krätschel, Hermann/Renner, Günther**, Weg zur EU – Motive, Interessen, Entscheidungen, in: *Informationen zur politischen Bildung. Europäische Union*, Neudruck 1995, S. 4-11.
- Krauß, Stefan**, Europäische Verfassungsdebatte zwischen Deutschland und Frankreich, in: Rill, Bernd (Hrsg.), *Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen* 21, München 2000, S. 45-60.

Kühnhardt, Ludger, Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens. Zentrum für Europäische Integrationsforschung. Discussion Paper C53, Bonn 1999.

Küsters, Hanns Jürgen, Konrad Adenauer und Willy Brandt in der Berlin-Krise 1958-1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 40/1992, S. 483-542.

Laffey, Mark/Weldes, Jutta, Beyond Beliefs: Ideas and Symbolic Technologies in the Study of International Relations, in: European Journal of International Relations 3/1997 2, S. 193-237.

Lapid, Yosef, The Third Debate: On the Prospects of International Theory in a Post-Positivist Era, in: International Studies Quarterly 33/1989, S. 235-254.

Lapid, Yosef/Kratochwil, Friedrich, Revisiting the „National“: Toward an Identity Agenda in Neorealism? in: Dies. (Hrsg.), The return of culture and identity in IR theory, London 1996, S. 105-126.

Larson, Henrik, Foreign policy and discourse analysis. France, Britain and Europe, London/New York 1997.

Larson, Henrik, The Discourse on the EU's Role in the World, in: Hansen, Birthe/Heurlin, Bertel (Hrsg.), The New World Order. Contrasting Theories, London/New York 2000, S. 217-244.

Laurent, Pierre-Henri, Reappraising the Origins of European Integration, in: Michelmann, Hans J./Soldatos, Panayotis (Hrsg.), European Integration. Theories and Approaches, Lanham 1994, S. 99-112.

Le Gloannec, Anne-Marie, France, Germany, and the New Europe, in: Verheyen, Dirk/Søe, Christian (Hrsg.), The Germans and their neighbours, Boulder/San Francisco/Oxford 1993, S. 13-33.

Lehmkuhl, Ursula, Theorien Internationaler Politik. Einführung und Texte, München/Wien 2000².

Lepsius, Rainer M., Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990.

Lequesne, Christian, Paris – Bruxelles. Comment se fait la politique européenne de la France, Paris 1993.

Lequesne, Christian, Une lecture décisionnelle de la politique européenne de François Mitterrand, in: Cohen, Samy (Dir.), Mitterrand et la sortie de la guerre froide, Paris 1998, S. 127-148.

Linke, Angelika/Nussbaumer, Markus/Portmann, Paul R., Studienbuch Linguistik, Tübingen 1994².

Lorenz, Kathrin, Europäische Identität? Theoretische Konzepte im Vergleich, HSB-papers 4/1999, Berlin 1999.

Loth, Wilfried, De Gaulle und Europa. Eine Revision, in: Historische Zeitschrift 253/1991, S. 629-660.

Loth, Wilfried, Europa als nationales Interesse? Tendenzen deutscher Europapolitik von Schmidt bis Kohl, in: Integration 17/1994 3, S. 149-156.

Luhmann, Niklas, Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft, Band 4, Frankfurt am Main 1999.

Maillard, Pierre, De Gaulle et l'Allemagne. Le rêve inachevé, Paris 1990.

Maillard, Pierre, Le Général de Gaulle et les relations franco-allemandes, in: Manfrass, Klaus (Hrsg.), Paris – Bonn. Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner. Beiträge zum deutsch-französischen Verhältnis in Kultur, Wirtschaft und Politik seit 1949, Sigmaringen 1984, S. 213-221.

Manfrass-Sirjacques, Françoise, Ein neues Deutschland in einem neuen Europa. Die französische Perspektive, in: Studien zur Internationalen Politik, hrsg. vom Institut für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr Hamburg 2/1998, S. 7-57.

March, James G./Olsen, Johan P., Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics, New York 1989.

McCarthy, Patrick, France Looks at Germany, or How to Become German (and European) while Remaining French, in: Ders. (Hrsg.), France Germany 1983-1993. The struggle to cooperate, London 1993, S. 51-72.

Medick-Krakau, Monika, Außenpolitischer Wandel: Diskussionsstand – Erklärungsansätze – Zwischenergebnisse, in: Dies. (Hrsg.), Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1999, S. 3-31.

Ménudier, Henri, Deutsch-französische Beziehungen und europäische Integration, in: Picht, Robert (Hrsg.), Das Bündnis im Bündnis. Deutsch-französische Beziehungen im internationalen Spannungsfeld, Berlin 1982, S. 140-168.

Ménudier, Henri, François Mitterrand et l'unité allemande d'après les mémoires posthumes, in: Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande 28/1996 4, S. 483-494.

Meyer-Landrut, Nikolaus, Institutionelle Reformen und die Erweiterung der Europäischen Union, in: Siedentopf, Heinrich (Hrsg.), Europäische Integration/Modernisierung des Staates. Dokumentation zum 5. Deutsch-Französischen Verwaltungskolloquium der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und der Ecole Nationale d'Administration (ENA), Strasbourg/Paris am 25. und 26. Juni 1998 (Speyer Arbeitshefte 17), S.41-46.

Meyers, Reinhard, Virtuelle Scheingefechte im ontologischen Cyberspace? Nachfragen zum Duktus und zum Gehalt einer Theoriedebatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/1994 1, S. 127-137.

Milliken, Jennifer, The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research Methods, in: European Journal of International Relations 5/1999 2, S. 225-254.

Moravcsik, Andrew, Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmentalist Approach, in: Bulmer, Simon/Scott, Andrew (Hrsg.), Economic and Political Integration in Europe. International Dynamics and Global Context, Oxford/Cambridge 1995, S. 29-80.

Müller, Harald, Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/1994 1, S. 15-44.

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela, Frankreich. Eine politische Landeskunde. Beiträge zu Politik und Zeitgeschichte, Opladen 2000².

Mutimer, David, Theories of Political Integration, in: Michelmann, Hans J./Soldatos, Panayotis (Hrsg.), European Integration. Theories and Approaches, Lanham 1994, S. 13-42.

Nadoll, Jörg, Diskursanalyse und Außenpolitikforschung. PAFE-Arbeitspapier 2, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pafe.htm> [05.02.2001].

Nadoll, Jörg/Stahl, Bernhard/Boekle, Henning, Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken. Theoretische Grundlegung und methodische Vorgehensweise. PAFE-Arbeitspapier 1, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pafe.htm> [05.02.2001].

Néant, Hubert, La politique en France XIX^e-XX^e siècle, Paris 1991.

Nohlen, Dieter (Hrsg.), Lexikon der Politik, München 1994.

Oppermann, Thomas, Zur Staatsanschauung Adenauers. Eindrücke aus den Memoiren, in: Archiv des öffentlichen Rechts 27/1992 3, S. 409-412.

Osterheld, Horst, Adenauers Abschiedsbesuch bei de Gaulle – Ein Stück deutsch-französische Freundschaft, in: Blumenwitz, Dieter et al. (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, Stuttgart 1976, S. 606-617.

Papcke, Sven, Gibt es eine postnationale Identität der Deutschen? in: Voigt, Rüdiger (Hrsg.), Der neue Nationalstaat, Baden-Baden 1998, S. 117-137.

Paterson, William E., Helmut Kohl, 'The Vision Thing' and Escaping the Semi-Sovereignty Trap, in: German Politics 7/1998, S. 17-36.

Pfetsch, Frank R., Die Europäische Union. Geschichte, Institutionen, Prozesse, München 1997.

Pfetsch, Frank R., Europa eine Seele geben. Elemente einer gemeinsamen kulturellen Identität, in: Internationale Politik 8/2000, S. 45-52.

Picht, Robert, Deutsch-französische Beziehungen nach dem Fall der Mauer: Angst vor „Großdeutschland“? in: Integration 13/1990 2, S. 47-58.

Picht, Robert, Frankreich 1990/91: Rolle und Rang in einer veränderten Welt, in: Frankreich-Jahrbuch 1991, S. 9-31.

Pond, Elizabeth, Die Stunde Europas. Ein Kontinent auf dem Weg zur Weltmacht, Berlin/München 2000.

Puaux, François, Succès et limites de la coopération politique franco-allemande depuis l'époque de Gaulle-Adenauer, in: Manfrass, Klaus (Hrsg.), Paris –

Bonn. Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner. Beiträge zum deutsch-französischen Verhältnis in Kultur, Wirtschaft und Politik seit 1949, Sigmaringen 1984, S. 201-212.

Ragin, Charles C., *The Comparative Method. Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies*, Berkeley/Los Angeles/London 1987.

Risse, Thomas, Identitäten und Kommunikationsprozesse in der internationalen Politik – Sozialkonstruktivistische Perspektiven zum Wandel in der Außenpolitik, in: Medick-Krakau, Monika (Hrsg.), *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 1999, S. 33-57.

Risse-Kappen, Thomas, Exploring the Nature of the Beast: International Relations Theory and Comparative Policy Meet the European Union, in: *Journal of Common Market Studies* 34/1996 1, S. 53-80.

Risse-Kappen, Thomas, Ideas do not float freely: transnational coalitions, domestic structures, and the end of the cold war, in: *International Organization* 48/1994 2, S. 185-214.

Risse-Kappen, Thomas, Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2/1995 1, S. 171-184.

Rittberger, Volker, Nach der Vereinigung – Deutschlands Stellung in der Welt, in: Hartwich, Hans-Hermann/Wewer, Göttrik (Hrsg.), *Regieren in der Bundesrepublik V. Souveränität, Integration, Interdependenz – Staatliches Handeln in der Außen- und Europapolitik*, Opladen 1993, S. 119-143.

Rosati, Jerel A., Cycles in Foreign Policy Restructuring: The Politics of Continuity and Change in U.S. Foreign Policy, in: Ders./Sampson, Martin W./Hagan, Joe D., *Foreign Policy Restructuring: How Governments Respond to Global Change*, Columbia 1994, S. 221-261.

Rosati, Jerel A./Sampson, Martin W./Hagan, Joe D., The Study of Change in Foreign Policy, in: Dies. (Hrsg.), Foreign Policy Restructuring. How Governments Respond to Global Change, Columbia 1994, S. 3-21.

Rosenau, James N., Turbulence in World Politics, Hertfordshire 1990.

Rouget, Werner, Schwierige Nachbarschaft am Rhein. Frankreich – Deutschland, hrsg. von Joachim Bitterlich und Ernst Weisenfeld, Bonn 1998.

Sabatier, Paul A./Jenkins-Smith, Hank C. (Hrsg.), Policy Change and Learning. An Advocacy Coalition Approach, Boulder/San Fransisco/Oxford 1993.

Sauder, Axel, Die französische Europapolitik und die Regierungskonferenz zur Überprüfung des Vertrages von Maastricht, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik 22/1996 3, S. 222-242.

Sauder, Axel, Frankreichs Europakonzeptionen und das vereinte Deutschland: Die schwierige Balance zwischen Einbindung und Selbsteinbindung, in: Niedhart, Gottfried/Junker, Detlef/Richter, Michael (Hrsg.), Deutschland in Europa. Nationale Interessen und Internationale Ordnung im 20. Jahrhundert, Mannheim 1997, S. 202-232.

Saxer, Urs, Die Zukunft des Nationalstaates. Staaten zwischen Souveränitätsorientierung und Integrationsoffenheit in einem sich wandelnden internationalen System, Basel 1994.

Schaber, Thomas/Ulbert, Cornelia, Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theoriedebatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/1994 1, S. 139-169.

- Scharpf, Fritz W.**, Politische Optionen im vollendeten Binnemarkt, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), Europäische Integration, Opladen 1996, S. 109-140.
- Schlott, Gerhard**, Schwerer Weg nach Europa, in: Die politische Meinung 10,1/1965 101, S. 38-48.
- Schrader, Lutz**, Mitterrands Europapolitik oder der lange Abschied vom Gaullismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 43,2/1993 32, S. 33-39.
- Schubert, Klaus**, ‚Banalisation‘ – auch der Mythen? Wandlungen im politischen Selbstverständnis der Franzosen seit 1789, in: Frankreich-Jahrbuch 1990, S. 73-90.
- Schunk, Peter**, Charles de Gaulle. Ein Leben für Frankreichs Größe, Berlin 1998.
- Schütze, Walter**, Frankreich angesichts der deutschen Einheit, in: Europa-Archiv 45/1990 4, S. 133-138.
- Schwarz, Hans-Peter**, Adenauer und Europa, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 27/1979, S. 471-523.
- Schwarz, Jürgen**, Anti-Europäer oder Realist? Charles de Gaulle, in: Jansen, Thomas/Dieter Mahnke, Persönlichkeiten der Europäischen Integration (Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik), Bonn 1981, S. 149-173.
- Schwarz, Jürgen**, Die Deutschlandfrage in der französischen Politik, in: Deutschland-Archiv 2/1969, S. 1241-1253.
- Searle, John R.**, Speech Acts. An Essay in the Philosophy of Language, Cambridge 1970.

Shapiro, Michael J., Language and Political Understanding. The Politics of Discursive Practices, New Haven/London 1981.

Shapiro, Michael J., Textualizing Global Politics, in: DerDerian, James/Shapiro, Michael J., International/Intertextual Relations. Postmodern Readings of World Politics, Toronto 1989, S. 11-22.

Sikkink, Kathryn, Ideas and Institutions. Developmentalism in Brazil and Argentina, Ithaca/London 1991.

Sikkink, Kathryn, The Power of Principled Ideas: Human Rights Policies in the United States and Western Europe, in: Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. (Hrsg.), Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change, Ithaca/London 1993, S. 139-170.

Skinner, Quentin, Meaning and Understanding in the History of Ideas, in: History and Theory 8/1969, S. 3-53.

Smith, Steve, Theories of foreign policy: an historical overview, in: Review of International Studies 12/1986, S. 13-29.

Stahl, Bernhard, Europäische Integration als Zivilisationsprozess, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/start.htm> [download: 15.08.2000].

Stahl, Bernhard, Warum gibt es die EU und die ASEAN? Faktoren weltpolitischer Institutionalisierung in vergleichender Analyse, Baden-Baden 1998.

Stavenhagen, Lutz G., Durchbruch zur Politischen Union – Vor dem Maasricht-Gipfel, in: Integration 14/1994, S. 143-150.

Thadden, Rudolf von, Identität und Widerstreit. Deutsche und französische Wege aneinander vorbei, in: Frankreich-Jahrbuch 1990, S. 61-90.

- Thomas, Johannes**, Die Jahre mit Mitterrand, in: Die politische Meinung 40,1/1995 304, S. 4-13.
- Tiersky, Roland**, France in the New Europe, in: Foreign Affairs 71/1992-93, S. 131-146.
- Torfinng, Jacob**, New Theories of Discourse. Laclan, Mouffe and Žižek, Oxford 1999.
- Ulbert, Cornelia**, Ideen, Institutionen und Kultur. Die Konstruktion (inter-) nationaler Klimapolitik in der BRD und in den USA, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4/1997 1, S. 9-40.
- Vernet, Daniel**, Kluge Ausschöpfung begrenzter Souveränität. Die Europa-Politik der rot-grünen Koalition, in: Internationale Politik 54/1999 2, S. 11-18.
- Vernet, Daniel**, The dilemma of French foreign policy, in: International Affairs 4/1992, S. 655-664.
- Wæver, Ole**, Explaining Europe by Decoding Discourses, in: Wivel, Anders (Hrsg.), Explaining European Integration, Kopenhagen 1998, S. 100-145.
- Wæver, Ole**, Figures of international thought: introducing persons instead of paradigms, in: Neumann, Iver B./Ders. (Hrsg.), The Future of International Relations. Masters in the making? London/New York 1997, S. 1-37.
- Wæver, Ole**, Identity, Integration and Security. Solving the Sovereignty Puzzle in E. U. Studies, in: Journal of International Affairs 48/1995 2, S. 389-431.
- Wæver, Ole**, The Language of Foreign Policy, in: Journal of Peace Research 27/1990 3, S. 335-343.

Wagner, Wolfgang, De Gaulle drängt zur Entscheidung. Bonn und die französische Aufforderung zu einer gemeinsamen „europäischen Politik“, in: Europa-Archiv 19/1964 17, S. 621-630.

Wagner, Wolfgang, Interessen und Ideen in der europäischen Verfassungspolitik. Rationalistische und konstruktivistische Erklärungen mitgliedstaatlicher Präferenzen, in: Politische Vierteljahresschrift 40/1999, S. 415-441.

Wallace, William, Deutschlands zentrale Rolle: Ein Versuch, die europäische Frage neu zu definieren, in: Integration 13/1990 1, S. 13-20.

Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Reform der Europäischen Union. Materialien zur Revision des Maastrichter Vertrages 1996, Gütersloh 1995.

Weisenfeld, Ernst, Europa vom Atlantik zum Ural. Eine magische Formel – Eine Vision – Eine Politik, in: Loth, Wilfried/Picht, Robert (Hrsg.), De Gaulle Deutschland und Europa, Opladen 1991, S. 71-79.

Weisenfeld, Ernst, Mittelrands Europäische Konföderation. Eine Idee im Spannungsfeld der Realitäten, in: Europa-Archiv 46/1991 17, S. 513-518.

Weldes, Jutta, Constructing National Interests, in: European Journal of International Relations 2/1996 3, S. 275-318.

Wendt, Alexander, Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics, in: International Organization 46/1992 2, S. 391-425.

Wendt, Alexander, Constructing International Politics, in: International Security 20/1995, S. 71-81.

Wewer, Göttrik, Vom Zehn-Punkte-Plan des Kanzlers zur Anschluß-Diskussion – die deutsche Frage, alliierter Vorbehaltsrechte und gesamteuropäische Friedensordnung, in: Gegenwartskunde 39/1990 1, S. 5-19.

Wilms, Dorothee, Ideen und Konzeptionen der Politik Adenauers, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Nach-Denken. Über Konrad Adenauer und seine Politik. Internationales wissenschaftliches Symposium am 27. April 1992 aus Anlaß des 25. Todestages von Konrad Adenauer, Bonn/Berlin 1993, S. 14-19.

Winch, Peter, Die Idee der Sozialwissenschaft und ihr Verhältnis zur Philosophie, Frankfurt a. M. 1966.

Winock, Michel, Parlez-moi de la France, Paris 1995.

Wohlforth, William C., Realism an the End of the Cold War, in: International Security 19/1994/95 3, S. 91-129.

Woyke, Wichard, Deutsch-Französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem fasst wieder Tritt, Opladen 2000.

Wurm, Clemens, Die Integrations- und Europapolitik Frankreichs und Großbritanniens seit 1945 im Vergleich, in: Winkler, Heinrich August/Kaelble, Hartmut (Hrsg.), Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität, Stuttgart 1993, S. 334-357.

Yee, Albert S., The causal effects of ideas on policies, in: International Organization 50/1996 1, S. 69-108.

Yost, David S., Frankreich in einem neuen Umfeld, in: Europa-Archiv 45/1990 23, S. 691-702.

Zehfuß, Maja, Sprachlosigkeit schränkt ein. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen 5/1998 1, S. 109-137.

Zeller, Willy, Föderale Elemente der europäischen Einigung, in: Doepfner, Andreas (Hrsg.), Keine Angst vor Europa. Föderalismus als Chance, Zürich 1992, S. 30-41.

Zimmermann, Harro, Postnational – aber euroskeptisch. Die deutschen Intellektuellen und die Europaidee, in: Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 41,1/1994 3, S. 243-249.

Zürn, Michael, We Can Do Much Better! Aber muß es auf amerikanisch sein? Zum Vergleich der Disziplin „Internationale Beziehungen“ in den USA und in Deutschland, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/1994 1, S. 91-114.

6 Abkürzungsverzeichnis

AdR	Ausschuss der Regionen
Bzw.	Beziehungsweise
CDU	Christlich D emokratische U nion
EAG	E uropäische A tom G emeinschaft (EURATOM)
Ebd.	E benda
ECU	E uropean C urrency U nit
EFTA	E uropean F ree T rade A ssociation
EGKS	E uropäische G emeinschaft für K ohle und S tahl
EP	E uropäisches P arlament
EPG	E uropäische P olitische G emeinschaft
ESVI	E uropäische S icherheits- und V erteidigungs I dentität
ESVP	E uropäische S icherheits- und V erteidigungs P olitik
EU	E uropäische U nion
EVG	E uropäische V erteidigung G emeinschaft
EWG	E uropäische W irtschafts G emeinschaft
EWS	E uropäisches W ährungs S ystem
EZB	E uropäische Z entral B ank
GAP	G emeinsame A grar P olitik
GASP	G emeinsame A ußen- und S icherheits P olitik
GESVP	G emeinsame E uropäische S icherheits- und V erteidigungs P olitik
i. O.	im O riginal
KSZE	K onferenz für S icherheit und Z usammenarbeit in E uropa
NATO	N orth A tlantic T reaty O rganization
OEEC	O rganization for E uropean E conomic C ooperation
SPD	S ozialdemokratische P artei D eutschlands
UE	U nion E uropéenne
UNO	U nited N ations O rganization
USA	U nited S tates of A merica
WEU	W est E uropäische U nion
WWU	W irtschafts- und W ährungs U nion
Z. B.	Z um B eispiel